

**13/KOMM XXIII. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 14. Sitzung/ öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

#### PROTOKOLL

#### Untersuchungsausschuss betreffend

#### Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

#### 14. Sitzung/ öffentlicher Teil

Freitag, 16. Feber 2007

Gesamtdauer der 14. Sitzung:

10.15 Uhr – 18.18 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 04 02

**Mag. Melitta Trunk**

Schriftführerin

**Mag. Dr. Martin Graf**

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria  
und weitere Finanzdienstleister**



## **PROTOKOLL**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

### **14. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Freitag, 16. Feber 2007**

Gesamtdauer der 14. Sitzung:  
10.15 Uhr – 18.18 Uhr

**Lokal VI**

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister beginnen um 10.15 Uhr und finden bis 10.34 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.**)

\*\*\*\*\*

10.35

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** leitet – um 10.35 Uhr – zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Herbert Sutter** in den Sitzungssaal zu bitten; ebenso die Medienvertreter.

(Die **Auskunftsperson Mag. Herbert Sutter** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Mag. Herbert Sutter** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die die **Wahrheitspflicht** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Mag. Herbert Sutter:** Mein Name: Herbert Sutter; geboren am 24.9.1946 in Linz; Anschrift : 1180 Wien; Beruf: Beamter des Finanzministeriums; seit 1. Juli 2003 im sogenannten Vorruhestand.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** setzt Mag. Sutter davon in Kenntnis, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen darf.

Der Obmann hält zudem fest, dass die vorgesetzte Dienstbehörde der Auskunftsperson von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde und dass diese Dienstbehörde keine Mitteilung gemacht hat, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit der Aussage für erforderlich hält.

Weiters weist der Obmann Herrn Mag. Sutter darauf hin, dass das durch die Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Sodann möchte der Obmann wissen, ob ein Aussageverweigerungsgrund nach § 7 der Verfahrensordnung vorliege. (**Mag. Sutter verneint dies.**)

Des Weiteren fragt der Obmann Herrn Mag. Sutter, ob dieser von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, eingangs zum Gegenstand seiner Vernehmung eine zusammenhängende Sachverhaltsdarstellung dem Ausschuss zu unterbreiten. (**Mag. Sutter verneint dies.**)

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Ich möchte am Beginn einige statistische Fragen beziehungsweise für das Protokoll wesentliche Fragen an Sie richten: Seit wann sind Sie Staatskommissär, und seit wann oder bis wann oder wie lange waren Sie im Rahmen der BAWAG als Staatskommissär tätig?

**Mag. Herbert Sutter:** Vom 1. Jänner 1994 bis 30. Juni 2003 – das war der Zeitpunkt, zu dem ich dann in den Vorruhestand übergetreten bin.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Welche berufliche Ausbildung haben Sie?

**Mag. Herbert Sutter:** Meine berufliche Ausbildung: Ich habe in Linz die Handelsakademie besucht und dann das Studium der Volkswirtschaftslehre an der damaligen Hochschule Linz, wie sie damals noch geheißen hat, absolviert.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Wie war der formelle Auftrag für Sie, als Staatskommissär in der BAWAG tätig zu sein?

**Mag. Herbert Sutter:** Den Auftrag, als Staatskommissär tätig zu sein, hat der Herr Bundesminister für Finanzen erteilt. Ich habe dann fast zehn Jahre lang diese Funktion wahrgenommen.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Es hat ja 2001 eine Änderung dieser Bestellpraxis gegeben: Nicht nur beamtete, sondern auch nichtbeamtete Personen konnten Staatskommissär werden. – Mich würde dazu Ihre persönliche Meinung interessieren.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich war vorher schon in zwei, drei Banken Staatskommissär. Hin und wieder hat es Rochaden gegeben. Was der Grund für diese Rochaden war, das weiß ich nicht. Ich bin damals nominiert worden. Heute sind diese Rochaden ja vom Gesetz her statuiert. Nach einer Novelle des Bankwesengesetzes wird ein Staatskommissär nur für den Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Eine Wiederbestellung ist aber dann möglich. Zu meiner Zeit war diese Bestellung unbefristet. Trotzdem hat man manchmal Ablösen und Neubestellungen vorgenommen.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Wie hoch war ungefähr der zeitliche Aufwand für diese Tätigkeit?

**Mag. Herbert Sutter:** Das hängt von der Bank ab. Wenn es eine kleinere Bank war, war es weniger, wenn es eine Großbank war, wie die Bank Austria, war es mehr. Es hat im Schnitt ungefähr, würde ich sagen, zehn Aufsichtsratssitzungen pro Jahr gegeben mit einer Dauer von zwei, vier, manchmal fünf Stunden. Dazu kommen natürlich das Studium der Unterlagen, die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde, hin und wieder Sitzungen mit der Aufsichtsbehörde – der Zeitaufwand lässt sich jetzt wirklich sehr schwer schätzen.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Gab es auch Sitzungen, an denen Sie im Rahmen der Expertenkommission teilgenommen haben?

**Mag. Herbert Sutter:** Natürlich. Ich war Stellvertretendes Mitglied der Ersatzkommission, seit Beginn, seit diese Expertenkommission bestanden hat. Wann sie auf Grund einer Novelle des Bankwesengesetzes ins Leben gerufen wurde, das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Sie waren in der Zeit, in der der OeNB-Bericht 2001 gekommen ist, Staatskommissär. – War Ihnen dieser Bericht bekannt?

**Mag. Herbert Sutter:** Von dem habe ich gewusst, dass es ihn gibt, weil ich ja in der Expertenkommission war und den Prüfungsplan und den Beschluss eines Prüfungsauftrages als stellvertretendes Mitglied mitgetragen habe. Der Bericht 2001 war mir *nicht* bekannt. Der wurde mir von der Aufsichtsbehörde – und ich war ja nur Organ der Aufsichtsbehörde – *nicht* übermittelt.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Haben Sie nach diesem Bericht gefragt? Warum wurden Sie sozusagen in dieses Berichtswesen nicht mit eingebunden?

**Mag. Herbert Sutter:** Es war damals – wie das heute ist, das weiß ich nicht – Verwaltungspraxis, dass Staatskommissäre keine Prüfungsberichte der OeNB – weder von der OeNB noch von der Bankaufsichtsbehörde – übermittelt bekommen haben.

Generell: Kein Staatskommissär hat OeNB-Prüfungsberichte – weder von der OeNB noch von der Bankaufsichtsbehörde – übermittelt bekommen.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Ich meine, die Frage ist an Sie nicht zu richten, aber es ist schon eigenartig, dass das Finanzministerium Staatskommissäre in eine Bank entsendet, dass die Finanzmarktaufsicht, oder wie immer sie damals geheißen hat, dort prüft und dass dann die Personen, die da in diesem Sicherheitsnetz agieren, eigentlich nicht wirklich den gleichen Informationsstand haben.

Das heißt, Sie haben alle Informationen, die Sie über die BAWAG in den Hauptversammlungen oder in den Aufsichtsratssitzungen erfahren haben. Ist dort auch über diesen Bericht 2001 gesprochen worden?

**Mag. Herbert Sutter:** Es wurde berichtet, aber ich habe keine Rückkoppelung bekommen.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** War dieser Bericht nicht irgendwo doch ein wichtiges Thema in den Aufsichtsratssitzungen der BAWAG?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich kenne diesen Bericht von den Zeitungen, aber ich habe ihn nicht übermittelt bekommen, ich habe ihn nicht gesehen und auch nicht gelesen. Dieser Bericht ist meines Wissens – das Ganze liegt ja schon ein paar Jahre zurück – auch *nicht* im Aufsichtsrat besprochen, geschweige denn an die Aufsichtsratsmitglieder verteilt worden.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Ich weiß, es ist jetzt schon lange her, aber Sie waren ja seit Jänner 1994 im Aufsichtsrat der BAWAG. Wurde der Bericht 1994 im Aufsichtsrat der BAWAG diskutiert?

**Mag. Herbert Sutter:** Der Bericht 1994 wurde sehr wohl diskutiert. 1994, da kann ich mich noch an eine ungefähr sechsstündige Aufsichtsratssitzung erinnern, wo dieser Bericht diskutiert wurde, damals noch unter Generaldirektor Flöttl. Dieser Bericht wurde im Aufsichtsrat *nicht* verteilt, obwohl, glaube ich, von ein oder zwei Aufsichtsratsmitgliedern dieser Wunsch bestanden hat. Er wurde nicht verteilt. Ich kannte allerdings den Bericht 1994 im Wege meiner Tätigkeit als stellvertretendes Mitglied der Expertenkommission.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Als stellvertretendes Mitglied der Expertenkommission kannten Sie dann den Bericht 2001 nicht? Oder kannten Sie diesen auch?

**Mag. Herbert Sutter:** Meines Wissens ist dieser Bericht in der Expertenkommission *nie* auf die Tagesordnung gesetzt worden.

**Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ):** Ist es nicht Ihre Aufgabe als Aufsichtsorgan, nachzuhaken oder nachzufragen: Warum bekommen wir den Bericht nicht, oder wie schaut es jetzt wirklich mit diesem Bericht aus? – Eine mediale Berichterstattung gab es auch nicht.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe nicht nachgefragt. Ich war dort stellvertretendes Mitglied und war auch nicht für die Tagesordnung der Expertenkommission zuständig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich finde es schon ein bisschen eigenartig: Sie sind Staatskommissär, der entsandt ist als Staatskommissär im Aufsichtsrat der BAWAG, vor Ort quasi auch eine Aufsichtstätigkeit für die Republik und für das Finanzministerium zu tätigen. Sie haben den Prüfbericht 1994 als Mitglied der Expertenkommission gekannt. Damals ist er Ihnen zugegangen. (*Mag. Sutter: Der Bericht 1994?*) Ja. – Sie wissen vom Prüfbeschluss 2001, den Sie als Ersatzmitglied

mittragen, und Sie fragen nie nach, was mit dem Bericht ist, was da drinnen steht? Das verstehe ich nicht!

Wie können Sie Ihre Tätigkeit als Aufsicht, nämlich als Staatskommissär, wahrnehmen, ohne diesen Bericht zu kennen? Sie müssen doch danach geschrien und gesagt haben: Bitte, ich bin Staatskommissär, gebt mir den Bericht!

**Mag. Herbert Sutter:** Wie gesagt, es war Verwaltungspraxis, und es gibt die Verwaltungsabläufe in einer Behörde, und es war die Praxis, dass der Staatskommissär diesen Bericht und auch andere vertrauliche Berichte, die die Aufsichtsbehörde erhalten hat, **nicht** übermittelt bekommt. – Ich habe **nicht** nachgefragt. Das ist ein Faktum, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also weder in Ihrer Eigenschaft als Staatskommissär noch in Ihrer Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied der Expertenkommission haben Sie jemals nach diesem Bericht nachgefragt?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe nie nachgefragt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und sie sind nicht der Meinung, dass es ein **schwerer** organisatorischer Mangel ist, dass Sie als Staatskommissär über derartige Berichte **nicht** informiert werden? – Ich meine, die gibt es ja nicht jedes Jahr.

**Mag. Herbert Sutter:** Im Bankwesengesetz – ich muss mich jetzt auf eine formelle Bemerkung beschränken – ist sehr wohl eine klare Berichtspflicht des Staatskommissärs an die Aufsichtsbehörde stipuliert. Aber im Bankwesengesetz ist **nichts** enthalten, dass die Bankaufsicht an den Staatskommissär Informationen übermittelt. Und das war gelebte Verwaltungspraxis damals, als ich noch aktiv war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und Sie halten das nicht für einen **schweren** organisatorischen Mangel? Oder halten Sie das für einen **schweren** organisatorischen Mangel der Aufsicht?

**Mag. Herbert Sutter:** Das ist eine Einschätzungssache. Das war damals so – nicht?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich frage Sie nach ihrer Einschätzung.

**Mag. Herbert Sutter:** Das ist, glaube ich, heute auch noch so. Möglicherweise ist es verbesserungsbedürftig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich meine, wenn Sie zehn Jahre lang Staatskommissär waren und davor auch noch bei anderen Banken, müssen Sie über eine gewisse Erfahrung verfügen.

Ich frage Sie jetzt nach ihrer persönlichen Meinung: Halten Sie es nicht für einen **schweren** organisatorischen Mangel und in Wahrheit für eine **Behinderung** der Aufsicht – der **eigenen** Aufsicht! –, wenn Sie als Staatskommissär **nicht informiert** werden über Berichte, die der Aufsicht über eine Bank vorliegen – noch dazu dann, wenn sie kritischer sind, aber unabhängig davon –, wenn Sie als Staatskommissär nicht mit dieser Munition ausgerüstet sind, wenn Ihnen quasi dieses Wissen vorenthalten wird?

Sie könnten ja ihre Aufgabe als Staatskommissär wesentlich besser erfüllen, wenn Sie in einem Aufsichtsrat mit diesem Bericht dort sitzen und sagen würden: Herr Generaldirektor, in dem OeNB-Bericht gibt es 19 Mängel, davon einige schwere, bitte nehmen Sie Stellung dazu! Da könnten Sie ihre Tätigkeit ja in Wahrheit erst durchführen.

**Mag. Herbert Sutter:** Man soll die Rolle des Staatskommissärs nicht überschätzen. Es gab eine klare Trennung zwischen dem Staatskommissär als Organ der

Aufsichtsbehörde – und dann gab es die Behörde. Die Behörde hat die Munition oder, sagen wir, das Imperium und die Durchsetzungsfähigkeit, Maßnahmen zu setzen. Als Staatskommissär, als Organ für die Aufsichtsbehörde hätte ich diese Munition, sprich: das Imperium, nicht gehabt. Was ich hätte machen können, hätte ich um den Bericht gewusst, der allerdings nie auf die Tagesordnung der BAWAG gesetzt wurde, das wäre gewesen, unter Allfälliges diesen Bericht, hätte ich ihn gekannt, zu thematisieren. Das wäre meine einzige Möglichkeit gewesen. Ich hätte eine Diskussion unter Allfälliges über diesen Bericht initiieren können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, genau das habe ich gesagt.

**Mag. Herbert Sutter:** Mehr Möglichkeiten hätte ich nicht gehabt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Mehr wäre ja nicht verlangt. Aber das wäre schon immerhin eine Möglichkeit gewesen. Nur: Die hatten Sie ja nicht, weil Ihnen dieser Bericht vorenthalten wurde und Sie in einer gewissen Doppelfunktion waren. Sie waren ja nicht nur Staatskommissär, sondern Sie waren auch noch Mitglied der Expertenkommission. Das heißt, Sie hatten Kenntnis davon, dass es einen Bericht gibt.

Das, was mich – ganz ehrlich – wundert, ist, dass Sie als Staatskommissär und weil Sie beides waren, einfach, um Ihre Aufsicht oder Ihre Tätigkeit als Staatskommissär ordentlich wahrnehmen zu können, nie gesagt haben: Jetzt gebt mir den Bericht, ich bin ja Staatskommissär, und es wäre spannend zu wissen, was da drinnen steht, denn dann kann ich meinem Auftrag wesentlich besser nachkommen!

Was mich wundert, ist, dass Sie jetzt sagen: Rein formell ist es so, das steht im Gesetz nicht drinnen! – Aber Sie haben doch eine Aufgabe zu erfüllen, und die können Sie ohne diese Information wesentlich schlechter erfüllen. Ich verstehe nicht, dass Sie da nicht nachgefragt haben und die Möglichkeit Ihrer Doppelfunktion nicht wahrgenommen haben. Ich verstehe nicht, wieso Sie in der Expertenkommission nicht nachgefragt haben, um ihre Tätigkeit als Aufsicht, als Staatskommissär einfach besser wahrnehmen zu können..

**Mag. Herbert Sutter:** Möglicherweise habe ich Bedeutung dieses Berichtes unterschätzt, ihm nicht die richtige Bedeutung beigemessen, die ihm heute nach sieben Jahren zukommt. – Es war eine Routineprüfung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war keine **Routineprüfung!** Das war explizit eine Nachfolgeprüfung, aufbauend auf dem Bericht 1994. Das war keine reine Routineprüfung, sondern explizit ein **Auftrag**, sich diese Bank anzuschauen, und zwar aufbauend auf dem Prüfbericht 1994, den Sie ja kannten. Es war eine **Folgeprüfung**.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe den Bericht 2000 eher als Routineprüfung angesehen. Diese Prüfungen sind bei der Nationalbank einmal kritischer, einmal weniger kritischer. Und ich habe das einfach so hingegenommen, wie es damals die Verwaltungspraxis war. Es gibt strukturierte Verwaltungsabläufe in einer Behörde, und das war damals **so!**

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie nie Strukturen hinterfragt? (**Mag. Sutter:** Den Bericht?) – Nein. – Sie haben gesagt, das war die Struktur in der Aufsicht, und die war halt so. Haben Sie das nie hinterfragt?

Also ich würde mir von einem gut ausgebildeten Mitarbeiter in einem Ministerium erwarten, dass er auch bestehende Strukturen und eine bestehende Praxis hinterfragt, ob sie tauglich ist, den Gesetzesauftrag Genüge zu tun oder nicht. Und es ist doch offensichtlich, dass dann, wenn Staatskommissäre keinen Zugang zu diesen Berichten haben, dies für ihren Auftrag ein Hemmnis ist.

**Mag. Herbert Sutter:** Habe ich nicht hinterfragt. So ging es aber Hunderten von Staatskommissären.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das macht es ja nicht besser. – Aber Sie waren ja in einer spannenden Doppelposition, nämlich Staatskommissär **und** Mitglied der Expertenkommission. Also Sie hätten quasi diesen schweren organisatorischen Mangel – und als etwas anderes kann ich das nicht bezeichnen – durch Ihre Doppelfunktion leicht umgehen können, indem Sie einfach einmal in der Expertenkommission bei Punkt Allfälliges, wenn es schon nicht auf der Tagesordnung stand, gefragt hätten: Was ist bitte mit dem Prüfbericht 2001?

**Mag. Herbert Sutter:** Das habe ich nicht gemacht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und haben aber auch keine Begründung dafür?

**Mag. Herbert Sutter:** Den Grund, warum ich das damals nicht gemacht habe, weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Ich möchte zunächst eine Vorbemerkung machen: Wenn ich jetzt Revue passieren lasse, was wir so in den letzten Sitzungen gehört haben aus der Ära, als die Bankaufsicht noch im Finanzministerium war, dann kann ich nur sagen: Größte Wertschätzung, dass Karl-Heinz Grasser frühzeitig erkannt hat, dass er mit dieser Struktur nicht weiterarbeiten kann! Das muss ich wirklich einmal sagen, um aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen.

Herr Mag. Sutter, folgende Frage im Zusammenhang mit dem heiklen Prüfbericht aus dem Jahr 1994: Ich kann mich erinnern, es hat im Vorjahr – es war ein Interview im „Standard“ – der langjährige, von mir auch sehr geschätzte frühere Pressesprecher von Lacina, Dietmar Ecker, heute erfolgreicher Unternehmer, gemeint, wenn die seinerseits von Minister Lacina mit Bescheid vom Oktober 1994 aufgetragenen Maßnahmen umgesetzt worden wären, hätte das, was nachher passiert ist, überhaupt nicht passieren können.

Ist das, Herr Mag. Sutter, nicht nur eine massive Kritik an den Organen der BAWAG, sondern auch eine solche am Staatskommissär der BAWAG?

**Mag. Herbert Sutter:** Es hat, soweit ich mich erinnern kann, im Anschluss an den Prüfungsbericht Auflagen des Finanzministeriums an die BAWAG gegeben, und man musste doch annehmen, dass diese Auflagen in einem vernünftigen Zeitraum umgesetzt wurden. Das war das behördliche Tätigwerden.

Ich war Organ der Bankaufsicht, und ich glaube, ich habe meine Rolle nicht darin gesehen, jetzt aus Eigeninitiative sozusagen eine Follow-Up-Prüfung oder Follow-Up-Fragen zu machen, ob das tatsächlich umgesetzt wurde. Das wäre dann Gegenstand einer Follow-Up-Prüfung gewesen, die ja an sich, soweit ich weiß, vorgesehen war.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Es ist ja nicht nur bei Ihrer Person so, sondern schön langsam frage ich mich wirklich, wie das Amtsverständnis der Staatskommissäre war. Sie sind Mitarbeiter des Finanzministeriums, sind Staatskommissär bei der BAWAG, wissen, dass Ihr Minister eine Reihe von Maßnahmen der BAWAG aufträgt, sind ständig bei den Aufsichtsratssitzungen der BAWAG und sagen: Es musste angenommen werden, dass das eh umgesetzt wird! Haben Sie nicht bei jeder Sitzung, bei jedem Gespräch, gefragt: Wie weit seid ihr mit der Umsetzung? Was habt ihr umgesetzt? Wo gibt es Schwierigkeiten bei der Umsetzung? Haben Sie das nicht dem Minister berichtet? – Das wäre das Logische im Grunde! Wenn jemand von uns Staatskommissär ist, wird er sagen: Mein Minister hat euch folgende Auflagen gegeben. Wie schaut das aus? Und das frage ich doch bei jeder Sitzung. Haben Sie das nicht gemacht?



**Mag. Herbert Sutter:** Das hätte ich unter „Allfälliges“ machen können, habe ich nicht gemacht.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Okay. Gehen wir weiter! – Umso auffälliger ist daher, dass praktisch nicht einmal ein Jahr nach diesen aufgetragenen Maßnahmen, wo offenbar nie jemand geprüft hat, ob diese auch umgesetzt werden, die Karibik-2-Geschäfte wieder aufgenommen wurden. Ist Ihnen da auch nichts bedenklich vorgekommen, dass Sie offensichtlich nicht gewusst haben, ob die von Minister Lacina aufgetragenen Maßnahmen umgesetzt werden? Das haben Sie offensichtlich nicht gewusst und sich auch gar nicht erkundigt. Aber Sie wussten, dass die Karibik-2-Geschäfte wieder aufgenommen werden.

Ist das nicht für Sie etwas, wo man zumindest hellhörig werden muss?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Karibik-Geschäfte wurden ein Jahr später wieder aufgenommen, nachdem sie rückgeführt wurden, wurden wieder aufgenommen im Jahre 1995; das wurde damals präsentiert im Aufsichtsrat, mit gewissen Auflagen, die nicht notwendigerweise in Verbindung stehen mit den Auflagen, die das Finanzministerium erteilt hat. Die Auflagen waren, soweit ich mich erinnern kann, Sicherheiten, das heißt also, dass – diese Prozedur war aber schon unter Generaldirektor Flöttl – die 100-prozentige Kreditfinanzierung dieser Investmentvehikels unterlegt werden mit 20 Prozent Eigenkapital, gleichzeitig, dass die kreditfinanzierten Investmentvehikels und deren Anschaffungen der Wertpapiere verpfändet wurden an die BAWAG. – Das war das eine.

Klare Dokumentation, regelmäßige – monatliche, glaube ich – Berichterstattung über die Gestion der Papiere an die BAWAG und ein ungleich kleineres Volumen wurde investiert. Ich kann mich noch erinnern, dass das aushaftende Volumen 1993 unter Generaldirektor Flöttl an die 30 Milliarden Schilling betrug, das entspricht heute ungefähr 2,5 Milliarden €. Der damalige Rahmen, der beschlossen wurde – beschlossen wurde er übrigens nicht, muss ich richtig stellen –, über den der Aufsichtsrat informiert wurde, betrug einen Bruchteil davon. Also Risikobeschränkung, bessere Dokumentation, bessere Sicherheiten, limitierter Rahmen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Nächste Frage: Ist Ihnen bekannt gewesen, dass es ja schon im April 1994 von Mitarbeitern der BAWAG Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegeben hat, was Herrn Generaldirektor Flöttl betrifft?

**Mag. Herbert Sutter:** Ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Es hat keinen Kontakt der Staatsanwaltschaft zum Staatskommissär gegeben? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Da gab es diesen kritischen Bericht, dann gab es die Auflagen mit Bescheid vom Finanzminister. (*Mag. Sutter: 1994?*) – Ja, 1994. Dann sagen Sie, Sie haben – ich würde jetzt fast sagen, wahrscheinlich haben das alle – angenommen: Na, das wird schon erfüllt werden, und dann kam man erst fünf Jahre später auf die Idee, eine Follow-up-Prüfung zu machen, die ja außerdem um ein Jahr verschoben wurde. Ich bin fassungslos! Ich bin fassungslos, dass so etwas überhaupt passieren konnte!

Ist Ihnen oder irgendjemandem anderen nie die Idee gekommen, ich kann doch nicht sechs Jahre lang warten, bis ich überprüfe, ob die aufgetragenen Maßnahmen umgesetzt werden? – Ich will ja jetzt nicht Ihnen die Verantwortung zuschieben, ich meine, Sie sind zwar Staatskommissär gewesen, aber Sie hatten einen Stellvertreter, es hat andere Mitarbeiter in der Bankenaufsicht gegeben, es hat Ministerkabinette gegeben. Ist da nie jemand auf die Idee gekommen, nach einem Jahr, oder nach zwei Jahren eine Follow-up-Prüfung zu machen? – Offensichtlich nicht!

**Mag. Herbert Sutter:** Na, eine Follow-up-Prüfung. Es war ja in dem Prüfungsplan der Expertenkommission enthalten – früher, als diese 2000- oder 2001-Prüfung; die hat nicht stattgefunden. Warum, weiß ich nicht. Man muss auch sehen, dass diese Vor-Ort-Prüfungen auf Grund einer Novelle des Bankwesengesetzes erstmals möglich waren im Jahr 1994 und die BAWAG war so ziemlich die erste Bank – wenn nicht überhaupt die erste, sicher die erste Großbank –, die ausgewählt wurde für eine Prüfung. Jedenfalls auf Grund dieser Ergebnisse und Erkenntnisse, die aus dieser Prüfung geschlossen wurden, wurde dann im Prüfungsplan eine Follow-up-Prüfung aufgenommen, die sich dann aus irgendeinem Grund verzögert hat und verschoben hat.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Jeder von uns würde verstehen, wenn sich eine solche Prüfung um ein halbes Jahr, um ein Dreivierteljahr oder, von mir aus, um ein Jahr verzögert, aber dass man sagt, man macht jetzt sechs Jahre lang keine Follow-up-Prüfung nach einem verheerenden Bericht, nach wirklich guten Auflagen, die Minister Lacina damals gesetzt hat, also das übersteigt natürlich vollends meine Phantasie!

Mir ist schon klar: Hierarchien, Ministerium et cetera. Haben Sie nie, zumindest ganz vorsichtig oder zaghaft, gefragt: Warum geschieht da nichts? Oder auch Ihr Chef? – Ich weiß nicht: Wer war damals Ihr Vorgesetzter? (*Mag. Sutter: 1994?*) – Und auch 1995.

**Mag. Herbert Sutter:** 1994/95 war das noch Sektionschef Dr. Stanzel.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Zu Stanzel sind Sie auch nie gekommen und haben gesagt: Herr Professor Stanzel, müssten wir nicht schon langsam überprüfen, ob die Auflagen erfüllt werden?

**Mag. Herbert Sutter:** Das war ja im Prüfungsplan drinnen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Ja, aber es hat nie stattgefunden.

**Mag. Herbert Sutter:** Es hat aus irgendeinem ... – Weiß nicht warum, vielleicht Kapazitätsengpässe, vielleicht sind dringendere Fälle reingekommen in der Zwischenzeit. Ich kenne den Grund nicht.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Also mit einem Wort: Die Kontrolle bei der BAWAG hatte keine Priorität. Das ist das Ergebnis. Sie sagen, vielleicht hat es dringendere Fälle gegeben. Ganz offensichtlich hatte eine Überprüfung der BAWAG überhaupt keine Priorität.

Eine allerletzte Frage: Hatten Sie jemals in diesen BAWAG-Fragen Kontakt mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell? (*Mag. Sutter: Natürlich, ja!*) – Welcher Art waren diese Kontakte?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Kontakte haben aus zweierlei bestanden: einmal also in der Expertenkommission und ein zweites Mal auf Dienstreisen, vornehmlich bei Ausschüssen in der Europäischen Zentralbank.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Sie kennen ja die Verhältnisse: Tumpel ausgeschieden, als seine Frau mit dieser Kompetenz betraut wurde. Aber man prüft natürlich *ex post*. Man prüft ja nicht die Zukunft, man prüft die zurückliegenden Jahre. Frau Tumpel-Gugerell war verantwortlich für die Prüfung jener Periode, als ihr Mann Aufsichtsratspräsident war. – Ist Ihnen da nie die Idee gekommen, dass das vielleicht irgendwie nicht zusammenpasst?

**Mag. Herbert Sutter:** Ihr Mann, Herbert Tumpel war Vorsitzender des ...

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Bis 1997, und hat es zurückgelegt, als seine Frau 1997 diese Kompetenz übertragen bekommen hat. Begründung: Ich habe das deshalb zurückgelegt, weil meine Frau jetzt die Prüfungskompetenz bekommen hat. Aber sie prüft doch nicht für die nächsten Jahre, sie prüft ja für die Vergangenheit, genau, als er verantwortlich war als Aufsichtsratspräsident.

Ist Ihnen da nie die Idee gekommen, irgendjemandem zu sagen: Passt auf, gebt acht, das ist ein bisschen heikel!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich ganz kurz etwas sagen: Tumpel ist nicht zurückgetreten, weil seine Frau diese Funktion bekommen hat, sondern weil er **Arbeiterkammerpräsident** geworden ist; sonst wäre er wahrscheinlich heute noch dort. **Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Aber es hat auch Begründungen öffentlich in den Zeitungen gegeben. Ist da nie irgendjemandem – ich meine, Sie sind ja da nicht isoliert – die Idee gekommen: Seid vorsichtig, das ist eine schlechte Optik oder so irgendetwas!

**Mag. Herbert Sutter:** Nein. Diese Idee ist mir nicht gekommen. Außerdem, es erübrigt sich. (*Abg. Dr. Stummvoll: Okay, ich glaube, ich habe meine Zeit schon überschritten!*) Frau Dr. Gugerell hat ja mitgestimmt, dass im Jahre 1994 die BAWAG geprüft wird. Zu diesem Zeitpunkt war ihr Gatte, Herbert Tumpel, Vorsitzender des Aufsichtsrates.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Sie hat mitgewirkt, dass die BAWAG geprüft wird und hat nachher sechs Jahre mitgewirkt, dass keine Follow-up-Prüfung stattfindet.

**Mag. Herbert Sutter:** Eine Follow-up-Prüfung war im Prüfungsplan der Expertenkommission, soweit ich mich erinnern kann, im Jahre 1998. Und ein Jahr vorher ist ja ihr Ehemann ausgeschieden und in die Arbeiterkammer übergewechselt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Herr Mag. Sutter, Sie haben gesagt, die Prüfungen der OeNB waren Routineprüfungen, die manchmal kritischer und manchmal weniger kritisch waren. – Was veranlasst Sie zu dem Urteil, wenn Sie doch sagen, dass Sie eigentlich von den wenigsten dieser Berichte Kenntnis erhalten haben beziehungsweise Sie diese auch nicht gelesen haben? Wie können Sie dieses Urteil dann überhaupt fällen?

**Mag. Herbert Sutter:** Erstens war ich selbst zuständig für drei Großbanken. In meiner Abteilung habe ich die Aufsicht über drei Großbanken gehabt, die alle geprüft wurden von der Oesterreichischen Nationalbank. Daher kenne ich diese Berichte sehr gut und ich kenne den einen oder anderen Bericht auch im Wege der Expertenkommission, und daher habe ich, nicht von diesen 60 oder 70 oder 80, die die Nationalbank geprüft hat, aber doch einen repräsentativen Ausschnitt, wo ich mir dieses Urteil anmaße.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber den 2001-Bericht ...

**Mag. Herbert Sutter:** Den kannte ich nicht. Ich kannte nur jene Berichte über die Banken, für die ich selbst zuständig war und ich kannte jene OeNB-Berichte, die auf die Tagesordnung der Expertenkommission gesetzt wurden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie sprechen jetzt von zwei verschiedenen Rollen. Sehe ich das richtig? Einerseits sozusagen in Ihrer Rolle als Beamter der Abteilung 5/3, wo Sie für bestimmte Banken zuständig waren, und andererseits in Ihrer Rolle als Staatskommissär. – Ist das so?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich war in der Abteilung V/4. Das war nicht die Abteilung, die Behörde war für die BAWAG. Ich habe drei Banken gehabt. Das waren die

Spitzeninstitute der zentralen Sektoren. Das war die Erste, Raiffeisen, die RZB und die ÖVAG.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ihr Urteil bezieht sich auf die Prüfberichte bei diesen Banken und nicht auf die Prüfberichte der BAWAG, für die Sie ja nicht zuständig waren, sondern für die ja, wie wir wissen, Herr Dr. Heilingsetzer zuständig gewesen ist?

**Mag. Herbert Sutter:** Richtig. So ist es. Ich beziehe mich auf die Berichte der Spitzeninstitute, dieser drei Banken und ich beziehe mich auch, nachdem ich ihn kenne, auf den Prüfungsbericht 1994 über die BAWAG, den ich nicht als Behörde, als Behördenvertreter kannte, sondern in meiner Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied der Expertenkommission.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Haben Sie der gleichen Abteilung angehört wie Dr. Heilingsetzer?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein. Es gab drei Aufsichtsabteilungen in der Bankenaufsicht, nennen wir es beim Namen: Das war die Sutter-Abteilung, das war die Gancz-Abteilung und das war die Riemer-Abteilung, um die Ziffern, die verwirrend sind, gar nicht erst zu erwähnen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Können Sie uns kurz die Funktion dieser drei Abteilungen beschreiben?

**Mag. Herbert Sutter:** Doch. Fangen wir einmal mit der Riemer-Abteilung an! Die ***Riemer-Abteilung*** – das ist Ministerialrat Riemer, der hat diese Abteilung geleitet – hat die Fülle der Raiffeisenkassen, die Fülle der Volksbanken und die Fülle der Sparkassen beaufsichtigt.

Die Spitzeninstitute waren in meiner Abteilung. Die drei Spitzeninstitute waren in meiner Abteilung und meine Abteilung hat noch sehr viele internationale Angelegenheiten wahrgenommen im Zusammenhang mit der Europäischen Union, im Zusammenhang mit einer Institution mit Sitz in Paris zur Bekämpfung der Geldwäsche und im Zusammenhang mit dem Abschluss bilateraler Kooperationsabkommen mit den Aufsichtsbehörden der EU-Mitgliedsländer und darüber hinaus mit Amerika und den damals noch nicht Mitglied gewesenen zentraleuropäischen Ländern.

Und dann gab es die ***Gancz-Abteilung***, der im Wesentlichen die Fülle von Aktienbanken zu betreuen, zu beaufsichtigen hatte.

Das waren die drei Abteilungen der Bankenaufsicht, im Finanzministerium. In der Zwischenzeit hat sich ja per 1. April 2002, als die FMA ins Leben gerufen wurde, die Organisationsstruktur völlig geändert – und ich habe keine Ahnung mehr darüber.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie war die Kommunikation zwischen der Gancz-Abteilung und dem dortigen Sachbearbeiter, der für die BAWAG zuständig war, und Ihnen, der Sie Staatskommissär in der BAWAG gewesen sind? Da wäre doch eine Kommunikation nahe gelegen?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Kommunikation innerhalb der Gancz-Abteilung kenne ich nicht. Da gab es Abteilungsbesprechungen und da war ich nicht dabei. Meine Kommunikation mit dieser Abteilung war als Staatskommissär, nicht als Abteilungsleiter, da gab es auch Kommunikation, aber als Staatskommissär war die Kommunikation, dass ich regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der BAWAG berichtete anhand meiner Informationen aus den Aufsichtsratssitzungen und aus den Ausschusssitzungen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** An wen haben Sie berichtet? Haben Sie schriftlich oder mündlich berichtet?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe schriftlich an den Leiter dieser Abteilung berichtet, an Herrn Dr. Gancz.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Mündliche Gespräche gab es nicht mit Herrn Dr. Gancz oder gar mit dem zuständigen Sachbearbeiter Dr. Heilingsetzer, was ja nahegelegen gewesen wäre?

**Mag. Herbert Sutter:** Es gab keine strukturierten Gespräche über die BAWAG, soweit ich mich erinnern kann. Die eine Tür-und-Angel-Besprechung hat stattgefunden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Es ist Ihnen ja – das habe ich den Akten entnommen – zumindest aufgefallen, dass es diese Karibik-Geschichte gegeben hat, dass es durchaus kritisch gewesen ist für die BAWAG, bereits 1994.

Haben Sie damals mit irgendjemandem aus dieser Abteilung darüber gesprochen – oder haben Sie das nicht für notwendig gefunden?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Karibik-Gespräche, die Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte, das wurde besprochen, soweit ich mich erinnern kann. Das war 1995, das lag schon zwölf Jahre zurück, aber das war so ein auf Grund auch des Medienrummels 1993/ 94 gewichtiges Thema, dass ich darüber Gespräche, glaube ich, geführt habe. (*Abg. Mag. Rossmann: Mit Dr. Gancz?*) – Mit Dr. Gancz und Dr. Heilingsetzer, glaube ich.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Haben Sie in weiterer Folge Gespräche geführt oder nicht?

**Mag. Herbert Sutter:** Nachdem der Beschluss im Aufsichtsrat der BAWAG gefallen ist, diese Gespräche wieder aufzunehmen (*Abg. Mag. Stadler: Geschäfte meinen Sie!*) – die Geschäfte, pardon! –, diese Geschäfte wieder aufzunehmen, war der Beschluss gefasst und im Anschluss gab es, glaube ich, keine Gespräche mehr. Da gab es dann die Berichterstattung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie haben auch nie mit Dr. Gancz oder Dr. Heilingsetzer über die Frage gesprochen, ob das, was an kritischen Befunden im Bericht 1994 drinnen war, auch jemals umgesetzt worden ist, etwa Verbesserungen in der internen Revision oder Verbesserung des Risiko-Managements? Das waren ja zentrale Kritikpunkte im Bericht des Jahres 1994. (*Mag. Sutter: Nein!*) – Haben Sie das nicht für notwendig befunden?

**Mag. Herbert Sutter:** Das weiß ich jetzt nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich frage Sie das aus Ihrer Rolle als Staatskommissär heraus und aus dem, was Sie sozusagen in dieser Funktion und in dieser Rolle alles in den Aufsichtsratssitzungen mitbekommen haben.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe kein Gespräch geführt. Ich habe mir auch immer wieder den bankaufsichtlichen Prüfungsbericht des Bankprüfers, des Wirtschaftsprüfers angesehen. Da habe ich mich immer auf zwei Dinge konzentriert: erstens die Entwicklung der Ertragslage und der Risikosituation. Der zweite Aspekt, auf den ich immer großen Wert gelegt habe, war die **interne Revision**. Und aus dem bankaufsichtlichen Prüfungsbericht hat man in all diesen Jahren, übrigens auch, was die Ertrags- und Risikosituation betrifft, keine Auffälligkeit gefunden. Der Bankprüfer hat die interne Revision als **funktionsfähig** angekreuzt, nicht einmal als erläuterungsbedürftig. Daran kann ich mich fast noch ganz genau erinnern. Das waren

meine zwei Dinge, die ich mir beim bankaufsichtlichen Prüfungsbericht zunächst und vorrangig und schwerpunktmäßig angesehen habe.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Und darauf haben Sie vertraut, ohne das noch einmal zu hinterfragen?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe das nicht hinterfragt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Jetzt aber noch einmal: Sie haben zum Bericht 1994 gesagt, da haben Sie Bericht erstattet an Herrn Dr. Gancz. Wissen Sie, ob es üblich war in dieser Abteilung – ich weiß nicht, ob Sie das wissen –, dass Dr. Gancz dann auch Dr. Heilingsetzer, den zuständigen Sachbearbeiter darüber informiert hat – oder wissen Sie das nicht?

**Mag. Herbert Sutter:** Über den OeNB-Bericht 1994 habe ich nicht berichtet; der ging direkt an die Gancz-Abteilung von der OeNB. Im Wege der Expertenkommission habe ich dann Kenntnis vom Bericht erlangt. Aber über den OeNB-Bericht habe ich als Organ, als Staatskommissär für die Bankenaufsicht nicht berichtet an die für die BAWAG zuständige Organisationseinheit Gancz.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Jetzt zum OeNB-Bericht 2001: Der ist ja auch in der Gancz-Abteilung im Jahr 2001 eingegangen. (*Mag. Sutter: So ist es!*) – Dann landete er beim Sachbearbeiter Heilingsetzer.

Ist Heilingsetzer je an Sie herangetreten in dieser Frage? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Sie sind aber, haben Sie gesagt, in der Expertenkommission gewesen, und dieser Bericht 2002, wenn ich Sie richtig verstanden habe, war nie Gegenstand von Gesprächen in der Expertenkommission?

**Mag. Herbert Sutter:** Meines Wissens nein; da ich bei der BAWAG Staatskommissär war, wäre mir das sicher aufgefallen. Ich glaube, dass der nie auf die Tagesordnung der Expertenkommission gesetzt wurde.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das wundert mich, weil sich Dr. Heilingsetzer vor Einlegung dieses Aktes, der da sechs Monate gelegen ist, darauf berufen beziehungsweise hier in dieser Besprechung gesagt hat, also bei der Befragung, die wir mit ihm hatten, dass er auf einen Beschluss der Expertenkommission gewartet hat.

Ich zitiere aus dem Einlegungsakt, datiert mit 10. Dezember 2001:

Im Hinblick auf den Beschluss der letzten Expertenkommission, dass bei der BAWAG eine CAD-Prüfung sowie eine Gesamtprüfung im Jahr 2002 angesetzt ist (...), kann der Bericht nach Vollzug der Einsichtsvorschreibungen eingelegt werden. – Zitatende.

Daraus muss doch wohl die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Bericht 2001 der OeNB in der Expertenkommission Gegenstand von Diskussionen gewesen sein muss.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich kann mich beim besten Willen daran nicht erinnern, dass dieser Bericht in der Expertenkommission diskutiert wurde. Ich mag mich täuschen, oder ich mag nicht anwesend gewesen sein; zumindest die Tagesordnung dieser Expertenkommission kannte ich ja. Ich möchte das einmal so im Raum stehen lassen. Ich glaube nicht, dass da ...

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Kann ich das so festhalten, dass Sie sich nicht mehr erinnern können, oder dass Sie glauben, bei dieser Sitzung allenfalls nicht anwesend gewesen zu sein?

**Mag. Herbert Sutter:** Es wäre mir aufgefallen, wenn dieser Bericht in der Expertenkommission diskutiert wurde, da ich ja dort Staatskommissär war. Das wäre mir sicher aufgefallen. Ich glaube mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, dass dieser Bericht **nicht** in der Expertenkommission behandelt wurde.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Können Sie sich an den Beschluss zur CAD-Prüfung und zur Gesamtprüfung im Jahr 2002 erinnern?

**Mag. Herbert Sutter:** War das ein Beschluss der Expertenkommission?

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aus dem Akt des Dr. Heilingsetzer geht zweifelsfrei hervor, dass das ein Beschluss der Expertenkommission war, ja.

**Mag. Herbert Sutter:** Kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ist Ihnen der Inhalt der 2. Sitzung des Koordinationsforums vom 19. August 2002 bekannt, bei der eine Verschiebung der OeNB-Prüfung, der Follow-up-Prüfung beschlossen wurde? Haben Sie davon Kenntnis erlangt?

**Mag. Herbert Sutter:** Davon habe ich nicht Kenntnis erlangt, weil die Gründung der FMA am 1. 4. 2002 stattgefunden hat und ich zu diesem Zeitpunkt einen völlig anderen Bereich übernommen habe und daher mit Folgeausschüssen der Expertenkommission nicht mehr befasst war.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber Sie waren ja weiterhin Staatskommissär bei der BAWAG.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich war weiterhin Staatskommissär, aber habe nicht mehr teilgenommen an Beschlüssen in Gremien, die Prüfungspläne für Banken erstellt haben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Magister, haben Sie den Bericht 2001 später einmal gelesen?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein; nur im „NEWS“ einen Artikel gelesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben den Bericht selber auch später nie gelesen? Sie sind in einer prominenten Reihe von **Nicht-Lesern**, das will ich Ihnen sagen! Ich habe noch niemanden im Rahmen der gesamten Bankenaufsicht gefunden, der den Bericht überhaupt gelesen hat. Ich wäre froh gewesen, endlich einmal jemanden vor mir sitzen zu haben, der den Bericht **gelesen** hat!

Halten Sie eine Finanzmarktaufsicht und eine Bankenaufsicht für funktionsfähig, die Berichte **nicht liest?** – Das ist eine rhetorische Frage; Sie brauchen sie nicht zu beantworten.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe gesagt, ich habe den Bericht nicht gelesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben ihn nicht gelesen, das ist nicht der entscheidende Punkt. Noch einmal: Sie sind in einer ganzen Ahnengalerie von **Nicht-Lesern** der **Bankenaufsicht**. (*Abg. Krainer: Er hat ihn auch nie bekommen!*) – Er hätte ihn ja bekommen können, das kann ich nämlich jetzt gleich beweisen. Aber ich wollte nur wissen, ob er ihn später zumindest einmal gelesen hat, als man gesehen hat, dass das Ganze unter Umständen doch eine explosive Geschichte werden könnte.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe den Bericht – ich habe das sogar hier –, im April 2006 gab es ein paar Zitate im „NEWS“. Von dort kenne ich – Sekundärquelle, muss nicht stimmen – ein paar Zitate aus dem Bericht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt also, was Ihnen nicht alles aufgedrängt wird, da haben Sie keine Veranlassung gehabt, Berichte zu lesen? Wenn er Ihnen nicht förmlich unter die Nase gehalten wird, haben Sie ihn nicht gelesen?**Mag. Herbert Sutter:** Der ist mir nicht übermittelt worden!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, das weiß ich schon! Das haben Sie ausgesagt.

**Mag. Herbert Sutter:** Weder aufgedrängt noch unter die Nase gehalten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jetzt möchte ich Sie etwas anderes fragen: Sie wissen, dass nach § 76 Bankwesengesetz Ihre umfassenden Befugnisse, in **alle** Schriftstücke der Bank Einsicht zu nehmen, geregelt sind? – Kennen Sie die Bestimmungen: § 76 Bankwesengesetz?

**Mag. Herbert Sutter:** Na, was steht da drinnen?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich lese sie Ihnen vor, ja? – Normalerweise müssten Sie als zehnjähriger Staatskommissär diese Bestimmungen fast auswendig herunterrattern können! Es ist nur ein einziger Paragraph, der Sie betrifft:

„Alle Niederschriften über die Sitzungen der ... Organe sind dem Staatskommissär ... zu übersenden.“

Sie haben ferner die Möglichkeit – nach Absatz 7 –:

„(7) Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger des Kreditinstitutes Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung der im Abs. 5 genannten Aufgaben erforderlich ist. Unterlagen, die den Sitzungsteilnehmern der im Abs. 4 genannten Organe zur Verfügung stehen, sind ihnen spätestens zwei Bankarbeitstage vor der Sitzung zu übermitteln.

(8) Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen des Kreditinstitutes gegenüber dessen Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der FMA mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln.“

Ich will Ihnen nur sagen: Sie haben die Möglichkeit gehabt, alles, was Sie wissen hätten wollen, auch erfahren zu können!

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie ein einziges Mal das Bemühen gesetzt, diesen Bericht bei der Bank anzufordern? (**Mag. Sutter: Nein!**) – Sie haben dieses Bemühen nicht gesetzt.

Wie oft haben Sie sich im Aufsichtsrat zu Wort gemeldet? War das eher häufig der Fall, oder eher selten?

**Mag. Herbert Sutter:** Es war eher selten der Fall.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hatten Sie einen Schriftverkehr, wo Sie Verlangen an die Bank gerichtet haben, Ihnen Unterlagen vorzulegen? (**Mag. Sutter: Nein!**) – Haben Sie auch nicht gehabt.

Was haben Sie in Bezug auf die Karibik-Geschäfte in Ihre Jahresberichte an die Behörde hineingeschrieben?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe unverzüglich – also, nachdem die Karibik-Geschäfte wieder aufgenommen wurden, 1975 (**Abg. Mag. Stadler: 1995!**) – 1995 – einen Bericht



an die Aufsichtsbehörde gemeldet. Und wenn es dann weiterhin Informationen gegeben hat im Aufsichtsrat, so habe ich auch den entsprechenden Bericht ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hat es Informationen gegeben?

**Mag. Herbert Sutter:** Es hat nach Aufnahme 1995 fallweise Berichte gegeben, wie die Veranlagungen laufen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte Ihnen vor – ich bringe Ihnen dann gleich den Akt vor – einen Bericht, eine Information, die Herr Dr. Gancz am 1. August 1995 erstellt hat und die Sie abgezeichnet haben. Sie sind hier mit angeführt im Zuge der Einsichtsvorschreibung, wo Sie mit Dank die Unterlagen bekommen und retour geschickt haben.

Ich lese Ihnen nur die Passage vor. Es wird also vorher von Dr. Gancz berichtet, wie sich Herr Generaldirektor Elsner in ziemlich arroganter Form geweigert hat, sich überhaupt mit der Behörde zu treffen. Dann auf einmal hat er doch Lust bekommen, sich mit der Behörde zu treffen:

„Am 31.7. meldete sich jedoch GD Elsner und teilte mit, er könne kurzfristig zu einer Besprechung kommen.“ – Da war er auf einmal da.

Am 1.8. fand in Anwesenheit von Bereichsleiter Dkfm. Schmidbauer (OeNB) die Besprechung mit GD Elsner statt, die vom Inhalt her ident mit der Besprechung mit GD Flöttl vom 11.1.1995 war. Es konnte Herrn GD Elsner daher auch das damalige Besprechungsergebnis (3. Einlageblatt) überreicht werden.“

Und jetzt kommt der zentrale Satz:

„Abschließend wurde von GD Elsner versichert, er werde öffentliche Erklärungen zu den fraglichen Geschäften künftig unterlassen. Die BAWAG werde jedoch diese oder vergleichbare Geschäfte mit der Firmengruppe von Flöttl junior unter laufender Information des Aufsichtsrates wieder aufnehmen.“ – Ende des Zitats.

Das haben Sie abgezeichnet, Sie haben es gekannt!

Erinnern Sie sich an den Vorgang? – Sie erinnern sich. Ich halte nur für das Protokoll fest: Die Auskunftsperson nickt.

Nun die Frage: Hier ist von laufender Information die Rede, das heißt, in jeder oder fast jeder Aufsichtsratssitzung hätte es eine Information geben müssen nach diesem Bericht. – Ist das geschehen?

**Mag. Herbert Sutter:** Nach unmittelbarer Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte 1995 kam es im Anschluss zu einer Information – nicht bei jeder Aufsichtsratssitzung, aber doch bei manchen Aufsichtsratssitzungen – über den Fortgang, über die Entwicklung dieser Karibik-Geschäfte.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wie häufig etwa? (*Mag. Sutter: Irgendwann ...*) – Wie häufig etwa?

**Mag. Herbert Sutter:** Irgendwann, glaube ich, ist diese Information dann nicht mehr erfolgt, sie ist abgerissen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber spätestens da hätten Sie ja Alarm schreien müssen auf Grund Ihrer Verpflichtungen im Gesetz als Staatskommissär!

**Mag. Herbert Sutter:** Nicht auf Grund ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist alles normiert im Gesetz! Ich kann Ihnen das Gesetz, alles, vorlesen, wenn Sie wollen!

**Mag. Herbert Sutter:** Also, ich stelle hier die Tatsache fest: Es ist abgerissen worden. Und ich stelle die Tatsache fest, dass ich nicht nachgefragt habe – annehmend, offensichtlich, dass sich die Dinge normal entwickeln.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Schauen Sie, ich habe schon einmal einen Staatskommissär kennen gelernt, der als schweigender Gast bei Aufsichtsratssitzungen teilgenommen hat, und das hatte für die betreffende Sparkasse keine wirklich guten Folgen.

Jetzt treffe ich einen weiteren Staatskommissär, der die Berichte nicht liest und nicht nachfragt, obwohl laufende Informationspflicht festgelegt wurde! – Sogar Herr Generaldirektor Elsner hat sich bequemt, eine laufende Information zuzubilligen!

**Mag. Herbert Sutter:** Die laufende Informationspflicht muss ich insofern relativieren, als ich mich erinnere, dass sich bei der Wiederaufnahme dieser Karibik-Geschäfte 1995 der Vorstand bereit erklärt hat, freiwillig, wenn es zu Aufstockungen der Obligos kommt, diese dem Aufsichtsrat zur Kenntnis zu bringen. Es ging weniger um die ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber das hat er ja nicht gemacht! Das wissen wir ja mittlerweile!

**Mag. Herbert Sutter:** Das hat er nicht gemacht, daher musste man annehmen, dass dieser ursprünglich ins Auge gefasste Rahmen von ein paar 100 Millionen € nicht aufgestockt wurde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Mag. Sutter, jetzt halte ich fest: dass Sie wussten, dass die Karibik-Geschäfte wieder aufgenommen werden; dass Sie wussten, dass er nicht laufend informiert hat; dass Sie wussten, dass irgendwann die Information überhaupt abgerissen ist; dass Sie wussten auf Grund der Vorgeschichte 1994 und davor, dass das hoch problematische Geschäfte sind. Das wussten Sie alles – das ergibt sich auch aus den Akten heraus –, und Sie haben **nie** nachgefragt dort, obwohl das Ihre gesetzliche Pflicht gewesen wäre?!

**Mag. Herbert Sutter:** Nochmals: Als die Diskussion stattfand im Aufsichtsrat 1995, diese Karibik-Geschäfte wieder aufzunehmen mit einem bestimmten limitierten Betrag, wurde gleichzeitig vereinbart – als eine Art Selbstbindung des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat –, bei weiteren Aufstockungen den Aufsichtsrat darüber zu informieren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, das ist aber nicht geschehen, das haben Sie ja selbst gesagt!

**Mag. Herbert Sutter:** Was geschehen ist, ist die Aufstockung, aber die Information **über** diese Aufstockung hat nicht mehr stattgefunden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber dazu sitzen Sie ja drin in dem Aufsichtsrat: damit Sie urgieren, wenn zugesagte Informationspflichten verletzt werden!

**Mag. Herbert Sutter:** Wenn der Vorstand erklärt, künftige Aufstockungen dem Aufsichtsrat – Selbstbindung und aus freien Stücken, obwohl es nicht aufsichtsratspflichtig war – mitzuteilen, dann kann ich nicht bei jeder Aufsichtsratssitzung aufstehen und sagen: Bitte, haben Sie jetzt aufgestockt oder nicht?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, Sie hätten Ihre ...

**Mag. Herbert Sutter:** Das war selbstverständlich, dass bei einer Großbank mit einem sechsköpfigen Vorstand der Vorstand, wenn er diese Selbstbindung abgibt im Aufsichtsrat, sie auch letztlich hält. So viel Vertrauen musste man haben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein! Nein, nein, nein! Bitte! – Jetzt muss ich einen ehemaligen Finanzminister bemühen, Herrn Edlinger. Der hat schon einmal gesagt in Bezug auf seinen Nachfolger, er würde lieber seinen Hund auf die Wurst aufpassen lassen als den Grasser auf die Finanzen. – Sie wolltens offensichtlich sogar den Herrn Elsner einfach auf die ganzen Karibik-Geschäfte aufpassen lassen und haben gesagt: Solange der mich nicht informiert, habe ich keine Veranlassung, tätig zu werden! – Das darf ja nicht wahr sein!

Sie hätten die Pflicht gehabt – in § 76 Abs. 7 BWG ist das ganz eindeutig geregelt –, sich von sich aus – Aufsichtsrat hin oder her! – darum zu besorgen und zu kümmern, ob diese Geschäfte aufgenommen wurden, wie sie abgewickelt werden, was damit geschieht und wie das weiterläuft! – Das hat mit der Informationspflicht an den Aufsichtsrat sauber und glatt überhaupt nichts zu tun! Das ist eine völlig andere Sache!

Sie sitzen zwar im Aufsichtsrat, wie Sie auch über die Protokolle aller anderen Gremien zu informieren sind, aber Sie haben die Möglichkeit, bis hinunter zum letzten Filialleiter ... – jedes Schriftstück, das Sie verlangen, hätten Sie vorgelegt bekommen müssen! Und wenn Sie schon wissen, dass der den Aufsichtsrat nicht mehr informiert, hätten Sie sagen müssen: So, und jetzt möchte ich aber wissen, ob die Geschäfte überhaupt noch laufen oder nicht! – Und das haben Sie nicht getan. Oder haben Sie es getan? Wenn ja, wann?

**Mag. Herbert Sutter:** Bei der Wiederaufnahme 1995 war die Präsentation klar. Es war eine sehr ausführliche Information, wie die Abwicklung laufen wird, wie die Sicherheiten gegeben sind. Und somit ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich komme auf die Sicherheiten noch zu sprechen. Ich habe hier Milliardengeschäfte entdeckt, die nicht besichert wurden. Die halte ich Ihnen dann später noch vor, und Ihrem Stellvertreter auch noch. – Das ist ein anderes Kapitel.

Ich frage Sie jetzt, ob Sie Ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen sind – unabhängig davon, ob der Herr Elsner jetzt seinen Aufsichtsrat informiert hat oder nicht, weil das eine völlig andere Sache ist –, zu überprüfen, wie die Karibik-Geschäfte – von denen Sie wussten, dass sie hoch problematisch sind – abgewickelt oder eingestellt wurden. Haben Sie das getan oder nicht?

**Mag. Herbert Sutter:** Das habe ich nicht getan, weil ich keine Veranlassung dazu gesehen habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das würden Sie mir und dem Hohen Ausschuss jetzt bitte erläutern. Warum haben Sie keine Veranlassung gesehen? Weil Herr Elsner Manschettenknöpfe mit Doppelmanschetten getragen hat?

**Mag. Herbert Sutter:** Weil ich die 1995er-Präsentation des Vorstandes als ausreichend betrachtet habe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wozu sitzen Sie dann im Aufsichtsrat? Wenn der Vorstand Erklärungen abgibt und Sie sagen, das ist von vornherein ausreichend – obwohl man wusste, wie gefährlich das Ganze ist, aus den Jahren 1994 und davor –, dann möchte ich einmal wissen, wozu Sie dann noch im Aufsichtsrat, wozu Sie dann noch Staatskommissär sind? – Deswegen sitzen Sie ja dort! Verstehen Sie, der Grund eines **Staatskommissärs** ist, dass die Aufsichtsbehörde vor Ort jemanden hat, ausgestattet mit umfassenden Informationsrechten, gesetzlich normiert. Das ist ja der Grund! Das ist ja die **ratio legis** hinter dieser Bestimmung! – Und dieser Aufgabe sind Sie nicht nachgekommen, das ist ganz offenkundig.

Und der Herr Elsner durfte sich darauf verlassen, offensichtlich! Und das halte ich jetzt nämlich für das nächste Problem, dass Sie dieser Aufgabe nicht nachkommen, weil Sie offensichtlich – oder beweisen Sie es mir, wenn es nicht so ist, oder geben Sie uns einen Hinweis – nicht ein einziges Mal ein schriftliches oder mündliches Bemühen an ihn herangetragen haben und gesagt haben: Bitte, Herr Elsner, jetzt sagen Sie einmal, was da läuft! – Haben Sie das gemacht?

**Mag. Herbert Sutter:** Das habe ich nicht gemacht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sehen Sie, daher konnte er sich darauf verlassen, dass er in Ruhe werken kann.

**Mag. Herbert Sutter:** Das hätte ich dann bei jedem Kreditantrag machen sollen? – Da hätte ich bei jedem Kreditantrag ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, das nicht. Es geht um hoch problematische Geschäfte!

**Mag. Herbert Sutter:** Da hätte ich bei jedem ... – Es hat im Jahr etliche Kreditanträge gegeben, und da hätte ich jedes Mal fragen sollen: Wie läuft der Kredit? Sind Risiken? – Das obliegt dem **Vorstand!**

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Sutter, es genügt, dass Sie dem Ausschuss mitgeteilt haben – das haben wir beim Protokoll –, dass Sie es nicht getan haben. – Das wäre Ihre gesetzliche Verpflichtung gewesen. Fertig. Ob Sie sich darin überfordert gesehen hätten oder nicht, das spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Mag. Sutter, Sie haben vorhin gesagt, Sie waren auch als Beamter im Bundesministerium für Finanzen in der Abteilung V/4 für Banken zuständig, für drei große Banken: für Erste, Raiffeisen Zentralbank und ÖVAG.

Wie sah Ihre Tätigkeit da ganz konkret aus? Was haben Sie dort ganz konkret gemacht? – Kurz zusammengefasst nur, ganz grob.

**Mag. Herbert Sutter:** Das war im Wesentlichen eine Rechtsaufsicht. Und was die ökonomische Betrachtung betroffen hat, haben wir uns auf die Einschätzung der Nationalbank verlassen. Wir haben diese Trennung gemacht: Rechtsaufsicht war das Finanzministerium, auch aus personellen Gründen, und die Analysetätigkeiten hat die Nationalbank für uns gemacht. Da gab es Beteiligungsbewilligungen, da gab es eine Fülle von Informationen zu verarbeiten, die wir bekommen haben, auch von der Nationalbank, da gab es Gespräche mit dem Management, da gab es eine Menge von Dingen zu tun.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Und Sie haben die Prüfungspläne der jeweiligen Banken, für die Sie zuständig waren, mitverfolgt? (*Mag. Sutter: Natürlich!*) Sie haben die Prüfungsberichte der drei Banken gelesen?

**Mag. Herbert Sutter:** Ja, die drei Banken, für die ich zuständig war, waren auch Bestandteil der OeNB-Prüfungen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das heißt, Sie haben, um sich ein Bild zu machen über den Ist-Zustand der Banken, in erster Linie die OeNB-Berichte herangezogen.

Hatten Sie auch Kontakt zu den Staatskommissären, die in diesen drei Banken vertreten waren? Haben Sie deren Einschätzung auch in Ihre Prüfungsüberlegungen mit eingebunden?

**Mag. Herbert Sutter:** Kontakte insofern, als ich Berichte erhalten habe.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie haben also von den Staatskommissären laufend die erforderlichen Berichte erhalten und einfließen lassen.

**Mag. Herbert Sutter:** Von den Staatskommissären habe ich Berichte erhalten, natürlich.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Jetzt sind ja auch die Staatskommissäre, nehme ich an, eingebunden gewesen in die OeNB-Berichte dieser drei betroffenen Banken? (Mag. Sutter: Nein!) – Nicht? – Und da gibt es auch keine Vernetzung untereinander? (Mag. Sutter: Nein!) – Das sind alles Berichte, die isoliert voneinander an die jeweilige Adresse zugestellt (Mag. Sutter: Ja!) und wo die befassten Prüfungsinstanzen nicht voneinander in Kenntnis gesetzt werden?

**Mag. Herbert Sutter:** Ja. Ich habe schon gesagt, der OeNB-Bericht von diesen drei Banken kam zu mir. Ich habe diesen OeNB-Bericht nicht an die Staatskommissäre weitergeleitet. – Das war damals Usance.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Wenn Sie beispielsweise als einer der Zuständigen für diese drei Banken, von denen wir gerade gesprochen haben, irgendwelche Mängel in den OeNB-Berichten festgestellt hätten: Wären Sie von sich aus tätig geworden? Und *wie* wären Sie tätig geworden als Beamter im Bundesministerium für Finanzen? – Können Sie uns das kurz schildern, was Sie gemacht hätten, was Sie unter Umständen gemacht haben, bei auftretenden Mängeln in diesen drei betroffenen Bankinstituten?

**Mag. Herbert Sutter:** Was ich gemacht hätte, ist, zunächst einmal ein Gespräch zu f... – Es hängt von der Schwere der Mängel ab (Abg. Bucher: Ja!): Wenn sie sehr schwer sind, dann wird man sich sofort auf das rechtliche Instrumentarium zurückziehen und sozusagen die schärfere Waffe einsetzen. – Wenn es behebbare Mängel sind, Formalmängel sind, dann hätte ich zunächst einmal ein Gespräch geführt, wie man die Dinge bereinigen kann.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Mit wem hätten Sie diese Gespräche geführt? Können Sie uns kurz sagen, was Sie in Ihrer Funktion als zuständiger Beamter im Bundesministerium für Finanzen für Schritte eingeleitet hätten, hätte es so einen kritischen Prüfbericht gegeben wie von Herrn Mayerhofer betreffend die BAWAG im Jahr 2001? Was hätten Sie unternommen als Beamter, hätte es nicht die BAWAG betroffen, sondern eines jener drei Kreditinstitute, für die Sie zuständig gewesen sind?

**Mag. Herbert Sutter:** Na ja, ich hätte ...

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Da muss ich schon sagen: Die Auskunftsperson hat immer gesagt, sie kennt den Bericht von 2001 nicht. Und jetzt war die Frage an Mag. Sutter: Was hätte er getan, wenn er ihn vor sich gehabt hätte? – Er kennt ihn noch immer nicht, sagt er.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Dann formuliere ich es anders.

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Ist vielleicht besser.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Welche Schritte hätten Sie eingeleitet, wenn es einen OeNB-Bericht betreffend eine dieser drei Banken mit gravierenden Missständen und Mängeln gegeben hätte? Was hätten Sie unternommen? Ganz konkret: Mit wem hätten Sie geredet? An wen wären Sie herangetreten? Was hätten Sie unternommen? – Das würde mich interessieren. Hätten Sie mit einem Staatskommissär geredet, der da drinnen sitzt? Oder hätten Sie weitere Erkundigungen eingeholt, ob das auch wirklich stimmt? – Was hätten Sie gemacht?

**Mag. Herbert Sutter:** Also nehmen wir einmal an, der Bericht ist gravierend – was immer „gravierend“ heißt –: Die erste Stufe wäre gewesen, ein Gespräch mit dem Vorstand zu führen, ein ausführliches Gespräch mit dem Vorstand zu führen und ihn auf diese Mängel zusätzlich noch hinzuweisen und einen Plan zu entwerfen, wie man diese Mängel abschaffen könnte. Erstens: ob sie bereit sind, diese Mängel abzuschaffen; wie sie diesen Prüfungsbericht sehen. Wenn Sie mit dem Prüfungsbericht einverstanden sind, dann einen Zeitplan entwickeln, wie man diese Mängel abstellen kann. Ich muss auch dazu sagen, dass die Banken diese Berichte in der Regel sehr ernst nehmen. Es ist ja praktisch ein Gratisgutachten. Da gibt es die Nationalbank, die prüft also hundert Banken jährlich quer durch Österreich, die hat ein enormes Know-how und kann es auch einbringen bei jeder Einzelprüfung. Und ich habe so den Eindruck, dass die Banken das schätzen, dass diese breite Erfahrung auch bei Einzelprüfungen, die sie betreffen, eingeht. Und das wird ernst genommen – Gott sei Dank wird das ernst genommen! –, und sie sind oft sogar dankbar und sagen: Ja, Betriebsblindheit – das gehört geändert.

Da hätten wir einen Zeitplan gemacht, und nach einer gewissen Zeit hätte man sich das wieder in Erinnerung ...

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Gut, das können wir jetzt abkürzen: Sie hätten mit dem Vorstand sogenannte Management-Gespräche geführt.

**Mag. Herbert Sutter:** Ein Management- und Vorstandsgespräch geführt und einen Zeitplan ausgearbeitet, und dann ein Follow-up-Gespräch. – Und wenn das dann auch noch nicht funktioniert, dann hätte man das rechtliche Instrumentarium zum Einsatz bringen müssen, sollen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Hätten Sie den Staatskommissär befragt zu diesen Missständen oder darauf aufmerksam gemacht? Denn es finden ja dann periodisch weitere Aufsichtsratssitzungen statt, wo Sie als zuständiger Mann im Finanzministerium das Instrumentarium des Staatskommissärs in der Hand hätten, auf diese Missstände hinzuweisen. – Hätten Sie das gemacht?

**Mag. Herbert Sutter:** Es war damals eigentlich nicht üblich, den Staatskommissär zu ersuchen, unter „Allfälliges“ hier Fragen zu stellen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Hätten Sie oder hätten Sie nicht? – Das habe ich jetzt leider ...

**Mag. Herbert Sutter:** Ich hätte das nicht gemacht. Ich hätte das selbst gemacht: Nach einer gewissen Zeit, nachdem das Gespräch vorbei war, hätte ich wiederum ein solches Gespräch gesucht und die Umsetzung kontrolliert.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Was mir jetzt unklar ist – das sage ich Ihnen ganz offen –: Es finden in diesem mehrstufigen Prüfungssystem eine Reihe von Prüfungen statt, die nicht untereinander verlinkt werden. Jede Prüfungsinstanz fordert ihre Prüfungsberichte an, setzt aber keine Schritte, informiert nicht einmal die notwendigen Organe darüber. Berichte werden quergelesen, Zusammenfassungen werden notfalls kurz überlesen und dann abgelegt – aber immer isoliert und niemals vernetzt in dem gesamten Prüfungszyklus sozusagen dargestellt.

Jetzt komme ich auf eine Aussage zurück, die Sie gemacht haben: Sie haben gesagt, Gespräche haben zwischen Tür und Angel stattgefunden, was ...

**Mag. Herbert Sutter:** Gespräche haben zwischen ...?

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** ... Tür und Angel stattgefunden, was die BAWAG betrifft. Was kann man darunter verstehen? – Das sind informelle Gespräche, wo man ...?

**Mag. Herbert Sutter:** Na, so beiläufig. Also ... – Ich weiß nicht mehr, in welchem Zusammenhang ich das jetzt gesagt habe.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie haben vorhin gesagt, ganz konkret, auf die Frage, ob es ... – Es gibt da eben von der Expertenkommission das Instrumentarium der Zwischenberichte, seit dem Jahr ... (*Mag. Sutter: Den ...?*) Von der Expertenkommission das Instrument der Zwischenberichte – 1999 wurde das in der Expertenkommission beschlossen, dass regelmäßig Zwischenberichte verfasst werden. (*Mag. Sutter: Ja, ja!*)

Zur BAWAG hat es solche nicht gegeben. – Es hat aber aus Ihrer Erinnerung heraus Gespräche zwischen Tür und Angel gegeben, haben Sie vor etwa einer halben Stunde gesagt. – Jetzt frage ich Sie: Was war der Gegenstand dieser Tür-und-Angel-Gespräche? Was war der Inhalt? Können Sie sich da noch an irgendetwas erinnern – oder war das nur, was weiß ich, ...

**Mag. Herbert Sutter:** „Wie geht's dem Bericht?“, nicht wahr. – So ungefähr.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** „Wie geht's dem Bericht?“?

**Mag. Herbert Sutter:** „Wie geht's dem Bericht?“ – So ungefähr, nicht wahr? Also, das ...

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Der Bericht selber ist ja keine physische Person! Der hat ja auch keinen Gemütszustand!

**Mag. Herbert Sutter:** Na ja, es ist eine Redewendung.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Also: Was steht in dem Bericht?

**Mag. Herbert Sutter: Nicht:** „Was steht in dem Bericht?“!

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sondern: „Wie geht's dem Bericht?“?

**Mag. Herbert Sutter:** Ja: „Wie geht's dem Bericht?“, also ... – ja. Also ich habe von dem Bericht ...

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ja wie ist es dem Bericht denn gegangen?

**Mag. Herbert Sutter:** Na ja, ich weiß es nicht mehr. Es sind ja so belanglose Gespräche, an die kann man sich ja überhaupt nicht mehr erinnern.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber Sie sind sich in der Rolle als Staatskommissär schon bewusst gewesen, welche Verantwortung Sie auch haben. War für Sie niemals von Interesse, herauszufinden, wie es um die BAWAG wirklich bestellt ist – denn Sie haben ja ausreichend Möglichkeiten gehabt, um zu Informationen zu kommen –, um sich selber zu schützen und abzusichern, letztendlich? Haben Sie davon nie Gebrauch gemacht? Haben Sie sich darauf verlassen, was der Herr Elsner Ihnen im Aufsichtsrat erklärt hat?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein, nicht nur. Nicht nur! Ich habe ja den Wirtschaftsbericht gehabt und den bankaufsichtlichen Prüfungsbericht gehabt, und hier ist die Ertrags- und Risikolage als exzellent beschrieben worden. Also mehr, als sich auf den Wirtschaftsprüfer zu verlassen, kann man nicht! Es ging aus den Wirtschaftsprüfungsberichten, aus den Bilanzen immer eine sehr gleichförmige Ertragsentwicklung hervor. Zusätzlich hat auch noch der Wirtschaftsprüfer keine Veränderung der Risikolage jedes Jahr testiert – **jedes** Jahr, bis ich ausgeschieden bin; was **dann** war, weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Mag. Sutter, wissen Sie, warum ich Sie das frage: weil Sie gerade vorhin auf meine Frage geantwortet haben, Sie sind für drei

Bankinstitute zuständig gewesen und haben immer für Ihre Berichtsgrundlage und Einschätzung der Situation der Banken den OeNB-Bericht herangezogen. – Jetzt sagen Sie, in Ihrer Funktion als Staatskommissär in der BAWAG war für Sie der OeNB-Bericht völlig belanglos, Sie haben ihn nie angeschaut, er war für Sie nicht relevant, Sie haben nicht einmal gewusst, dass es einen kritischen Bericht von Mayerhofer aus dem Jahr 2001 gibt, sondern Sie haben sich auf andere Kontrollberichte verlassen. – Das ist nicht sehr glaubwürdig, weil Sie ja nicht irgendjemand sind. Sie kennen sich ja in dem Prüfungssystem sehr genau aus!

**Mag. Herbert Sutter:** Zwei Dinge: Auf Grund des OeNB-Prüfungsberichtes hätte ich Handlungen gesetzt – und ich glaube, ich habe sie sogar gesetzt, ich kann mich nicht mehr so genau erinnern –, nämlich ein Vorstandsgespräch zu suchen, weil ich Behörde war für diese drei Banken. – Das habe ich nicht getan, was ... – den einen kenne ich noch, den 1994er –, habe ich nicht getan, das war Angelegenheit der Behörde, der für die BAWAG zuständigen Organisationseinheit in der Bankenaufsicht.

Ich habe Handlungen gesetzt aus dem OeNB-Bericht für die drei Banken, wo **ich** die zuständige Organisationseinheit war. Und dann habe ich natürlich auch noch den Prüfungsbericht für die drei Banken behandelt. – Und den Prüfungsbericht der BAWAG habe ich nur als Information benützt. Der wurde ja auch dem Aufsichtsrat vorgelegt in der BAWAG.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ja, aber nicht der OeNB-Bericht! Der wurde Ihnen nicht vorgelegt. (*Mag. Sutter: Der OeNB-Bericht ...*) Den kennen Sie ja nur aus „NEWS“!

**Mag. Herbert Sutter:** Zwei Dinge: Der OeNB-Bericht wurde in der Regel **nicht** im Aufsichtsrat behandelt, schon gar nicht vorgelegt im vollen Wortlaut. Aber die Behörde hat Handlungen auf Grund des OeNB-Berichtes, ich habe also Handlungen gesetzt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Mag. Sutter, nur zusammengefasst: In Ihrer täglichen Praxis waren Sie immer bemüht, die OeNB-Berichte einzufließen zu lassen in Ihre persönliche Beurteilung, was Ihre Banken betrifft, für die Sie zuständig waren. Bei der BAWAG, wo Sie als Staatskommissär drinnen gesessen sind, haben Sie es **nicht** der Mühe wert gefunden, die OeNB-Berichte anzufordern, durchzulesen, Ihnen ein Bild zu machen über die BAWAG, wo Sie als Staatskommissär Verantwortung tragen. Sie waren auch nicht bereit oder haben keine Handlung gesetzt, sich bei einem Ihrer Kollegen zu erkundigen im Haus, der für die BAWAG unmittelbar zuständig war. Da haben Sie sich auch nicht abgesichert. Oder haben sich da Tür- und Angel-Gespräche zugetragen?

**Mag. Herbert Sutter:** Wie ich schon gesagt habe: Kein Staatskommissär hat den OeNB-Bericht, also die OeNB-Berichte erhalten. Warum soll ich da eine Ausnahme sein?

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ja, aber Sie hätten sie anfordern können, weil Sie ja in Ihrer täglichen Praxis es gewohnt waren, sich auf der Basis von OeNB-Berichten ein Bild zu machen, das war ja Ihre tägliche Praxis, haben Sie ja gerade vorhin mir gesagt, aber bei Ihrer Bank, wo Sie zuständig waren. Im Aufsichtsrat oder als Staatskommissär haben Sie das nicht gemacht. War Ihnen nicht wichtig genug.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich war nicht für die Bank zuständig als Behörde, ich war Organ der Behörde in Bezug auf die BAWAG. Ich war Organ für die Behörde, ich habe keine Bescheide erlassen, ich habe kein Imperium gehabt. Bestenfalls hätte ich unter „Allfälliges“ Fragen stellen können, hätte ich den Bericht gewusst.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Haben Sie regelmäßig bei Weiterbildungsveranstaltungen im Bundesministerium, die angeboten worden sind,



teilgenommen, oder Infoveranstaltungen, Bankwesengesetz et cetera? (*Mag. Sutter: Bitte?*) – Haben Sie Weiterbildungsveranstaltungen wahrgenommen, die vom Bundesministerium angeboten worden sind?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe solche gemacht, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ich glaube, im Wesentlichen haben wir eh alles gehört, was zu hören ist. Nur wenn ich zusammenfassen darf: Mein Eindruck, dass nämlich die Staatskommissäre selber zwar Informationen geliefert haben an die jeweilige Abteilung im Ministerium, jetzt an die FMA, also an die Bankenaufsicht, aber dass im Prinzip der Informationsfluss von Seiten der Finanzmarktaufsicht, vorher Ministerium, dann FMA, an die Staatskommissäre gegen null war – sehe ich das jetzt richtig als Bild? Das heißt, der Informationsfluss ging in Wahrheit nie von der Finanzmarktaufsicht zum Staatskommissär, sondern nur umgekehrt? Sehe ich das richtig?

**Mag. Herbert Sutter:** Das habe ich vorher schon einmal erwähnt. Nein, die Behörde hat keine Berichtspflicht gegenüber dem Staatskommissär gehabt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, es geht jetzt nicht um gesetzliche Verpflichtungen, sondern in der Praxis gab es einen Informationsfluss vom Kommissär zur FMA, zur Finanzmarktaufsicht, aber von der Finanzmarktaufsicht, vorher Ministerium, dann FMA, zum Staatskommissar so gut wie keine. Sehe ich das richtig?

**Mag. Herbert Sutter:** So gut wie keine bis spärlich, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Das heißt, im Prinzip ist halt der Angelpunkt oder der Drehpunkt der Information vorher BMF, dann FMA, dort ist er zugeliefert worden von Staatskommissären, Berichte, von der Bank, Berichte, und von der OeNB, Berichte. Und das war der Ort des Wissens, quasi der Angelpunkt und die Information in die anderen Richtungen. Also wieder zurück zu einzelnen dieser Teile, die gab es de facto kaum. Sehe ich das richtig?

**Mag. Herbert Sutter:** Wie es heute ist, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber bis zu Ihrer Zeit, 2003, da gab es ja die FMA schon über ein Jahr. Sie waren ja bis 30. Juni 2003 Staatskommissar.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich bin ausgeschieden Ende Juni 2003, da hat es die ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da gab es ja bereits über ein Jahr die FMA.

**Mag. Herbert Sutter:** Ein bisschen mehr als ein Jahr gab es schon die FMA, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, da war ja kein Unterschied dann plötzlich in der Kultur der Kommunikation zwischen der Behörde und Ihnen.

**Mag. Herbert Sutter:** Ich glaube, bis dorthin hat sich nichts geändert.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja. Ist Ihnen bekannt, dass sich das in der Zwischenzeit geändert hätte? (*Mag. Sutter: Keine Ahnung!*) – Okay, das heißt im Prinzip Angelpunkt oder der Ort, wo die Informationen zusammenlaufen, vorher BMF, dann FMA, und die Zulieferer, die Bank selbst, die Staatskommissäre, die OeNB sind Zulieferer und bekommen dann an und für sich keinen Rückfluss mehr. – Gut. Danke schön.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Magister, ich hätte eine Frage in Bezug auf Ihre Verpflichtung, Einsprüche zu erheben. Wie viele Einsprüche haben Sie gegen Beschlüsse von Organen der BAWAG im Laufe dieser zehn Jahre erhoben? (*Mag. Sutter: Keinen einzigen!*) – Keinen einzigen. Ich habe das fast befürchtet. Ich zeigen Ihnen jetzt Kreditgeschäfte, nur zwei, pars pro toto.

Hätten Sie bei einem Kreditgeschäft, wo 1 Milliarde gewährt wird ohne Sicherheit, hätten Sie dort nicht Einspruch erheben müssen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen?

**Mag. Herbert Sutter:** Da muss man sich das Geschäft ansehen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie sich angeschaut, jeweils?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich weiß nicht, von welchem Geschäft ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich zeigen Ihnen zwei Dienstzettel. Einmal waren Sie dabei, im Jahre 1997, bei einer Aufsichtsratssitzung, ich habe nur zwei herausgegriffen. Das andere Mal waren Sie zwar informiert, da war aber Ihr Vertreter Dr. Mantler, den ich auch noch damit konfrontieren werde, dabei. Ebenfalls wieder ein Kreditgeschäft in der Höhe von, auch aus dem Jahre 1997, es war relativ, und zwar im September 1997, November 1997, relativ rasch, ein Kreditgeschäft von annähernd einem Kreditvolumen von 900 Millionen, also fast 1 Milliarde. – Sicherheiten keine. Wenige Wochen davor: Kreditgeschäft über insgesamt 6,5 Milliarden, 3 Milliarden davon Bundeshaftung, eine weitere Milliarde – keine Haftung.

Hätten Sie bei solchen Kreditgeschäften nicht zumindest Einspruch erheben müssen und es der Aufsichtsbehörde zur Prüfung vorlegen müssen? Sehen Sie, ich habe versucht, herauszufinden, wie ein Staatskommissär Milliardenkreditgeschäfte einfach an sich vorbeiziehen lässt und nicht einen einzigen Einspruch macht. Ich habe keinen einzigen Einspruch gefunden. Und Sie haben es ja jetzt auch bestätigt, dass Sie keinen einzigen Einspruch getätigt haben. Wozu sitzt ein Staatskommissär in einer Bank, wenn all das möglich ist?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Jetzt geben wir die Gelegenheit, darauf zu antworten.

**Mag. Herbert Sutter:** Da muss man sich den Kreditnehmer sehr genau anschauen, da muss man sich das Geschäft sehr genau anschauen. Und außerdem, also Blankokredite bei Großbanken sind nicht unüblich. Da müsste man viele Einsprüche erheben, wenn man solche Dinge jetzt so, ohne nähere Informationen zu haben, hört. Blankokredite in dieser Größenordnung bei Großbanken sind nicht unüblich. Man muss sich den Kreditnehmer ansehen, man muss sich die Bilanzen also der Kreditnehmer ansehen, man muss das ganze Geschäft kennen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Gut. Das klingt plausibel. Haben Sie das gemacht in der BAWAG mehrfach?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Präsentation der Kreditanträge war umfangreich, plausibel und wurden sehr professionell vorgetragen. Ich habe keinen Grund gehabt, warum weiß ich jetzt nicht mehr, keinen Einspruch zu erheben.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wir können die Geschäfte nicht beurteilen, weil ganze Seiten geschwärzt sind. Gehen wir davon aus, dass auch bei diesen Kreditgeschäften in der Karibik **Sicherheiten** Thema waren. Haben Sie Erinnerungen daran oder Wahrnehmungen gehabt, als Herr Elsner über die wiederaufgenommenen Karibik-Geschäfte berichtet hat, welche Sicherheiten dort geboten wurden, in den Berichten an den Aufsichtsrat?

**Mag. Herbert Sutter:** Das habe ich vorher schon gesagt. Es wurden dann über die Dublin Finanzierungen zur Verfügung gestellt an Investmentfonds, offshore, mit dem Ziel, dass diese Wertpapiere beschaffen. Gleichzeitig wurde in den Investmentfonds 20 Prozent Eigenkapital eingeschossen. Die angeschafften Wertpapiere, die 100 Prozent angeschafften Wertpapiere aus der Finanzierung, also der BAWAG, wurden an die BAWAG verpfändet. – Sicherheit Nummer 1. Zweitens wurde in den Investmentfonds Eigenkapital eingeschossen.

Wenn sich das Eigenkapital verringert, dann gab es zwei Möglichkeiten: Entweder das Eigenkapital wurde, wenn es sich verringert, wieder auf 20 Prozent aufgestockt, wenn das nicht möglich war ... Ich kann mich noch sehr genau erinnern 1994 an die Diskussion, an die fünf-, sechs oder sieben-stündige Diskussion mit Generaldirektor Flöttl, der diese Geschäfte erklärt hat, und in der Struktur waren sie ja dann dieselben.

Wenn dieser Nachstoßpflicht nicht nachgekommen wird, so verringert sich dann der Kurs der Veranlagungen, und somit reduziert sich dann auch das Eigenkapital, und wenn sich das Eigenkapital verringert um 5, 10 oder gar in die Nähe von 20 Prozent, werden diese Veranlagungen glattgestellt und der 100-prozentige Kredit der BAWAG wieder zurückgeführt. – So war das Konzept. So wurde es damals, 1995, präsentiert, plausibel, sehr glaubwürdig und sehr gut abgesichert aus meiner Sicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Bleiben wir bei den Sicherheiten. Bei den Sicherheiten sind im Grunde nur zwei Elemente übrig geblieben, nämlich das eingebrachte Eigenkapital, was keine Sicherheit darstellt, und die Wertpapiere.

Haben Sie jemals Überprüfungen angestellt, ob diese Wertpapiere überhaupt werthaltig sind, ob diese Sicherheiten überhaupt werthaltig waren? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Haben Sie nie gemacht?

**Mag. Herbert Sutter:** Das wäre dann quasi eine Vor-Ort-Prüfung des Staatskommissärs gewesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, nein. Was ja zulässig gewesen wäre.

**Mag. Herbert Sutter:** Nein, ich habe sie nicht überprüft. Es hat damals geheißen, dass es festverzinsliche Wertpapiere waren, die börsennotiert sind, und das ist für mich zufriedenstellend. Daran kann man nicht mehr zweifeln, wenn diese Investmentvehikel ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wieso kann man daran nicht mehr zweifeln? (*Mag. Sutter: Bitte?*) – Nach den Erfahrungen bis 1994 hätte man erhebliche Zweifel dann haben müssen.

**Mag. Herbert Sutter:** Wenn diese Papiere, Herr Abgeordneter, in festverzinsliche Wertpapiere, die auf einem Markt notieren, veranlagt werden, dann haben Sie einen täglichen Kurs (*Abg. Mag. Stadler: So stand es ja im Konzept!*), und wenn sich der Kurs um 10 Prozent verringert, dann gibt es entweder Nachschusspflicht oder die Papiere werden am Markt glattgestellt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Völlig korrekt. So stand es im Konzept drinnen. Aber wurde das auch überprüft, ob das wirklich so ist?

**Mag. Herbert Sutter:** Das hat nicht einmal die Nationalbank geschafft, das zu überprüfen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, aber Sie hätten ja die Möglichkeit dazu gehabt, jederzeit, laufend, diese ...

**Mag. Herbert Sutter:** Wie hätte ich als Staatskommissär eine Vor-Ort-Prüfung machen können, die nicht vorgesehen ist im Gesetz?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, nein, langsam. Sie können **alles**, noch einmal: **alles** an Informationen können Sie jederzeit verlangen. Das steht eindeutig im Gesetz drinnen. Sie haben es nicht getan. Haben Sie es getan oder haben Sie es nicht getan?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein. Die Präsentation war hinreichend, plausibel und umfangreich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Worin hat sich dieses Konzept, diese Präsentation materiell und essentiell von dem Konzept, das bis 1994 praktiziert wurde, unterschieden, und zwar verbessernd unterschieden?

**Mag. Herbert Sutter:** In der Dokumentation, in der laufenden Berichterstattung. Und ob diese Papiere unter Generaldirektor Flöttl, also die alten Karibik-Geschäfte, auch verpfändet wurden, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Oh ja, es war so. Es gibt keinen strukturellen grundsätzlichen Unterschied zu den vorangegangenen Karibik-Geschäften, soweit wir das bisher rekonstruieren konnten. Keinen strukturellen! Es konnte mir bisher auch niemand erklären, worin jetzt das sensationell Neue – das hat übrigens der Elsner nie behauptet –, worin das sensationell Neue und Verbesserte der wieder aufgenommenen Karibikgeschäfte bestehen soll. Das wurde nicht getan. Und dass das der Herr Elsner nicht berichtet hat, das haben Sie selber schon im Ausschuss ausgesagt. Worin war die Verbesserung? – Es gab keine Verbesserung – außer dass man einfach dem Elsner mehr geglaubt hat als dem Flöttl! Das war alles.

Ich frage Sie jetzt noch etwas anderes. Sie haben gesagt, Sie haben öfters mit Frau Dr. Tumpel-Gugerell Kontakt gehabt. Hat Frau Dr. Tumpel-Gugerell Ihnen in irgendeiner Form einmal Ihrer Erinnerung nach einen Hinweis gegeben, eine Intervention, einen Wink, wie Sie Ihre Aufgabe positiv oder negativ als Staatskommissär der BAWAG ausüben sollen? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Es wäre mir auch irgendwie nicht logisch erschienen, weil es meiner Ansicht nach auch nicht notwendig gewesen wäre, wenn Sie nicht einmal die Berichte lesen. – Danke.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe zwei kurze Fragen, und zwar wir hören, dass Betriebsräte von der BAWAG und auch von Elsner beschenkt wurden. Jetzt meine Frage – Sie sind Mitglied des Aufsichtsrates in Ihrer Funktion als Staatskommissär gewesen –: Hat es so etwas für Aufsichtsräte auch gegeben, Weihnachtsgeschenke, etliches mehr, und Staatskommissäre? Wissen Sie etwas davon?

**Mag. Herbert Sutter:** Weihnachtsgeschenke hat es gegeben, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Auch an die Staatskommissäre?

**Mag. Herbert Sutter:** Also an mich, ich kann nur für mich sprechen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie und das Ersatzmitglied?

**Mag. Herbert Sutter:** Für ein Ersatzmitglied kann ich nicht sprechen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was haben Sie da geschenkt bekommen zum Beispiel?

**Mag. Herbert Sutter:** Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Das ist sehr leicht zu sagen, weil es jedes Jahr dasselbe war. Es waren einmal Weingläser, einmal Weißweingläser, einmal Rotweingläser, einmal Biergläser, einmal Schnapsgläser, einmal Sektgläser.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie haben ein gutes Gedächtnis. Danke.

**Mag. Herbert Sutter:** Es war jedes Jahr dasselbe.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was war der Wert dieser Gläser? Waren das Riedel Gläser oder waren das irgendwelche anderen? (*Mag. Sutter: Bitte?*) – Was war denn der Wert in etwa? Welche Marke?

**Mag. Herbert Sutter:** Da habe ich keine Ahnung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was für eine Marke war das?

**Mag. Herbert Sutter:** Es waren immer sechs Stück, es waren Lobmeyer.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie je in Ihrer Zeit als Staatskommissär über die BAWAG und/oder Vorkommnisse in der BAWAG das Ministerbüro Edlinger und in der weiteren Folge Grasser informiert: substantiell, inhaltlich? Haben Sie das Ministerbüro irgendwann informiert?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein. Meine Berichterstattung ging ausschließlich über die für die BAWAG zuständige Organisationseinheit.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und wer war das, bitte?

**Mag. Herbert Sutter:** Gancz. Gancz war Leiter der Organisationseinheit, die für die BAWAG zuständig war. Das waren die drei Abteilungen: Sutter-, Gancz-, Riemer-Abteilung in der Bankenaufsicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie waren ja Staatskommissär? (*Mag. Sutter: Ja!*) – Da hatten Sie auch nie in dieser Eigenschaft eine Information direkt an das Ministerbüro weitergegeben? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Danke.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zum vorherigen Komplex nur mehr eine Frage – wenn sie schon gestellt wurde, bitte ich um Verzeihung, weil ich bin heute nicht immer anwesend gewesen, gestehe ich –, aber bei den vielen Aufsichtsratssitzungen, die es gegeben hat und wo wir die Protokolle alle durchzuschauen versucht haben, aber es ist doch ein bisschen intensiv: Haben Sie eine Vorstellung davon, wie oft Sie sich im Zeitraum 1994 aufwärts dort zu Wort gemeldet haben? (*Mag. Sutter: Ja!*) – Wie oft?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich habe nicht die Anzahl der Wortmeldungen in all diesen zehn Jahren gezählt. Ich habe mich sicher bei den Karibik-Geschäften gemeldet, ich habe vielleicht die eine oder andere Frage auch nachher noch gestellt. Ich habe mich **nicht** eingemischt in das operative Geschäft, habe dort nicht mitdiskutiert. Sie müssen ja bedenken, ich war Staatsorgan in einer privaten Bank ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Frage war ganz einfach: Ungefähre Anzahl Ihrer Wortmeldungen: mehr als 1 000, weniger als 100, 5, 3, oder können Sie sich nicht mehr erinnern? War es häufig, war es selten?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich kann es wirklich nicht schätzen. Ich habe mich an der Diskussion bei den Karibik-Geschäften beteiligt; ich habe die eine oder andere Frage auch gestellt. Aber ich habe **keine** Fragen gestellt, was das Kommerzgeschäft betrifft, aus folgendem Prinzip heraus, das ich mir gestellt habe: Ich bin dort Staatsorgan in einer privaten Bank und möchte nicht bei der Ausgestaltung oder Formulierung von kommerziellen Geschäftsbeschlüssen mitwirken. Das wäre im Grund genommen ordnungspolitisch bedenklich, das wäre ein Anachronismus in der freien Marktwirtschaft. Ich habe mich rein auf meine Aufgaben auf Basis des Bankwesengesetzes, auf das rechtliche Instrumentarium berufen, und aus dieser Überlegung heraus habe ich Fragen gestellt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Noch einmal zum Prüfbericht der OeNB 2001. Mir ist eigentlich nicht klar geworden, warum Sie sich den nicht auf kurzem Wege im Ministerium besorgt haben. Das wäre doch für Sie ein Leichtes gewesen, sich diesen Bericht zu besorgen. Sie haben gesagt, Sie haben Kenntnis erhalten davon, und Sie hätten doch wohl nur zu Ihrem Kollegen Dr. Heilingsetzer gehen müssen, um sich diesen OeNB-Bericht einmal zu besorgen und den dann zu lesen. Warum haben Sie das nie getan? Sind Sie da nie auf diese Idee gekommen?

**Mag. Herbert Sutter:** Es gibt strukturelle Verwaltungsabläufe in einer Behörde. Und wenn der Staatskommissär diese Berichte nicht bekommt, warum soll ich eine

Ausnahme machen und mir den sozusagen unter der Hand beschaffen? Das habe ich nicht gemacht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich verstehe das nicht: Warum unter der Hand beschaffen? Sie hätten den Akt doch anfordern können jederzeit.

**Mag. Herbert Sutter:** Warum die Ausnahme? *Kein* Staatskommissär hat diese Berichte bekommen. Warum soll ich ihn bekommen und eine Ausnahme machen? Das habe ich nicht gemacht!

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das Problem scheint mir doch in den strukturellen Abläufen zu liegen, nicht? Was mir nämlich unverständlich ist, warum Sie als Staatskommissär für die BAWAG sich offensichtlich nie mit Ihrem Kollegen Dr. Heilingsetzer, der der Sachbearbeiter für diese Prüfberichte war, in Verbindung gesetzt haben. Das scheint mir das strukturelle Problem innerhalb der Abläufe des Ressorts und quasi auch innerhalb der Bankenaufsicht zu sein. Das ist ein grobes Versäumnis aus meiner Sicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das war jetzt eine Feststellung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sehen Sie das auch so?

**Mag. Herbert Sutter:** Das war Verwaltungsusance damals.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das haben Sie schon mehrmals gesagt heute, dass das Verwaltungsusance ist. Meine Frage: ob Sie darin etwas sehen, was ein Versäumnis der Bankenaufsicht ist, ein strukturelles Problem der Bankenaufsicht.

**Mag. Herbert Sutter:** Könnte man verbessern.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Na ja, immerhin. – Zweite Frage: Den Aktenunterlagen kann ich entnehmen, dass Sie immer wieder gemeinsam mit Ihrem Stellvertreter bei den Sitzungen des Aufsichtsrates gewesen sind. Warum eigentlich? – War das üblich?

**Mag. Herbert Sutter:** Das war üblich, damit jeder die Gesamtentwicklung der Bank über einen Zeitraum kennt und nicht, wenn ich fünfmal dort war und er dann beim sechsten Mal dort war, die vorherige Entwicklung nicht kennt. Also: Das war absolut üblich, dass Staatskommissär und Stellvertreter, beide, bei den Aufsichtsratssitzungen anwesend waren.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Üblich in Ihrer Abteilung oder üblich sozusagen strukturell verankert in der Bankenaufsicht des Finanzministeriums?

**Mag. Herbert Sutter:** Generell. So ist es, strukturell verankert.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** So, jetzt sind Sie im Regelfall dort zu zweit hingegangen. Wie war das dann in der Vorbereitung? Haben Sie sich dann gemeinsam vorbereitet auf diese Sitzungen? (*Mag. Sutter: Nein!*) – Warum eigentlich nicht?

**Mag. Herbert Sutter:** Beide haben die Unterlagen gehabt; die Unterlagen war selbstsprechend. Es bedurfte keiner Vorbesprechung, vielleicht mit einer oder zwei Ausnahmen, was die Karibik-Geschäfte betrifft oder andere Dinge.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Über so kritische Berichte wie den OeNB-Bericht 2001 haben Sie auch nicht gesprochen? Sie haben zwar gehört davon, aber ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege, die Auskunftsperson hat schon mehrfach gesagt, er kennt sie nicht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Schon, er kennt ihn inhaltlich nicht, Herr Dr. Graf, er wusste aber von der **Existenz** desselben; er hätte doch mit seinem Kollegen Mantler darüber sprechen können, in diesem Sinne.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Mantler kommt noch. Wir werden ihn fragen, ob er ihn kennt, und dann kann man, glaube ich, darauf schließen, dass man sich auch unterhält darüber, und dann muss man sie halt gegenüberstellen, die beiden Zeugen. Aber wir sollten ihn nicht quälen. Ich glaube, er wird nichts anderes sagen zum Thema.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine letzte Frage noch. Ich glaube, es war Dr. Heilingsetzer, der gesagt hat, dass die BAWAG regelmäßig Gesprächsthema der Expertenkommission war.

Was können Sie uns darüber berichten? Welche Wahrnehmungen haben Sie darüber gemacht? Ist das auch Ihre Erfahrung?

**Mag. Herbert Sutter:** Soweit ich mich erinnern kann – das liegt jetzt schon mehr als zehn Jahre zurück –, war die BAWAG ein sehr großes Gesprächsthema 1993/94, als diese Karibik-Geschäfte in der Presse, in den Medien aufgezeigt wurden mit dem furchtbaren Wirbel. Das war eine sehr große Diskussion damals, glaube ich, im Expertengespräch. Sonst kann ich mich, außer die Fixierung von Prüfungsberichten, was die BAWAG betrifft, an keine wesentlichen Diskussionen über die BAWAG mehr in der Expertenkommission erinnern.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich muss jetzt das Thema kurz wechseln; und auch, um es abzukürzen: Ich beziehe mich auf ein Treffen, das zweifelsohne stattgefunden hat nach den Aussagen mehrerer Auskunftspersonen hier, und zwar am 9.11.2006 im Finanzministerium. – Waren Sie dort dabei?

**Mag. Herbert Sutter:** Im Finanzministerium, ja? Bei Generalsekretär Quantschnigg?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ganz genau. (*Mag. Sutter: Ja, da war ich dabei!*) – Wer war noch dabei?

**Mag. Herbert Sutter:** Da waren dabei Dr. Gancz, Mag. Lejsek und ein Vertreter der Finanzprokurator, dessen Name mir entfallen ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dr. Peschorn vielleicht. – (*Keine verbale Antwort der Auskunftsperson.*) – Ja, das deckt sich.

Wie sind Sie eingeladen worden zu diesem Treffen?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich bin telefonisch eingeladen worden vom Sekretariat des Dr. Quantschnigg.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und was war da als Zweck angegeben? Wie wurde das übermittelt?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Sekretärin hat gesagt, wir sollen kommen. Ich habe schon geahnt, wofür es geht, und daher bin ich gerne dorthin gegangen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie aus dieser Einladung herausgehört, dass mehrere Personen zusammentreffen oder dass nur Dr. Quantschnigg Sie sprechen will?

**Mag. Herbert Sutter:** Nein, wir waren zu viert dort.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, dann schon, aber als Sie die telefonische Einladung erreicht hat?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich glaube, dass war von vornherein schon so konzipiert, dass wir zu viert uns dort treffen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Diesen Eindruck hatten Sie schon beim Anruf gewonnen, dass mehrere Personen sich treffen sollten?

**Mag. Herbert Sutter:** Dann habe ich es festgestellt, dass das klar war. Sie hat gesagt, ich soll zum Dr. Quantschnigg kommen – schon ahnend, was kommt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was haben Sie geahnt?

**Mag. Herbert Sutter:** Dass ein Aviso kommt, dass wir als Zeuge unter Umständen vor den Aufsichtsrat vorgeladen werden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und dann sind Sie dort eingetroffen, dann sind die anderen auch gekommen. Und was war dann das Gesprächsthema?

**Mag. Herbert Sutter:** Das Gesprächsthema war eben, dass wir möglicherweise als Zeugen vorgeladen werden, dass sich die Bankenaufsicht konstituiert hat. Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen, aber: von Koordination keine Rede! Ich habe damals deponiert, dass ich von Mitte November bis Mitte Jänner im Ausland bin.

Daraufhin hat man mich auf die Möglichkeit hingewiesen, eine so genannte Orts-Abwesenheitserklärung bei der Post abzugeben – das habe ich auch gemacht. Und sonst war es ein nostalgisches Treffen des Pensionisten Gancz und mir und des noch im Aktivstand befindlichen Lejsek und des Quantschnigg.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und des Herrn von der Finanzprokurator?

**Mag. Herbert Sutter:** Den ich nicht kannte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie lange hat denn das gedauert?

**Mag. Herbert Sutter:** Eine gute Stunde, würde ich sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie werden dort ja mehr gesprochen haben außer der Feststellung, dass sich möglicherweise dieses „Ensemble“ dann eben hintereinander hier als Auskunftsperson im Ausschuss einfinden wird? Es muss ja etwas anderes auch noch geredet worden sein, außer der Erwartungshaltung, die Sie dort geeint hat, dass bis auf Dr. Quantschnigg selbst ja jeder damit rechnen konnte, hier Zeuge sein zu müssen?

**Mag. Herbert Sutter:** Da war substanzuell nichts, keine Koordination. Wir wissen ja auch nicht, welche Fülle von Fragen kommen, in welche Richtung das geht – also, da war absolut nichts. Es war belanglos, würde ich sagen. Sicher keine Koordination ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das habe ich ja noch gar nicht gefragt! – Ich weiß schon, das frage ich dann auch. Wir können uns darauf verständigen, dass ich Sie das gar nicht mehr frage, ob dort jetzt etwas koordiniert wurde oder nicht. Ich will nur mehr wissen, ob etwa die Frage von Amtshaftungen dort eine Rolle gespielt hat, Amtshaftungen der Republik, natürlich im Kontext vielleicht.

**Mag. Herbert Sutter:** Da bin ich jetzt überfragt. Ich weiß auch nicht einmal, ob wir den Brief, den damals das Finanzministerium an die zu ladenden Kandidaten ... Also, ich weiß nicht ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich möchte die Anhörungsperson darauf hinweisen, dass es sehr unglaubwürdig ist, dass man sich an gar nichts mehr erinnert, wenn man aus dem Ruhestand gerufen wird und honorige Persönlichkeiten auch der Finanzprokurator und Ähnliches trifft. Das ist *nicht alltäglich!* Sie haben gute



Erinnerungen aus der Vergangenheit – aber nicht an das, was ein paar Wochen oder Monate zurückliegt.

Was waren die Themen, bitte, die dort besprochen worden sind? – Sie sind ja extra in Ihrer Freizeit hineingekommen!

**Mag. Herbert Sutter:** Ich kann jetzt nichts erfinden, um eine Antwort zu geben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie brauchen nichts erfinden, sondern: Was waren die Themen? – Themen! Wie oft kommt das denn vor, dass Sie aus dem Ruhestand seit dem Jahr 2003 ins Ministerium einberufen werden? Wie oft sind Sie denn schon dort gewesen? War es das erste und einzige Mal?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Sitzung war das einzige Mal. Ich habe auch weder mit Gancz noch mit Lejsek seit dieser Sitzung Kontakt gehabt, weder persönlich noch ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist das einzige Mal – und da erinnern Sie sich nicht einmal mehr an die Themen? Das ist ja nicht glaubhaft!

**Mag. Herbert Sutter:** Ich kann mich erinnern, aber das ist ja wirklich nicht Gegenstand hier, dass Quantschnigg uns gefragt hat: Sagt einmal, habt ihr irgendwas gehört am Markt, nicht einmal gerüchteweise, über die BAWAG-Sachen? – Und das haben wir alle verneint. An diese Frage kann ich mich noch erinnern: Absolut nichts! – Ein Phänomen war das Ganze, wie das alles vertuscht werden konnte.

Das war eine Frage von Quantschnigg, aber außer dass dort diese ... – Das war für mich ein recht einfaches ... und nicht die Bedeutung, die Sie dieser Sitzung beimessen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer hat denn am öftesten das Wort ergriffen von den Anwesenden in dieser Stunde?

**Mag. Herbert Sutter:** Der Persönlichkeit nach Dr. Gancz.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer hat als Erster dort das Gespräch eröffnet?

**Mag. Herbert Sutter:** Ich nehme an, Quantschnigg.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist außer der Vermutung – der nahe liegenden und, wie sich dann herausstellt, zutreffenden –, dass die meisten da als Auskunftspersonen gehört werden, irgendein Betreff genannt worden? Ich habe Sie schon vorhin gefragt: Hat Amtshaftung, das Thema Amtshaftung, eine Rolle gespielt? – Da sind wir dann unterbrochen worden.

**Mag. Herbert Sutter:** Amtshaftung war immer ein Steckenpferd von Gancz, also nie von mir. Der hat sich damit intensiv beschäftigt. Ich schließe nicht aus, dass das ... – Ich weiß, das war sein Hobby, aber ich weiß nicht, ob das besprochen wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** War das Treffen – jetzt vom Gesamtkontext her noch einmal – zur Information des Dr. Quantschnigg oder vielleicht sogar – in Weiterleitung – des Bundesministers?

**Mag. Herbert Sutter:** Da war nicht viel weiterzuleiten. Er hat uns zusammengerufen, die Kandidaten, die für Ladungen in Frage kommen, und darüber informiert, aber Vorgangsweisen und zeitliche Abläufe ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Ladungen waren ja noch gar nicht draußen am 9. 11.! Sie waren offensichtlich immer in Erwartungshaltung in dieser Besprechung. – Können Sie sich daran erinnern?

**Mag. Herbert Sutter:** Weiß ich nicht, aber wir sind jedenfalls dort gesessen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und Quantschnigg hat Ihnen erklärt, Sie werden Auskunftsperson sein de facto?

**Mag. Herbert Sutter:** Möglicherweise. Wir werden möglicherweise auf die Liste gesetzt werden, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich halte jetzt nur eines fest: Also, wenn man Heiligensetzer, Sutter und Gancz in diesem Ausschuss gehört hat, dann muss man sich wirklich fragen, warum ein Dr. Quantschnigg und ein Lejsek die zu einer Sitzung holt, weil die müssen ja, nachdem sie die Personen gekannt haben, den Eindruck gehabt haben: Die treffen sich sowieso nur auf ein Plauscherl, denn die sind ja nicht in der Lage, auch nur irgendetwas zu sagen! – Also, **ich** glaube das alles **nicht**. Aber so ist es. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Bitte, Herr Magister, wenn Sie die beiden Paraphen beziehungsweise Unterschriften, die auf dieser Seite sind, vielleicht erkennen könnten und zuordnen könnten?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Für das Protokoll: Ein Bericht von Dr. Mantler an die Abteilung V/13 betreffend die 227. Aufsichtsratssitzung BAWAG vom 13. Dezember 1994, und vorgehalten wird die letzte Seite, insbesondere die handschriftlichen Vermerke.

**Mag. Herbert Sutter:** Was wollen Sie jetzt wissen?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Die Unterschriften hätte ich gerne erkannt.

**Mag. Herbert Sutter:** Die Unterschriften unter „Einlegen“? *(Abg. Mag. Stadler: Ja!)*

**Mag. Herbert Sutter:** Das ist Heilingsetzer.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Welcher Heilingsetzer? – Da gab es zwei!

**Mag. Herbert Sutter:** Ja, da gibt es zwei, aber der in der Bankenaufsicht! – Der Bankenaufsicht-Heilingsetzer, Dr. Christian Heilingsetzer. Das war seine Unterschrift.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und die Paraphe daneben?

**Mag. Herbert Sutter:** Die Paraphe ist Herr Sektionschef Dr. Stanzel. – Das war 1998; Stanzel ist 1999 in Pension gegangen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Diese große, lange Paraphe?

**Mag. Herbert Sutter:** Die große, lange, datiert mit 23. ... – Was ist das? 235105/98 – das ist Sektionschef Dr. Stanzel. Dr. Stanzel war Sektionschef bis 1999, und dann ist Mag. Lejsek dem Herrn Sektionschef Stanzel als Sektionschef nachgefolgt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist also die Stanzel-Paraphe hier: die lange, die große?

**Mag. Herbert Sutter:** Die lange, große hier ist Dr. Stanzel, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Ihre Einvernahme beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen!

12.39

*(Die Auskunftsperson Mag. Sutter verlässt den Sitzungssaal.)*

\*\*\*\*\*

12.40

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Josef Mantler** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Dr. Mantler** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Mantler** als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Dr. Josef Mantler (Bundesministerium für Finanzen; Sektion III/ Gruppe III B):** Grüß Gott! Meine Name: Dr. Josef Mantler; geboren 12. 9. 1954, wohnhaft in 1010 Wien; ich bin Ministerialbeamter im Bundesministerium für Finanzen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** weist Herrn Dr. Mantler auch darauf hin, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen dürfe, dass seine vorgesetzte Dienstbehörde von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde und **keine** Mitteilung gemacht habe, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit seiner Aussage für erforderlich halte.

Das durch die Verfassung geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter müssten gewahrt bleiben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 BWG unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden.

Die Frage des Obmannes, ob einer dieser Gründe vorliege, wird von der Auskunftsperson **verneint**.

Dr. Mantler macht von der ihm vom Obmann erläuterten Möglichkeit, eine zusammenhängende Sachverhaltsdarstellung betreffend den Verfahrensgegenstand abzugeben, **keinen** Gebrauch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann kommen wir unmittelbar zu den Fragen. – Frau Kollegin Becher, bitte.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Mich würde fürs Protokoll interessieren: Seit wann beziehungsweise in welchem Zeitraum waren Sie Staatskommissär beziehungsweise **Stellvertretender Staatskommissär** für die BAWAG?

**Dr. Josef Mantler:** Ich war immer nur Stellvertretender Staatskommissär, und das von März 1981 bis September 2005, wo letztlich die BAWAG-alt, wenn man sie so bezeichnen will, untergegangen ist als Bank und nur mehr zu einer Holdinggesellschaft geändert wurde.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Herr Mag. Sutter hat zuvor berichtet, dass Sie immer gemeinsam bei den Aufsichtsratssitzungen waren, also gemeinsam teilgenommen haben. Galt das auch für den Zeitraum vor 1994 oder während er Staatskommissär war?

**Dr. Josef Mantler:** Das war grundsätzlich auch vor 1994 so der Fall, da die Aufsichtsbehörde die Weisung herausgegeben hat, dass bei den Großbanken

möglichst beide Staatskommissäre anwesend sein sollen, damit auch der Stellvertreter ein zusammenhängendes Wissen von den Vorgängen in der Bank hat.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Welche Weisungen hat die Aufsichtsbehörde sonst noch herausgegeben? Wie war Ihr Auftrag als Stellvertretender Staatskommissär bei der Bank?

**Dr. Josef Mantler:** Da hat es keine speziellen Weisungen gegeben.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Also nur, dass Sie gemeinsam an den Sitzungen teilnehmen? (*Dr. Mantler: Ja!*) – Wie hoch war da in etwa Ihr Zeitaufwand? Wie viele Sitzungen waren das? Haben Sie an allen Sitzungen auch teilgenommen: Haupt-, Generalversammlung? An den Aufsichtsratssitzungen? Bilanzausschuss?

**Dr. Josef Mantler:** Sehr richtig, ja. An und für sich, soweit es möglich war, habe ich an allen Sitzungen beziehungsweise auch an den Hauptversammlungen teilgenommen. Bei den Ausschüssen war es eher so, dass oftmals nur einer der Staatskommissäre teilgenommen hat.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Wie erfolgten dann die Berichte an die Aufsicht?

**Dr. Josef Mantler:** Die Berichte habe eigentlich stets ich verfasst, und zwar immer unmittelbar im Anschluss an die Sitzung. Es hat nämlich immer eine Zeit gedauert, nämlich bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung, bis das Protokoll herausgekommen ist. Und dadurch war mein Bericht immer ein sehr aktueller und zeitnaher.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Und den Bericht der OeNB von 2001, kannten Sie den?

**Dr. Josef Mantler:** Von 2001 nicht. Nein.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Wann haben Sie von diesem Bericht erfahren? Oder seit wann kennen Sie diesen Bericht?

**Dr. Josef Mantler:** Kennen tue ich diesen Bericht noch immer nicht. Ich habe dann nur – ich weiß jetzt nicht mehr, wann das war – erfahren, dass es von der Bankenaufsicht im Zusammenhang damit, als die ganze Affäre hochgekommen ist, einen zweiten Nationalbankbericht geben soll, aber Näheres weiß ich darüber nicht.

**Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ):** Und Sie haben auch nicht nachgefragt im Ministerium? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Danke.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich kann maximal noch fragen: Informationsfluss, so wie sich das anhört, war ausschließlich von Ihnen zur Aufsicht?

**Dr. Josef Mantler:** Das ist richtig, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Von der Aufsicht zu Ihnen: Gab es da irgendwelche Informationen?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, gab es keine. – Wobei ich dazu sagen muss, ich persönlich bin ja nicht in der Aufsichtsbehörde selber tätig gewesen. Der Erste Staatskommissär war durchwegs immer ein Beamter der Aufsichtsbehörde, also vorm Kollegen Sutter sogar der Sektionschef, Prof. Stanzel, und da war es natürlich nicht notwendig, dass man mit mir auch noch Detailgespräche führt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Halten Sie das nicht für einen schweren organisatorischen Mangel, dass Sie nicht von Ihrer entsendenden Behörde Informationen erhalten, wie diesen OeNB-Bericht 2001?

**Dr. Josef Mantler:** Das habe nicht ich zu beurteilen. Ich bin ein Organ der Behörde, und wenn die Behörde das nicht für notwendig erachtet, dass sie mir das mitteilt, ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, aber Sie werden ja eine Meinung haben, und ich würde mir von Mitarbeitern prinzipiell erwarten, dass sie Strukturen und Abläufe auch hinterfragen, und wenn sie draufkommen: Eigentlich ist das ein schwerer organisatorischer Mangel!, das auch irgendwie kommunizieren und sagen: Solltet ihr uns nicht einfach auch ein bisserl informieren? Ihr bekommt da alle Daten, die OeNB ist ein Zulieferer an euch, die Bank selber ist ein Zulieferer an euch, die Wirtschaftsprüfer sind ein Zulieferer an euch, wir Staatskommissäre sind Zulieferer an euch. Ihr sitzt auf dem ganzen Wissen oben und teilt nichts davon mit uns. Obwohl das für unsere Arbeit und unseren Auftrag völlig vernünftig wäre, teilt ihr nichts davon mit uns. Wieso macht ihr das nicht? – Das würde ich mir erwarten, dass das von Ihnen in Frage gestellt wird in so einer Situation.

**Dr. Josef Mantler:** Dazu muss ich sagen: Als die ganze Thematik aufgekommen ist, das war nämlich nach September 2005, war ich nicht mehr Staatskommissär. Und dadurch haben sich diese Hintergrundinformationsbedürfnisse vorher gar nicht gezeigt, weil ich ja gar nicht wusste, dass hier irgendetwas falsch gelaufen wäre.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Letzte Frage: Hat es da irgendeine Änderung gegeben, als noch das Ministerium die Aufsicht war und dann die Finanzmarktaufsicht die Aufsicht war? 2003, 2005 hat es ja auch Berichte gegeben. Sie waren ja bis September 2005, glaube ich, als Stellvertretender Staatskommissär bei der BAWAG. Hat sich da irgendetwas geändert? Haben Sie dann Informationen bekommen? War dieser Informationsfluss weiterhin nur eine Einbahn?

**Dr. Josef Mantler:** Sehr richtig: Der Informationsfluss war weiterhin eine Einbahn. Insoweit hat sich nichts geändert. Die Finanzmarktaufsicht hat dann strukturierte Berichte verlangt, und dadurch sind meine sozusagen Vorauswiedergaben der Beschlussfassungen im Aufsichtsrat dann unterblieben, weil das nicht mehr erforderlich war. Aber, wie gesagt, das war weiterhin eine Einbahnstraße zur Behörde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, die Änderung bei der FMA war, dass Sie nicht mehr einen kurzen Vorabbericht gegeben haben, sondern dann einen viel späteren Bericht auf Basis des Aufsichtsratsprotokolls?

**Dr. Josef Mantler:** Sehr richtig, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, in Wahrheit ist dadurch *weniger* Information von Ihnen an die Aufsicht gegangen als vorher?

**Dr. Josef Mantler:** Ja, so kann man es sagen, wobei ich nicht sagen möchte „weniger“ sondern halt nicht mehr so zeitnah.

**Abgeordneter Karlheinz Kopf (ÖVP):** Herr Dr. Mantler! Kollege Stadler hat vorhin in der Befragung des Herrn Mag. Sutter erstens die rechtlichen Pflichten und auch Möglichkeiten der Staatskommissäre herausgearbeitet. Gerade im Zusammenhang auch mit den Auflagen, die der BAWAG gemacht wurden, also intern selbst auferlegte, im Zusammenwirken mit dem Aufsichtsrat selbst auferlegte Auflagen mit diesen Karibik-Geschäften dann ab 1995, war es so, dass er – zumindest war das die Aussage von Sutter – zu keinem Zeitpunkt nachgefragt hat, ob diese Auflagen auch eingehalten wurden.

Wie verhält es sich da bei Ihnen? Hat Sie das interessiert? Haben Sie da jemals nachgefragt und nachgehakt, ob diese Dinge auch eingehalten wurden? Wie häufig haben Sie sich überhaupt in diese Diskussionen im Aufsichtsrat eingeschaltet?

**Dr. Josef Mantler:** Es ist richtig: Es hat damals, und zwar vor allem dann 1996, als die Offshore-Geschäfte wieder aufgenommen wurden, die ausdrückliche Zusage des Vorstandes gegeben, dass er berichten wird. Es ist in dieser Sitzung beschlossen worden, dass eben wieder ein Rahmen zur Verfügung gestellt wird. Es ist auch ausdrücklich erwähnt worden, dass es sich um keine Aufsichtsrats-Zustimmungspflicht handelt. Es besteht auch kein Klumpenrisiko. Der Vorstand hat nur gesagt – und das war auch dann so das Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat –, dass er darüber, wenn Vorkommnisse sind, weiter berichten wird. Soweit der damals festgelegte Rahmen, der flexibel war, nicht geändert wird, war ja ... – Wie gesagt, es wäre ganz grundsätzlich keine Zustimmungspflicht des Aufsichtsrates gewesen. Aber auch eine Berichtspflicht kann man jetzt auslegen: Wo beginnt die Berichtspflicht und wo endet sie? Wenn sich der Rahmen nicht ändert ... – Natürlich hätte man hier den Aufsichtsrat mehr informieren **können**, aber offenbar war das dann nicht gewünscht seitens des Vorstandes.

**Abgeordneter Karlheinz Kopf (ÖVP):** Sie haben auch nicht nachgefragt?

**Dr. Josef Mantler:** Nein. Ich erinnere mich aber, dass der Kollege, der Erste Staatskommissär, ausdrücklich einmal eine Frage an den Vorstand gerichtet hat, ob hier irgendetwas Erwähnenswertes zu den Offshore-Geschäften zu sagen ist. Das wurde vom Vorstand verneint. Und außer dieses eine Mal – wann das genau war, kann ich jetzt gar nicht mehr sagen – hatten wir schon auch auf Grund der Tatsache, dass auch in den bankaufsichtsbehördlichen Prüfberichten der Wirtschaftsprüfer immer wieder bestätigt hat, dass hier keinerlei Risikosituationen beziehungsweise sonst irgendwelche Vorfälle, die berichtspflichtig wären, vorliegen, eigentlich keinen Anlass hier, irgendwie speziell nachzufragen.

**Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Herr Dr. Mantler, haben Sie sich für die Sitzungen des Aufsichtsrates beraten mit ihrem anderen Staatskommissär, mit dem eigentlich Zuständigen, mit dem Hauptstaatskommissär?

**Dr. Josef Mantler:** Sie meinen, dass Vorgespräche geführt wurden? (Abg. Mag. Rossmann: Ja!)

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das war nicht der Fall.

**Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Haben Sie das nie für notwendig gefunden? (Dr. Mantler: Nein!) – Warum eigentlich nicht?

**Dr. Josef Mantler:** Ja, vielleicht in irgendeinem Einzelfall, weil man ja auf Grund der Sitzungsunterlagen wusste, was eben ansteht. Das kann schon sein, dass ich einmal irgendeine Frage abgestimmt habe, vor allem, welcher Punkt mich noch ergänzend interessieren würde zu dem, was die Sitzungsunterlagen vielleicht nicht so ausgeführt haben. Aber das kann man nicht irgendwie als Vorgespräch bezeichnen, das wir da geführt haben, eher als Beratungsgespräch.

**Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** In ihrer langjährigen Tätigkeit als Stellvertretender Staatskommissär: Wie viele Wortmeldungen haben Sie da im Aufsichtsrat abgegeben? Können Sie sich da an irgendeine Zahl von Wortmeldungen erinnern?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, also das kann ich nicht sagen. Wie gesagt, wenn, dann konnten wir sozusagen nur mit einer sozusagen Zunge sprechen. Natürlich, und deswegen auch meine vorhergehende Feststellung, was mir unklar war, die Fragen sollten natürlich eher vom Ersten Staatskommissär gestellt werden. Aber ich habe auch durchwegs Fragen von mir aus, ad hoc-Fragen, die sich eben ergeben haben aus dem Vortrag des Vorstandes, gestellt. Aber wie oft das der Fall war, da habe ich jetzt keine Ziffer bei der Hand.

**Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sind Ihnen im Verlaufe Ihrer Tätigkeit besondere Auffälligkeiten in Erinnerung?

**Dr. Josef Mantler:** Ja, eigentlich nur im sehr positiven Sinne. Die Bank hat ja eine fulminante Entwicklung mitgemacht und von Jahr zu Jahr eine ganz ausgezeichnete Steigerung des Geschäftsumfanges nachweisen können, auch des Gewinnes. Sie war dadurch in der Lage, Sondereinzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen für Länderrisiken und so weiter zu dotieren. Es war einfach ein Erfolgserlebnis, über diese 24 Jahre hindurch zu sehen, wie großartig sich das Institut entwickelt hat.

**Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber am Ende Ihrer Tätigkeit ist eine Bank gestanden, die praktisch im Konkurs gewesen ist. Also insofern muss ich mich schon sehr wundern, dass Sie sozusagen nicht auch andere Wahrnehmungen, negative Auffälligkeiten, sagen wir es einmal so, wahrgenommen haben.

**Dr. Josef Mantler:** Ich glaube, das ist überhaupt nicht verwunderlich, wie Sie das meinen, weil wie soll man hier als außen stehende Person den Verdacht auch nur haben, dass – sagen wir – der Wirtschaftsprüfer ... –Und de facto, was Sie da jetzt ansprechen: Es hat ja kein einziger Sparer einen Schilling dabei verloren, es hat sich ja nur um Bewertungsfragen gedreht! Und wie soll ich jetzt einen Verdacht haben, dass der Wirtschaftsprüfer die Bewertungen der Assets der Bank falsch vornimmt und noch dazu das Gegenteil dann bestätigt – sowohl im allgemeinen Jahresabschlussbericht, auch zu § 276 HGB in Bezug auf seine Pflichten zur Feststellung von Besonderen Vorkommnissen überhaupt keine Erwähnungen macht, im bankaufsichtsbehördlichen Bericht überhaupt keine Erwähnung macht. Da würde niemand draufkommen!

Ich darf da nur darauf hinweisen, ich meine es waren ja Generaldirektoren und Direktoren des Vorstandes einer Bank im Aufsichtsrat, die achtmal größer war, wie die BAWAG, die – und das hat man an ihren Fragestellungen im Aufsichtsrat gemerkt – sehr viele Positionen, die vorgetragen wurden, immer sehr genau hinterfragt haben. Und selbst diese – abgesehen von einem Generaldirektor von Siemens und so weiter – hochqualifizierten Fachleute sind da nicht draufgekommen. Also man sieht, wenn ein bewusstes Verschleiern von Tatsachen vor sich geht, dann ist man einfach machtlos dagegen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja, es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu hinterfragen, was etwa Herr Generaldirektor Hochleitner zur Fusionsbilanz BAWAG P.S.K. gesagt hat, aber es wäre sehr spannend ihn auch hier im Ausschuss zu erleben.

Mir geht es jetzt hier darum, Ihre Funktion als Staatskommissär „abzuklopfen“, und daher frage ich Sie noch einmal: Auffälligkeiten etwa im Zusammenhang mit den Karibikgeschäften hat es keine gegeben, oder doch?

**Dr. Josef Mantler:** Hat es keine gegeben, nein.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber da haben Sie doch – zumindest hab ich das in den Akten gefunden! – einmal eine Wortmeldung gemacht, nämlich am 6.5.1994. Ich darf zitieren:

Staatskommissär Oberrat Dr. Mantler nimmt Bezug darauf, dass per 31.3. fast 23 Milliarden Schilling aus diesen Geschäften offen waren, die nun zurückgeflossen sind, und stellt in diesem Zusammenhang die Frage, was nun mit dieser gewaltigen Summe geschieht. – Zitatende.

Offenbar sind damals die Karibik-Geschäfte Gegenstand der Diskussion gewesen, die Ihnen offensichtlich schon aufgefallen sind. Und in der Folge ist Ihnen dann weiter in der Zukunft nie mehr etwas dazu aufgefallen.

**Dr. Josef Mantler:** Na ja, da muss man die Chronologie jetzt nicht außer acht lassen! Diese eben zitierte Wortmeldung war ja so, dass es sich schon unter Zeiten von Generaldirektor Walter Flöttl aus verschiedenen Gründen eröffnet hat, dass er hier auch in derartige Offshore-Geschäfte eingestiegen ist. Auch dieser Umstand ist eigentlich erst im Aufsichtsrat auf Grund von Zeitungsmeldungen bekannt geworden, die letztlich dann auch bewirkt haben, dass die erste Einschau der Oesterreichischen Nationalbank stattgefunden hat.

In diesem Zusammenhang natürlich wurden diese Vorgangsweise des Vorstandes hinterfragt, wobei – wenn Sie weiterlesen – in diesem Protokoll auch festgehalten ist, dass erstens einmal in diesem Drei-Jahres-Zeitraum seit 91, seitdem der Vorstand ohne Wissen des Aufsichtsrates – soweit mir jetzt bekannt ist – diese Geschäfte gemacht hat, immerhin 3 Milliarden Schilling Gewinn erwirtschaftet wurden, keinerlei Verlust erwirtschaftet wurden, und, wie es dann aufgekommen ist, ad hoc zurückgeführt werden konnten – auch wieder ohne Verlust.

Man hätte zwar – das wurde auch damals betont – dieses Engagement sukzessive zurückführen können, einen noch höheren Gewinn erwirtschaften können, aber wie gesagt, es war niemals eine Verlustsituation, die daraus entstanden ist. Das hatte auch zur Folge, dass sowohl der Bericht der Nationalbank eigentlich nichts bewirkt hat, seitens der Aufsichtsbehörde, die ja damals noch im BMF angesiedelt war, wurden innerbetriebliche Maßnahmen verlangt. Die wurden dann auch – wurde im Vorstand berichtet – umgesetzt und dem BMF zur Kenntnis gebracht. Und sozusagen, weil alles so gut gelaufen war unter Flöttl, war es dann eigentlich wieder der Vorstoß von Generaldirektor Elsner, diesen attraktiven Geschäftszweig, wo wir Gewinnspannen lukrieren konnten, die es sonst in üblichen Geschäften nicht gibt, wieder aufzunehmen.

Diesen Umstand der Wiederaufnahme habe ich an die Aufsichtsbehörde berichtet, ja und somit lag es dann letztlich an der Aufsichtsbehörde. Offenbar hat auch die daran nichts Verwerfliches gefunden und somit konnten eigentlich diese Offshore-Geschäfte wieder weitergeführt werden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Warum sprechen Sie eigentlich von „wir“, wenn Sie von den Gewinnspannen der Bank sprechen? Haben **Sie** diese Gewinne erwirtschaftet – oder war das doch das Management der BAWAG? (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

**Dr. Josef Mantler:** Ja, ich würde sagen, sie sind zumindest nicht verhindert worden. – „Wir“ ist einfach die Identifizierung mit der Bank. Wenn man da einmal 24 Jahre eine gewisse Stellung hatte, so hat einen das einfach gefreut. Nachdem wir ja doch – ich darf erinnern – die große Thematik mit der „Konsum“-Pleite zu überwinden hatten, war es natürlich willkommen, wenn Geschäfte aufgemacht werden konnten, die das Ertragstreben der BAWAG und einen Ausgleich wieder herstellen konnten.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie identifizieren sich offensichtlich stark mit der BAWAG, das mag ja alles ganz nett und schön sein, aber mir kommt doch vor, dass Sie ein bisschen eine verklärte Sicht der Dinge haben, denn über das Risiko von Offshore-Geschäften haben Sie schon Bescheid gewusst, oder? Da kann man nicht nur gewinnen, da kann man auch verlieren, da kann man sehr viel verlieren auch. Und es hat sich doch ex post herausgestellt, dass die BAWAG viel, ja sogar sehr viel verloren hat!

**Dr. Josef Mantler:** Das ist richtig. Zu dem Zeitpunkt, wie sie damals vorgestellt wurden, ist darüber sehr ausführlich berichtet und vielfach darauf hingewiesen worden, dass damit kein nennenswertes Risiko verbunden ist, weil die Sicherheiten dementsprechend immer gegeben waren. Letztlich hat ja auch die erste Periode gezeigt, dass es keine Verluste gegeben hat. Somit war irgendwo dokumentiert auch,



dass das richtig ist. Möglicherweise ist man dann in der zweiten Periode, also nach der Wiederaufnahme dieser Geschäfte hier andere Risiken eingegangen, aber davon hatte der Aufsichtsrat keine Kenntnis und wurde da nie berichtet darüber.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie haben soeben gesagt, es wurde berichtet, dass es kein nennenswertes Risiko bei solchen Geschäften gibt. – Wer hat denn das berichtet?

**Dr. Josef Mantler:** Generaldirektor Flöttl.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Die haben das geglaubt, dass es bei Offshore-Geschäften kein nennenswertes Risiko gibt?

**Dr. Josef Mantler:** Ja, ich hatte keinen Grund, das anzuzweifeln. Vor allem hat ja auch das Faktum, dass wir keinen Verlust erlitten haben, das irgendwo bestätigt sowie weiters auch die ganzen bankaufsichtlichen Prüfungen hier – zumindest soweit mir bekannt wurde – keinen Untersagungsgrund ergeben haben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Auch dann kein Untersagungsgrund, wenn es einen Bericht der OeNB aus 1994 gibt – die erste Vor-Ort-Prüfung –, die doch feststellt, dass es bei der BAWAG zum damaligen Zeitpunkt kein Risikomanagement gegeben hat, das für eine Bank dieser Größenordnung adäquat gewesen wäre, nämlich genau deshalb, **weil** eben solche riskanten Geschäfte getrieben worden sind, und genau deshalb, **weil** eben Geschäfte sehr wohl auch zu Verlusten führen können.

Haben Sie da keinen Handlungsbedarf gesehen?

**Dr. Josef Mantler:** Natürlich war da Handlungsbedarf gegeben, und ich habe vorhin bereits erwähnt, dass genau diese Institutionen sogar in dreifacher Ebene geschaffen wurden, um eben rechtzeitig Risiken zu erkennen. Die hatten die Verpflichtung, auch laufend diese Geschäfte zu überprüfen. Es wurde auch vom Wirtschaftsprüfer so bestätigt, dass diese Institutionen ihrer Prüfpflicht nachgekommen sind – und somit war eigentlich die Vorgabe der Nationalbankprüfer erfüllt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Jemals nachgefragt, ob diese innerbetrieblichen Maßnahmen zur internen Revision und zum Risiko-Management auch tatsächlich durchgeführt worden sind, haben Sie nicht. Sie haben also nur geglaubt, was Vorstand und Wirtschaftsprüfer berichtet haben. (*Dr. Mantler: Das ist richtig!*) – Danke.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Im Bericht 1994 stehen massive Revisionsprobleme, nämlich weil es keine adäquate oder branchengerechte gibt. Es ist eine Verpflichtung gemäß Bankwesengesetz, eine Revision zu haben, die auch funktionstauglich ist. Jetzt gibt es diesen Bericht. Sie sind Staatskommissär, und meine Frage jetzt: Man verspricht, das haben wir jetzt tauglich gemacht, oder – nehmen wir das Gute an – man verspricht Ihnen vonseiten des Vorstandes – dem Aufsichtsrat und dem Staatskommissär –, man hat eine Revision jetzt branchengerecht und BWG-konform eingerichtet.

Haben Sie da nicht die Verpflichtung als Staatskommissär, das zu überprüfen, ob das so ist? Sehen Sie das in Ihrem Amtsverständnis nicht? Ein Staatskommissär muss ja die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überprüfen – und das ist eine gesetzliche Bestimmung, wo klar gemacht wurde: ist nicht eingehalten worden.

**Dr. Josef Mantler:** So, wie Sie das jetzt darlegen, ist es nicht richtig. Ich darf hierzu auf die Richtlinien verweisen, die für die Staatskommissäre herausgegeben worden sind, und da heißt es ausdrücklich: Den Staatskommissär trifft aber keine Erhebungspflicht betreffend anderer aufsichtsrelevanter Tatsachen, die nicht unmittelbar für die Entscheidung über einen Einspruch relevant sind.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Zu den Richtlinien: Wer hat die wann herausgegeben?

**Dr. Josef Mantler:** Das waren die Richtlinien der FMA vom Jänner 2003.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber jetzt wissen wir ja: 1994 bis 2003 gab es etwas anderes. – Gab es da auch Richtlinien?

**Dr. Josef Mantler:** Soweit mir bekannt ist, hat es auch Richtlinien gegeben, aber die habe ich jetzt nicht vorliegen, wobei ich sagen muss, diese Bestimmung ist ja nicht frei erfunden, sondern basiert auf § 76 Abs. 4 BWG, die jetzt quasi die Auslegung nur dieser Pflichten des Staatskommissärs, die sich eben aus dem Gesetz ableitet, wiedergibt. Das ist ja keine Neueinführung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie haben davon gesprochen – ich habe es mir aufgeschrieben –, es wurden seitens des Vorstandes oder durch die Bank Tatsachen verschleiert und daher konnte man auch keinen Argwohn oder irgendetwas schöpfen. Jetzt behaupte ich, dass das Verschleiern nur deswegen möglich gewesen ist, weil man die entsprechenden Prüfberichte, die ja Verstöße nach dem BWG hervorgebracht haben, ganz einfach in der Aufsichtsbehörde nicht beziehungsweise nicht entsprechend gelesen hat.

Das heißt, der Vorstand – ist meine Behauptung – konnte sich sicher sein, dass er leicht verschleiern kann, weil die Aufsicht nicht entsprechend massiv ihren Pflichten nachkommt. – Würden Sie dieses Urteil teilen oder nicht?

**Dr. Josef Mantler:** Ich darf nochmals betonen. Ich selber bin nicht ein Angehöriger dieser Sektion gewesen. Ich kann mir dadurch kein Urteil erlauben, wie weit die Wahrnehmungen der Aufsichtsbehörde und deren Reaktion waren. Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass dann eine eigene Gruppe – ich weiß momentan nicht, wie sie sich genannt hat, sagen wir eine **Revisionsgruppe** – eingesetzt wurde, die diese ganzen Vorwürfe dann abzuklären hatte; aber Details entziehen sich meiner Kenntnis.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie haben gesagt, dass Sutter – Sie waren ja das Ersatzmitglied – der Aufsichtsbehörde berichtet hat. Was hat er berichtet? Sie haben es nämlich in dem Zusammenhang gesagt, Sie selber haben nicht berichtet, aber das hat Sutter gemacht; Sie waren ja nur das Ersatzmitglied.

Ich frage Sie: Haben Sie selbst Kenntnis, was Sutter im Zeitraum 1994 bis 2003, wo er ausgeschieden ist, berichtet hat?

**Dr. Josef Mantler:** Darf ich hier etwas klarstellen. Nein, ich habe gesagt: Die Berichte über die Sitzungen habe immer ich als Stellvertreter gemacht. Ich habe sie dann an den ersten Staatskommissär weitergeleitet. Es mag sein, dass er dann vielleicht Ergänzungen noch dazu angemerkt oder auch mündliche Informationen weitergegeben hat. Das entzieht sich aber meiner Kenntnis.

Aber die schriftlichen Berichte, wie sie sich ja auch in den Unterlagen befinden, stammen immer von mir.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was ist in denen drinnen gestanden? Das können ja nach den bisherigen Ergebnissen der Befragung nur Jubelberichte gewesen sein, oder? Alles ist in Ordnung, alles funktioniert, man erwirtschaftet großen Ertrag und so weiter. Oder was haben Sie berichtet?

**Dr. Josef Mantler:** Natürlich das, was in der Aufsichtsratssitzung besprochen wurde und welche Beschlüsse gefasst beziehungsweise Informationen nach BWG erteilt wurden. Ich konnte nichts anderes berichten als meine Wahrnehmung aus der Sitzung, und das waren sicher keine derartigen Berichte, nachdem der Vorstand nie etwas Negatives berichtet hat, konnte ich auch nichts anderes wiedergeben – wie gesagt –,

bis auf einen Punkt eben, wo der Vorstand gesagt hat, er nimmt die Offshore-Geschäfte wieder auf. Das habe ich unmittelbar, unverzüglich weitergeleitet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Jetzt sehe ich, dass Sie eine Menge Unterlagen mithaben. Haben Sie sich für diese Sitzung heute vorbereitet?

**Dr. Josef Mantler:** Freilich, das ist ja wohl meine Pflicht, sonst könnte ich mich an diese lang vergangenen Details nicht mehr erinnern. Ich habe, soweit ich sie zur Verfügung hatte, in den Protokollen nachgelesen, um mein Wissen wieder aufzufrischen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Jetzt gehe ich davon aus, dass Sie nur Unterlagen mithaben, wo Sie damit rechnen, dass man Sie etwas fragt oder wo Sie glauben, dass eine Brisanz dahintersteckt.

Können Sie einmal schlagwortartig Ihre Unterlagen durchgehen und uns vortragen, zu welchen Themen Sie sich vorbereitet und Unterlagen mit haben?

**Dr. Josef Mantler:** Na ja, es waren eigentlich nur die Themen des Jahres 1994, das heißt, wo das erste Mal eben die BAWAG mit den Offshore-Geschäften ins Gerede gekommen ist – die Berichte und Veranlassungen, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat. Ich habe mir nur angesehen, weil ich es von mir aus jetzt nicht mehr so genau gewusst hätte, ob es in weiterer Folge, also nachdem Elsner den Geschäftszweig wieder aufgenommen hat, dann jemals irgendwelche Berichte über diese zweite Nationalbankprüfung im Aufsichtsrat gegeben hat. Soweit ich hier eben aus meinen Unterlagen entnommen habe, war das **niemals** Thema im Aufsichtsrat.

Das waren mein Hauptaugenmerk, auf das ich eben meine Unterlagen durchgesehen habe.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und die Unterlagen, die Sie jetzt mithaben, beschäftigen sich womit? Sind das Aufsichtsratsprotokolle?

**Dr. Josef Mantler:** Das sind im Wesentlichen meine Berichte. Ich habe hier nur die Aufsichtsratsprotokolle eben von 1994/95, meine Berichte, die ich eben im Anschluss an die Sitzungen gegeben habe.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sehr gut. Die liegen nämlich dem Ausschuss nicht vor. Sind Sie bereit, uns alle diese zu kopieren und zur Verfügung zu stellen, damit wir sie verteilen können? Können Sie das vorlegen?

**Dr. Josef Mantler:** Da muss ich sagen, da bin ich überfragt, ob ich das darf.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Fragen Sie den Verfahrensanwalt!

**Dr. Josef Mantler:** Aber ich weiß, dass sie in der FMA aufliegen. Warum nehmen Sie nicht den üblichen Weg?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie sind jetzt als Anhörungsperson da, und ich frage Sie. Sie können sich mit dem Verfahrensanwalt beraten. Sind das private Urkunden oder sind das ohnehin Dinge, die im amtswegigen Verfahren gelaufen sind? Dann können Sie sie uns ja zur Verfügung stellen. *(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)*

**Dr. Josef Mantler:** Es ist so, dass das rein meine Aufzeichnungen sind, die ich eben weitergegeben habe. Inwieweit jetzt hier noch Ergänzungen seitens des ersten Staatskommissärs vorgenommen wurden, an den ich sie ja weitergeleitet habe, weiß ich nicht ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Umso dringender würde ich Sie eindringlich darum ersuchen, diese Unterlagen, die Sie hier haben, dem Ausschuss vorzulegen. Wir

wollen nämlich genau wissen, ob sich da etwas geändert hat, sonst bekommen Sie das Begehren, den Beweisbeschluss, dass Sie es vorlegen sollen. Wir haben nämlich nicht alle Unterlagen bekommen, wie Sie auch aus der Medialberichterstattung sehen. Das mag jetzt ein Irrtum sein oder was auch immer.

Ich ersuche Sie noch einmal, dass Sie die Unterlagen, die Sie hier haben, zwecks Anfertigung von Kopien und Beilage zu den Akten des Untersuchungsausschusses vorlegen. Beraten Sie sich mit dem Verfahrensanwalt! Ich sage aber hier an dieser Stelle: Bislang war es in diesem Ausschuss üblich, dass die Auskunftspersonen, wenn Sie Unterlagen haben, sie auch vorlegen, wenn wir sie darum ersuchen.

Herr Verfahrensanwalt, bitte beraten Sie! *(Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit dem Verfahrensanwalt.)*

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Die Auskunftsperson sagt natürlich, Behörden und Ämter haben vorzulegen. Da er das ja an eine Behörde weitergeleitet hat, soll es die Behörde vorlegen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wie stellen wir jetzt sicher, wenn wir diese Rechtsfrage in den nächsten Stunden klären, dass diese Unterlagen in dem Paket, wie sie jetzt der Anhörungsperson vorliegen, auch in zwei Stunden noch diesen Umfang haben? *(Abg. Mag. Stadler: Er ist öffentlich Bediensteter – noch dazu im Ruhestand!)* Die Auskunftsperson hat sich vorbereitet, hat Unterlagen für ihre Vorbereitung mitgenommen und kann selber sogar nicht einmal ausschließen, dass diese Unterlagen verändert wurden. Das ist ja umso interessanter für den Ausschuss – wie war der Informationsstand generell? *(Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit dem Verfahrensanwalt.)*

Herr Mantler, ich sage es Ihnen: Wir beschließen jetzt, dass Sie das alles für das Protokoll vorlesen, was vor Ihnen liegt! Das können wir auch machen! Sie würden uns arbeitstechnisch und sich selber viel Zeit ersparen. *(Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit dem Verfahrensanwalt.)*

**Dr. Josef Mantler:** Wie gesagt, die FMA ist nicht meine Dienstbehörde und das sind Geschäftsstücke an die FMA. Darf ich mich kurz mit der FMA kurzschließen? Wenn die nichts dagegen haben, natürlich dann ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht** zu diesem Zweck die Sitzung.

13.24

\*\*\*\*\*

*(Die Sitzung wird um 13.25 Uhr unterbrochen und um 14.01 Uhr als nichtöffentliche Sitzung wieder aufgenommen. – Fortsetzung: 14.01 Uhr bis 14.11 Uhr: s. dazu gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.)*

\*\*\*\*\*

14.12

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** leitet – um 14.12 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und erteilt Abg. Stadler zur Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Dr. Mantler das Wort.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Doktor, zunächst eine Frage, die Ihre starke Identifikation mit dem Unternehmen BAWAG betrifft: Sie haben dauernd „wir“ und „unsere Gewinne“ gesagt. Seit wann haben Sie diese hohe Identifikation? Geht das schon Jahre zurück?

**Dr. Josef Mantler:** Ja natürlich. Ich war 24 Jahre lang Staatskommissär.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das haben wir nachgerechnet, und wir sind auf das gleiche Ergebnis gekommen wie Sie.

Haben Sie nicht, wenn Sie schon jahrelang eine so starke Identifikation mit dem Unternehmen hatten, das Gefühl gehabt, dass Sie nach § 76 Abs. 3 als Stellvertretender Staatskommissär schon längst abgerufen hätten werden sollen?

**Dr. Josef Mantler:** Dieses Gefühl hatte ich keineswegs.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es geht mir nicht um Ihre Gefühle, sondern es geht mir darum, dass Sie eine hohe Identifikation mit dem Unternehmen hatten und damit erhebliche Zweifel daran bestanden haben müssen, dass Sie Ihre Aufgabe nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen können.

**Dr. Josef Mantler:** Ich glaube, meine Berichte beweisen, dass Ihre Vermutung diesfalls *nicht richtig* ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sind Sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zur BAWAG gestanden?

**Dr. Josef Mantler:** In keinsten Weise! Ich habe nicht einmal eine Bankverbindung zur BAWAG.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das wäre auch unzulässig! – Haben Sie von sich aus nie das Gefühl gehabt, dass Sie Ihre Tätigkeit nicht mehr unbefangen ausüben können? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Obwohl Sie so eine hohe Identifikation mit dem Unternehmen BAWAG hatten: Ist Ihnen nie die Idee gekommen, dass es ein Problem ist, wenn sich der Prüfer mit dem Geprüften identifiziert?

**Dr. Josef Mantler:** Ich bin kein Prüfer gewesen!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind Staatskommissär und damit ein Aufsichtsorgan.

**Dr. Josef Mantler:** Das ist sehr richtig, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist Ihnen nie die Idee gekommen, dass es ein Problem darstellen könnte, wenn sich das Aufsichtsorgan mit dem zu Beaufsichtigenden so identifiziert, wie Sie das tun?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, in keinsten Weise!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dieses Unrechtsbewusstsein hatten Sie nicht? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Dann gehen wir weiter.

Sie haben sich, wie Sie heute gesagt haben, gewissenhaft auf diese Einvernahme im Untersuchungsausschuss vorbereitet und haben Unterlagen zusammengetragen. Haben Sie sich ähnlich auf die Aufsichtsratssitzungen der BAWAG vorbereitet? (*Dr. Mantler: Freilich!*) – Sie haben sich dafür auch jeweils entsprechend vorbereitet und eingesehen?

**Dr. Josef Mantler:** Jawohl! Wir haben die Sitzungsunterlagen im Vorhinein bekommen, und natürlich hat man sich eingesehen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dann ist Ihnen sicherlich auch noch die von Ihnen abgezeichnete Unterlage aus dem Jahre 1995 in Erinnerung, nämlich ein Bericht vom 1. August 1995, der auch Ihnen vorgelegt wurde, in der Herr Dr. Gancz darlegte, wie sich Herr Generaldirektor Elsner doch irgendwann einmal bequem hat, noch ein Gespräch mit der Bankenaufsicht zu führen, nachdem er das vorher brück

abgelehnt hat. – Ich zitiere Ihnen jetzt folgende Textpassage aus dieser Information des Dr. Gancz:

„Am 31. 7. meldete sich jedoch Generaldirektor Elsner und teilte mit, er könne kurzfristig zu einer Besprechung kommen. Am 1. 8. fand in Anwesenheit von Bereichsleiter Dkfm. Schmidbauer; OeNB, die Besprechung mit Generaldirektor Elsner statt, die vom Inhalt her ident mit der Besprechung mit Generaldirektor Flöttl vom 11. 1. 1995 war. Es konnte Herrn Generaldirektor Elsner daher auch das damalige Besprechungsergebnis (drittes Einlageblatt) überreicht werden.“

Jetzt kommt der zentrale Absatz:

Abschließend wurde von Generaldirektor Elsner versichert, er werde öffentliche Erklärungen zu den fraglichen Geschäften künftig unterlassen. Die BAWAG werde jedoch diese oder vergleichbare Geschäfte mit der Firmengruppe von Flöttl jr. unter laufender Information des Aufsichtsrates wieder aufnehmen. – Zitatende.

Erinnern Sie sich an diesen Vorgang? Sonst kann ich Ihnen diesen Bericht auch vorlegen lassen.

**Dr. Josef Mantler:** Ich hätte gerne, dass man ihn mir vorlegt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben uns berichtet, dass Sie sich gewissenhaft auf die Sitzungen vorbereitet haben, was ich Ihnen gerne glaube. Dann werden Sie sich wohl auch darauf vorbereitet haben, dass laufend Informationen der Generaldirektion an den Aufsichtsrat gelegt werden müssen hätten. Ist Ihnen aufgefallen, dass das nicht mehr der Fall war?

**Dr. Josef Mantler:** Deswegen ist auch, wie ich gesagt habe, eine Nachfrage des Staatskommissärs gekommen. Es wurde aber kein Anlass gefunden, weitere Schritte zu unternehmen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben die Berichte für Herrn Mag. Sutter vorgefertigt. Haben Sie der Behörde mitgeteilt, dass die Generaldirektion diese Berichte, die in Aussicht gestellt wurden, nicht mehr vorlegt?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das habe ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Warum haben Sie das nicht getan?

**Dr. Josef Mantler:** Weil ich keinen Anlass gesehen habe, dass es notwendig gewesen wäre, irgendetwas zu berichten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie wussten aber, dass diese Geschäfte auf Grund des Berichtes 1994 hochproblematisch waren? (*Dr. Mantler: Ja!*) – Warum haben Sie in Kenntnis der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit trotzdem keinen Bericht an die Behörde gelegt, dass der Vorstand keine Berichte mehr an den Aufsichtsrat legt?

**Dr. Josef Mantler:** Ich darf mich da, wie gesagt, noch einmal auf § 76 BWG beziehen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Auf diesen Passus komme ich gleich noch.

**Dr. Josef Mantler:** Danach trifft mich keine Nachforschungspflicht; ich bin ja nicht die Behörde.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind Organ der Behörde, das wissen Sie. (*Dr. Mantler: Ja!*) – Organe der Behörden sind sozusagen auch Organwalter der Behörde. Es steht auch wortwörtlich drin, dass Sie Organ der Behörde sind. (*Dr. Mantler: Das ist richtig!*) – Daher ist sozusagen Ihr Handeln der Behörde zuzurechnen? (*Dr. Mantler: Freilich!*) – Das ist richtig.

Sie haben umfassende Einsichtspflichten und Einsichtsrechte, wie im Gesetz steht. Soll ich sie Ihnen vorlesen?

**Dr. Josef Mantler:** Ja, ich habe Einsichtsrechte, soweit es eben erforderlich ist, um ein nicht gesetzeskonformes Verhalten zu verifizieren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** So ist es; um einen Einspruch gegen Beschlüsse vorzubereiten.

Hätten Sie umfassende Informationen bekommen oder eingeholt – was Sie nämlich auch nicht getan haben; weder Sie noch Herr Mag. Sutter haben das getan –, dann hätten Sie nämlich draufkommen können oder draufkommen müssen, dass hier eine Tätigkeit im Gange ist, gegen die Sie auf jeden Fall hätten vorgehen müssen. Ist das so?

**Dr. Josef Mantler:** Ich weiß jetzt nicht, woraus Sie ableiten, dass ich gegen diese Tätigkeiten hätte vorgehen müssen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie wissen, dass diese bereits im 94-er Bericht, bestätigt aber dann durch den Bericht 2001, den Sie übrigens auch nicht gelesen haben – Sie sind in der langen „Ahnengalerie“ von Bankenaufsichtsorganwaltern, die den Bericht nicht gelesen sind, auch ein weiteres prominentes Mitglied ... – Dann hätten Sie draufkommen müssen, dass diese Tätigkeit im Zusammenhang mit der Werthaltigkeit der Besicherung, im Zusammenhang auch mit dem Risiko, das mit den Geschäften verbunden ist, längst einen Einspruch Ihrerseits hätte zur Folge haben müssen.

**Dr. Josef Mantler:** Woraus hätte ich das erkennen können?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das können Sie mittlerweile, wenn Sie sich vielleicht die Mühe machen, aus dem Bericht nachlesen, woraus Sie das hätten erkennen können. – Aus dem Umstand, dass diese Tätigkeit für die Bank existenzgefährdend war.

Ich habe übrigens auch mitgeschrieben, dass Sie gesagt haben, kein Sparer hätte seine Einlagen verloren. Ist Ihnen aufgefallen, dass der Eigentümer ein Milliardenvermögen dort verloren hat? Auch der Eigentümer war Sparer dort. (*Dr. Mantler: Ja, natürlich!*) – Na also! Das heißt, es ist nicht so, dass Sie nur die Frau Schmauswaberl als Sparer dort zu vertreten haben, sondern Sie haben darauf zu achten, dass die Bank die **Gesetze** einhält, damit **niemand** Schaden nehmen muss, damit keiner ungerechtfertigterweise zu Schaden kommt. – Das ist die Aufgabe des Staatskommissärs: vor Ort die Aufsichtsbehörde zu repräsentieren und Organ dieser Aufsichtsbehörde zu sein!

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Dr. Mantler, es ist schon sehr viel gefragt worden, jetzt ein paar Dinge aus Ihrer Betrachtung heraus.

Die Aufsichtsratsmitglieder sind unterschiedlich vorbereitet worden auf die einzelnen Sitzungen und hatten auch unterschiedliche Wissensstände? – Können Sie das bestätigen?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das kann ich nicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie wissen aber, dass beispielsweise auch im Vorfeld von Aufsichtsratssitzungen diverse Besprechungen stattgefunden haben, oder ist Ihnen das nicht bekannt?

**Dr. Josef Mantler:** Das weiß ich auch nicht. Nein, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Uns wurde berichtet, dass es beispielsweise im ÖGB Vorbesprechungen gegeben hat. Zu denen sind Sie niemals eingeladen worden, daran haben Sie niemals teilgenommen? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Ist Ihnen bekannt gewesen, dass die BAWAG diverse Stiftungen unterhält? Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt sind Sie davon in Kenntnis gesetzt worden, und wie?

**Dr. Josef Mantler:** Es war immer nur im Zusammenhang mit Beteiligungsberichten beziehungsweise wenn es irgendwelche Anträge in Bezug auf Kreditgewährungen gegeben hat, die überhaupt relevant waren für den Aufsichtsrat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Dr. Mantler, die Frage lautet: Ist Ihnen bekannt gewesen, dass es Stiftungen von der BAWAG gibt? Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt? Bitte, die Frage präzise zu beantworten! – Jetzt müssen wir ein bisschen beschleunigen.

**Dr. Josef Mantler:** Sie fragten, ob es Stiftungen von der BAWAG gibt. Bekanntlich ist eine Stiftung eine eigentümerlose Person, daher verstehe ich den Ausdruck „Stiftungen der BAWAG“ nicht. (*Obmann Dr. Graf: Der BAWAG zuzuordnen!*)

Ich weiß jetzt nicht exakt, welche Stiftung Sie meinen. Es hat immer wieder Anträge gegeben, vor allem bei den Kreditnehmergruppen, zu denen auch Stiftungen gehört haben, aber das ist weiters nichts besonders Auffälliges gewesen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie sind ja jemand, der sich im Bankwesenbereich einigermaßen gut auskennt. Sie verfügen über sehr viele Erfahrungen, auch im Umgang mit Kreditinstituten sind Ihnen einzelne Geschäftsbereiche nicht fremd. Davon können wir, glaube ich, ausgehen. Sie wissen auch, was die Funktionalität einer Stiftung bedeutet. Jetzt frage ich Sie ganz konkret: Ab wann wurden Sie unterrichtet oder sind Sie davon in Kenntnis gesetzt worden, dass es Stiftungen gibt, die der BAWAG eindeutig zuzuordnen sind? Ab welchem Zeitpunkt, welches Jahr, ungefähr?

**Dr. Josef Mantler:** Wie gesagt, ich bin nie in Kenntnis gesetzt worden: Achtung, jetzt machen wir eine Stiftung!, sondern ich habe immer nur aus Rechtsgeschäften oder Informationen, die dem Aufsichtsrat zugegangen sind, erfahren, dass es seitens des ÖGB oder der BAWAG zuordenbar eben auch Stiftungen gibt, aber ich kann jetzt nicht sagen ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Noch einmal, Herr Dr. Mantler: Stiftungen – vielleicht präzisieren wir das so –, wo die BAWAG Stifter oder Begünstigter oder beides war. Ich bitte um Beantwortung der Frage, sie ist wirklich nicht schwer.

**Dr. Josef Mantler:** Das war nie Thema irgendwelcher Beschlussfassungen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Hatten Sie Kenntnis? – Das war die Frage!

**Dr. Josef Mantler:** Nein, wenn es nicht Thema von Beschlussfassungen war. Ich hatte sonst keinen Kontakt zur BAWAG, dass ich außerhalb von Aufsichtsratssitzungen irgendetwas mitbekommen hätte.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie hatten also *offiziell* keine Informationen über irgendwelche Stiftungen, die die BAWAG unterhält? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Inoffiziell?

**Dr. Josef Mantler:** Auch nicht. Es gab keinen inoffiziellen Bereich, den ich da ausgefüllt hätte.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Auch keine Tür-und-Angel-Gespräche, wie Mag. Sutter heute ...

**Dr. Josef Mantler:** Nein, hatte ich nicht.



**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Eine Frage habe ich noch, und zwar: Kennen Sie Herrn Ing. Mag. Johann Mantler? (*Dr. Mantler: Sehr flüchtig!*) – Sie stehen aber in keinem Verwandtschaftsverhältnis zu ihm?

**Dr. Josef Mantler:** Nein. Ich glaube, dass ich ihn im Zusammenhang mit der BAWAG anlässlich einer Hauptversammlung einmal gesehen habe, aber das war eine so vage, kurze Begegnung, dass ich nicht wirklich sagen kann, ich kenne ihn.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie kennen ihn nicht? (*Dr. Mantler: Nein!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich würde ersuchen, der Auskunftsperson nicht abstruse Vorhaltungen zu machen. Jemandem, der keinen Zugang zu einem Bericht hat, vorzuwerfen, dass er diesen Bericht nicht gelesen hat, halte ich für unnötig. (*Abg. Mag. Stadler: Er hätte ihn jederzeit verlangen können!*)

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Eine einzige Frage, denn es ist für mich nicht erkennbar, ob nun bis 1994 Geschäfte positiv gelaufen sind; Vermutungen sagen auch, dass sie nicht positiv gelaufen sind. Wie ist das zu bewerten?

**Dr. Josef Mantler:** Ich kann nur auf die Berichte des Vorstandes verweisen, der die Höhe eindeutig beziffert. Es waren knapp über 3 Milliarden Schilling, die in diesem Drei-Jahres-Zeitraum genannt wurden. Es wurde mehrfach betont, dass es keine Verluste gegeben hat, quasi bis auf jenen, aber das ist ja kein eingetretener Verlust, sondern nur ein entgangener Gewinn, hätte man jetzt mit diesen Geschäften nicht abrupt geendet, sondern sie entsprechend dem Timing, das vorgegeben war, auslaufen lassen. Aber ein Verlust in dem Sinn, dass Wertberichtigungen oder Abschreibungen hätten vorgenommen werden müssen, das war nicht der Fall.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Keine Fragen, aber ein Hinweis: Wir haben schon wieder zwei Stunden **Verspätung!** Also in Zukunft brauchen wir uns gar keinen Zeitplan zu setzen, wenn wir uns nie daran halten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist mit diesen Planungen so, Herr Kollege! Ich bin ja Gott sei Dank nicht der Vorsitzende. Aber das ist nie so genau planbar; vielleicht kann man das alles auch noch verbessern. Ich nehme für mich in Anspruch, heute überhaupt erst einmal einen kleinen Komplex gefragt zu haben, und erlaube mir, auch jetzt einen kleinen Komplex zu fragen, der sicher noch nicht zur Sprache gekommen ist.

Sie waren lange Zeit ein verhältnismäßig intensiver Teilnehmer dieser Aufsichtsratssitzungen. Ich wollte Sie fragen, ob Sie innerhalb der Aufsichtsratssitzungen – also im regulären Ablauf – oder auch außerhalb Wahrnehmungen über folgenden Umstand haben, der durch andere Faktizitäten bereits belegt ist, nämlich: dass Generaldirektor Elsner Auskunft darüber gegeben hat, dass er – Elsner – den damaligen Mitarbeiter der Wirtschaftspolizei Horngacher gefragt hätte, wie es um den Status bulgarischer Geschäftspartner, wiederum der Geschäftspartner der BAWAG, nämlich Dr. Taus und Mag. Schlaff, stünde. Haben Sie zu diesem Vorgang irgendeine Wahrnehmung?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, überhaupt keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann erübrigen sich auch weitere Fragen; ich glaube Ihnen das.

**Dr. Josef Mantler:** Ich darf auch festhalten, ich hatte mit keinem Vorstandsmitglied jemals irgendwelche privaten Gespräche. Privat im Sinne von inoffiziellen Gesprächen – das habe ich eigentlich nie gepflogen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt frage ich aber trotzdem noch einmal: Haben Sie indirekt irgendetwas über diesen Vorgang gehört?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, ich habe nichts gehört.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Stummvoll, jetzt sieht man, warum das öfter länger dauert: weil auch zu nicht gestellten Fragen die Auskunftspersonen oft lange Antworten geben. Außerdem sehe ich uns insgesamt nicht in Verzug. Wir haben die Auskunftspersonen Sutter und Mantler von heute Abend auf heute Vormittag vorgezogen, und sind daher insgesamt noch gut in der Zeit. Vielleicht ist es für den einen oder anderen unangenehm, dass er ein bisschen warten muss, aber so ist das nun einmal bei einer großen Causa.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Können wir den Vorsitzenden bitten, falls er selbst den Eindruck hat, dass die Auskunftspersonen zu lange oder zu langatmig antworten, seitens der Vorsitzführung darauf aufmerksam zu machen?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie werden mitbekommen haben, dass ich diesbezüglich schon öfters eingegriffen habe. Ich kann ja nicht jedes Wort unterbinden, sondern muss auch erst immer hören, was er sagt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Kollege Stummvoll, nur eine Anmerkung: Sie haben Herrn Karl-Heinz Grasser noch nicht erlebt – dann wüssten Sie, was **Wort-Durchfall** wirklich ist!

Herr Dr. Mantler, ich halte Ihnen die Bestimmungen des § 76 Abs. 7, erster Satz BWG – ich lese ihn vor; oder haben Sie ihn bei sich? (*Dr. Mantler: Ich habe ihn vor mir!*) – sowie § 76 Abs. 8, bis auf den letzten Satzteil, vor. Daraus ergibt sich zweifelsfrei, dass Sie nicht nur umfassende Informationsrechte – auch Vorlagerechte – haben, sondern auch ... – Dieses Recht ist ja deswegen hineingekommen, um die Pflicht nach Abs. 5 und Abs. 4 erfüllen zu können; darauf wird auch verwiesen.

Wann hatten Sie zum ersten Mal Kenntnis darüber, dass es einen solchen Bericht gibt? Ihr unmittelbarer Staatskommissär, der mit Ihnen gemeinsam an Aufsichtsratssitzungen teilgenommen hat, hatte nämlich Kenntnis aus diesem Expertenkomitee. Hatten Sie ebenfalls Kenntnis, dass es einen Bericht gibt?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, hatte ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, Ihnen wurde überhaupt nicht einmal mitgeteilt, dass es einen derartigen Bericht aus dem Jahre 2001 gibt? (*Dr. Mantler: Jawohl!*) – Wie war die Kommunikation zwischen Ihnen und Herrn Mag. Sutter?

**Dr. Josef Mantler:** Wir hatten keine engere Kommunikation.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jetzt passen Sie auf: Sie gehen mit ihm in die Sitzungen, erledigen seine Arbeit, indem Sie alle Berichte, die in Wirklichkeit er abgeben müsste, wie Sie gesagt haben, selbst verfassen. Er weiß aus dem Expertengremium, dass es solch einen Bericht gibt, es wissen alle dort drinnen, dass es solch einen Bericht gibt – nur Sie wissen das angeblich nicht?

**Dr. Josef Mantler:** So ist es.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Jetzt frage ich Sie noch einmal: Bei der hohen Identifikation, die Sie mit dieser Bank hatten, wie ist das möglich, dass so ein essentieller Bericht, der sie – nämlich sie, die Bank – und Sie persönlich mit Ihrer Identifikation betroffen hat, an Ihnen vorbeigehen konnte?

**Dr. Josef Mantler:** Für etwas, das ich nicht bekomme, bin ja nicht ich verantwortlich!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind wirklich witzig, aber ich habe Sie gefragt, wann Sie davon erfahren haben! Nachdem Sie eine so hohe Identifikation mit der Bank hatten, ist es kaum denkbar, dass Sie von der Existenz eines solch brisanten Berichtes, der der Bank an die 19 Verfehlungen – schwere Verfehlungen! – vorwirft, nicht einmal Kenntnis hatten.

Ich frage Sie deswegen: um Ihren Aussagen bei der Bewertung – diese muss der Ausschuss und jeder einzelne Abgeordnete dann vornehmen – hinsichtlich der Glaubwürdigkeit auch ein gewisses Maß zuzumessen oder nicht zuzumessen. Das ist bar jeder Lebenserfahrung, glauben Sie mir, dass von einem derart brisanten Bericht, der in aller Munde war – in der Bank, in der Aufsicht, im Expertengremium, überall war er in aller Munde –, ausgerechnet der Staatskommissär-Stellvertreter nichts weiß, obwohl er eine Total-Identifikation mit dem Geprüften hat.

**Dr. Josef Mantler:** Also ich glaube, Sie überbewerten jetzt meine Worte, dass ich da versehentlich „wir“ gesagt habe, etwas. (*Abg. Mag. Stadler: Das war eine schöne Freud'sche Fehlleistung!*) Ich glaube, es ist nichts Verwerfliches dran (*Abg. Mag. Stadler: Eh nicht!*), dass ich einmal „wir“ gesagt habe.

Zum anderen: Ich habe mir die Berichte, die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen extra noch einmal durchgesehen, weil Sie sagten, jeder hat davon gewusst: Der Aufsichtsrat hat sicher nicht davon Kenntnis gehabt, der Bericht ist niemals im Aufsichtsrat besprochen worden, und daher habe auch ich keine Kenntnis davon bekommen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber der Staatskommissär hatte nachweislich Kenntnis. Ob Sie Kenntnis hatten, weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht nachweisen, darum habe ich Sie danach gefragt. Der Staatskommissär hatte *nachweislich* Kenntnis davon.

**Dr. Josef Mantler:** Na ja, er hat ja in der Bankenaufsicht gearbeitet.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn wir einen Hinweis finden, Herr Doktor, dass Sie auch Kenntnis davon hatten, dann müssen Sie damit rechnen, dass Sie zumindest noch einmal geladen werden. Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

**Dr. Josef Mantler:** Mir ist es nicht erinnerlich.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich halte Ihnen jetzt einen Bericht vor, den Sie am 13. Dezember 1994 verfasst haben, wo Sie über die nicht erforderlichen Wertberichtigungs-Erfordernisse im Zusammenhang mit dem Atomic-Konkurs berichten. – Haben Sie diesen Bericht noch in Erinnerung?

**Dr. Josef Mantler:** Grundsätzlich ja, aber nicht im Detail, was die Wertberichtigungen betrifft.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es geht mir auch nicht ums Detail, weil ich nämlich hier eine Seite habe, die nur geschwärzt ist. Also mit so einer Seite kann man nichts anfangen. Wir haben Gott sei Dank schon den Beweisbeschluss gefasst, sonst wäre ich jetzt ins Argumentieren gekommen. Wir können aber anhand der Zeilen-Oberleiste nachweisen, dass das mit Atomic zu tun hat, deswegen haben wir diesen Beschluss gefasst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Stadler, die offiziellen Unterlagen von vor dem Jahr 2000 hat Herr Dr. Mantler ja mit; vielleicht findet er das in seinen Unterlagen *ungeschwärzt*. – Schauen Sie bitte einmal nach, ob Sie den Bericht vom 13. Dezember 1994 dabei haben!

**Dr. Josef Mantler:** Nein, habe ich nicht da.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das Dokument lautet auf der Titelseite: Oberrat Dr. Mantler, Abteilung I/7 an Abteilung V/13 im Hause. – Das haben Sie nicht gefunden?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das habe ich nicht da.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Erinnern Sie sich an die damaligen Vorgänge? Haben Sie noch Wahrnehmungen in Erinnerung?

**Dr. Josef Mantler:** In Bezug auf Atomic? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Ja, vage.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Was wurde damals berichtet im Zusammenhang mit Atomic?

**Dr. Josef Mantler:** So im Detail weiß ich das nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wissen Sie, wie hoch die Befriedigungsquote für die BAWAG aus dem Atomic-Konkurs war? (*Dr. Mantler: Nein!*) – Er ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, sie liegt voraussichtlich bei 94 Prozent. Es war das Bemühen da, sogar Vermögen dermaßen verschwinden zu lassen, dass man nicht nur über 100 Prozent kommt; das wäre ja besonders peinlich gewesen.

Was wurde berichtet im Aufsichtsrat oder in anderen Gremien oder in anderer Form über die Notwendigkeit dieses Atomic-Konkurses?

**Dr. Josef Mantler:** So im Detail kann ich das nicht mehr sagen, aber es ist halt einfach ein, ich glaube, von der BAWAG selbst ausgehender Konkursantrag gestellt worden. Was jetzt der Anlassfall war, dass die BAWAG, die ja der Hauptfinancier war von Atomic (*Abg. Mag. Stadler: Alleinfiancier!*) – oder der Alleinfiancier. Was jetzt der Anlassfall war, weiß ich jetzt nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie noch in Erinnerung, dass es eine Strafanzeige des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg gab, die den Verdacht in den Raum gestellt hat, dass BAWAG das Vermögen aus Atomic zur Finanzierung der Karibik-Geschäfte benutzt hat?

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es gab damals sogar Medienberichte darüber.

**Dr. Josef Mantler:** Mir sind diese Medienberichte noch etwas bekannt, wo eben diverse Vorwürfe gegen die BAWAG erhoben wurden, aber die konnte ich nicht nachvollziehen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, Sie konnten sie nicht nachvollziehen, weil Sie es geprüft haben, oder Sie konnten es nicht nachvollziehen, weil Sie der Sache gar nicht nachgegangen sind?

**Dr. Josef Mantler:** Weil sie mir als unglaubwürdig erschienen sind.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wie können Sie das von vornherein sagen? Was haben Sie für ein Bild von den heimischen Medien? Da haben seriöse Blätter darüber berichtet. Nur weil etwas in der Zeitung steht, muss es ja deswegen noch nicht unwahr sein. Von einem Staatskommissär erwarte ich, dass er den Wahrheitsgehalt überprüft.

**Dr. Josef Mantler:** Wie gesagt, da liegen Sie nicht richtig. Ich bin nicht der Prüfer vor Ort.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, aber Sie sind Staatskommissär. Wenn Sie merken, dass da gesetzwidrige Vorgänge im Gange sein könnten, wo der Verdacht besteht, dass ein Unternehmen ... – Das war ein Flaggsschiffunternehmen der heimischen Industrie, **das** Schiunternehmen Österreichs! Wenn Sie merken, dass dort hunderte Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, dass unter Umständen ein ganzes Obligo ins Rutschen kommen könnte, wenn Sie das in der Zeitung lesen, dass das verwendet wird, um Kreditgeschäfte in der Karibik zu finanzieren, da können Sie doch nicht von vornherein annehmen, nur weil es in der Zeitung steht, dass es deswegen unwahr sei.

**Dr. Josef Mantler:** Also das macht jetzt keine Logik, was Sie hier sagen. Wie kann ein Obligo dazu dienen, Geschäfte zu machen? Es war das Bestreben der BAWAG, Atomic und vor allem die Arbeitsplätze und den Namen für Österreich zu retten. Deswegen hat eben BAWAG die Atomic-Anteile, die pfandrechtlich gesichert waren, übernommen und letztlich nach einer gewissen Zeit der Selbstführung weiterverkauft. Aber man kann mit aushaftenden Krediten keine Geschäfte machen! – Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber das war in der Zeitung nachlesbar, wie das Ganze gelaufen sein könnte. Es ist darüber auch offiziell spekuliert worden.

**Dr. Josef Mantler:** Es ist nicht meine Aufgabe, dass ich da jetzt Zeitungsberichte nachvollziehe.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, aber es wäre Ihre Aufgabe gewesen, der Sache nachzugehen.

**Dr. Josef Mantler:** Nein, das ist *nicht* meine Aufgabe!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es wurde nämlich offen darüber berichtet, dass die Bank dieses Unternehmen an einen finnischen Konzern um 970 Millionen Schilling offiziell verkauft hat und 10 Prozent davon wieder um 350 Millionen zurückgekauft hat. Das steht auch in der Strafanzeige drinnen. Haben Sie da nicht den Verdacht gehabt, dass hier etwas Gesetzwidriges gelaufen sein könnte?

**Dr. Josef Mantler:** Weil sie wieder etwas zurückgekauft haben?

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein. Wenn Sie bitte jetzt einen Bleistift zur Hand nehmen und 10 Prozent auf 100 Prozent hochrechnen, von 350 Millionen ausgehend, dann kommen Sie auf einen potentiellen Kaufbetrag oder Verkaufserlös von 3,5 Milliarden Schilling! Tatsächlich hat die BAWAG die Konkursmasse mit Zustimmung des Fast-Alleingläubigers BAWAG dieses Unternehmen um **970 Millionen** verkauft. Da ist eine Differenz von etwa 2 Milliarden dazwischen. Das ist für jeden, der die Grundrechenarten beherrscht, nachvollziehbar. Das wurde öffentlich berichtet.

**Dr. Josef Mantler:** Das war mir nicht bekannt. Das Konkursverfahren ist ja im Wege des Gerichtes abgewickelt worden. Da kann ich nicht irgendwie vermuten, dass da etwas nicht richtig gelaufen sein soll.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das werden wir noch klären. – Es geht nicht nur darum, dass das Konkursverfahren abgewickelt wird, sondern es geht darum, dass der Fast-Alleingläubiger, außer dem Finanzamt und der GKK praktisch Alleingläubiger, BAWAG die Konkursmasse verkauft hat über Betreiben des Anwaltes der BAWAG an einen finnischen Konzern um offiziell 970 Millionen Schilling und 10 Prozent davon vom finnischen Konzern wieder um 350 Millionen zurückgekauft hat. Wenn 10 Prozent 350 Millionen wert sind, dann können 100 Prozent nicht 970 Millionen wert sein! – Da wird ein Staatskommissär nicht stutzig, wenn das in der

Zeitung steht und dazu noch die Vermutung auf Seite 34 und 35 der Strafanzeige geäußert wird, dass die Stillen Reserven, die da dazwischen sind, zur Finanzierung der Karibikgeschäfte über zwei Tochterunternehmen der BAWAG in Irland gedient haben könnten?!

**Dr. Josef Mantler:** Ja, da wissen Sie mehr als ich. Dazu kann ich nichts sagen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nach dem, was ich bisher von der Bankenaufsicht in diesem Ausschuss kennengelernt habe, bin ich wirklich geneigt, in Zukunft die Bankenaufsicht den Journalisten zu übertragen!

14.47

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** bedankt sich bei der Auskunftsperson und leitet zum **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung über.

\*\*\*\*\*

*(Die Beratungen des Untersuchungsausschusses werden von 14.48 Uhr bis 14.53 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** fortgesetzt; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*

\*\*\*\*\*

14.53

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** leitet – um 14.53 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als nächste Auskunftsperson Herrn **Mag. Herbert Tumpel** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Herbert Tumpel** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann dankt **Mag. Tumpel** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Mag. Herbert Tumpel (Arbeiterkammer Wien):** Guten Tag! Mein Name: Herbert Tumpel; geboren am 9.3.1948; Adresse: 1090 Wien. Meine derzeitige Funktion ist Präsident der Wiener Arbeiterkammer und der Bundesarbeitskammer.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

**Mag. Herbert Tumpel:** War ich nicht, nein.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sehr geehrter Herr Mag. Tumpel! Das durch die Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (**Mag. Tumpel: Nein!**)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie zum Verfahrensgegenstand eine zusammenhängende Erklärung abgeben können. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

**Mag. Herbert Tumpel (Arbeiterkammer Wien):** Ich möchte vorausschickend bemerken, dass ich vor zehn Jahren aus meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Bank für Arbeit und Wirtschaft ausgeschieden bin, dass ich seit damals mit der gegenständlichen Institution nichts zu tun habe und dass meine berufliche Tätigkeit in den letzten zehn Jahren komplett anders gelagert war. Meine Herausforderungen, Anforderungen waren ganz andere, und deswegen bitte ich in diesem Sinn um Nachsicht, dass nach so einem langen Zeitraum meine Terminologie nicht auf der Höhe ist, wie sie es zweifelsohne vor zehn Jahren war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Mag. Tumpel, Sie haben gerade gesagt, Sie waren *bis* 1997 Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG. – **Ab wann** waren Sie Aufsichtsratsvorsitzender?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich war ab März 1989 bis Mitte April 1997 Vorsitzender des Aufsichtsrates.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie ist es zu Ihrer Bestellung als Aufsichtsratsvorsitzender gekommen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Durch eine Wahl im Aufsichtsrat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und die Nominierung?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Nominierung zum Aufsichtsrat erfolgte durch die Hauptversammlung im Jahre 1988 durch die Hauptaktionärsvertreter der damaligen Eigentümer der Bank.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ihr Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender hat gemeint, das ist quasi ein gewisser Automatismus gewesen im ÖGB, dass der, der für die Finanzen im ÖGB verantwortlich war, automatisch immer Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG war. – Können Sie das so bestätigen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Von einem Automatismus per se kann man sicherlich nicht sprechen. Die Wirkungsweise vorher war mit Unterbrechung, weil ich ja erst 1989 Aufsichtsratsvorsitzender war und im Jahr 1987 zum Leitenden Sekretär bestellt wurde, nicht kontinuierlich. Aber es war Übung, dass die Leitenden Sekretäre im ÖGB dann auch diese Funktion wahrgenommen haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Frage nebenbei: Wie viel haben Sie eigentlich als Aufsichtsratsvorsitzender in dieser Funktion verdient?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Funktion wurde mit 120 000 S im Jahr entlohnt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War das pro Sitzung oder war das einfach so eine Pauschale fürs ganze Jahr?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, das war eine Jahresfunktionsgebühr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wissen Sie noch, was die anderen Aufsichtsratsmitglieder erhalten haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wahrscheinlich ein bisschen weniger, nehme ich an.

**Mag. Herbert Tumpel:** Weniger, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben 1997 gesagt, dass Sie Ihre Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender beendet haben. Haben Sie nachher in irgendeiner Form die BAWAG selbst oder den Eigentümer beraten oder in irgendeiner Art und Weise zur Verfügung gestanden für Fragen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein. Ich habe weder den Eigentümer beraten noch bin ich für diese Fragen zur Verfügung gestanden. Ich habe, wie ich zum Präsidenten der Arbeiterkammer gewählt wurde, aus eigenen Stücken sämtliche andere Funktionen zurückgelegt – das war nicht nur die Tätigkeit im BAWAG-Aufsichtsrat –, obwohl es keine gesetzlichen Bestimmungen gegeben hat, die das vorgesehen hätten. Ich habe das nur mit meiner Position als Vertreter und als oberster Repräsentant als nicht vereinbar angesehen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind Sie dann nachher noch in irgendeiner Art und Weise kontaktiert worden seitens Ihres Nachfolgers oder des Eigentümers oder der BAWAG für Fragen oder dergleichen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, da bin ich nicht kontaktiert worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie während Ihrer Tätigkeit, als Sie noch Aufsichtsratsvorsitzender waren, in irgendeiner Form externe Berater beigezogen? – Wir haben gehört, dass sich der jetzige Generaldirektor Nowotny selbst, als er Generaldirektor der Bank wurde, **externer Berater** bedient hat; deswegen diese Frage.

**Mag. Herbert Tumpel:** Es sind externe Berater zur Verfügung gestanden, das waren Rechtsanwälte, das war zum Beispiel Professor Frotz, aber nicht als direkter, sozusagen persönlicher Berater.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sondern von der Bank her – oder vom Eigentümer her?

**Mag. Herbert Tumpel:** Zu Fragen, die zur Diskussion gestanden sind, sind sie zur Verfügung gestanden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Beahlt hat diese externen Berater die Bank oder der Eigentümer? (*Mag. Tumpel: Noch einmal, bitte!*) – Wer diese externen Berater entlohnt hat? Waren das quasi von der Bank bestellte oder vom Eigentümer bestellte, oder ...

**Mag. Herbert Tumpel:** Soweit ich mich erinnern kann, dürften die von der Bank bezahlt worden sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine andere Frage, die immer wieder hier im Ausschuss auftaucht, ist die Frage, dass Sie ja verheiratet sind mit einer Frau, die selbst im banknahen Bereich tätig ist. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist per se noch nicht strafbar!*) – Wir reden hier überhaupt nicht über Strafrecht. Es geht hier gar nicht um Strafen, sondern um politische Verantwortung. Dafür, dass er verheiratet ist, gibt es auch keine politische Verantwortung, maximal eine persönliche. (*Zwischenrufe.*) – Ja, es gibt viele Fraktionen, die sich gar nicht vorstellen können, dass man auch nicht mit einer Frau verheiratet ist und man ein Mann ist, aber es gibt Länder, wo das tagtäglich passiert. Für mich persönlich stellt das kein Problem dar. Aber das ist jetzt nicht unbedingt Gegenstand der Beratungen dieses Ausschusses.

Die Frage, die hier immer wieder thematisiert wird, ist, dass Ihre Frau in der Oesterreichischen Nationalbank in verschiedenen führenden Positionen tätig war, und ob Sie da in irgendeiner Art und Weise eine gewisse Unvereinbarkeit selbst empfunden haben beziehungsweise vor allem auch, wie Sie mit Ihrer Frau kommuniziert haben über Fragen, die die BAWAG betreffen. Ob Sie mit ihr gesprochen haben in Bezug auf



Karibik-I-Geschäfte, ob Sie mit ihr gesprochen haben über die Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte, ob Ihre Frau mit Ihnen gesprochen hat über den Nationalbankbericht 2001, et cetera.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe zu keinem Zeitpunkt eine Unvereinbarkeit gesehen, da die beruflichen Tätigkeitsfelder, soweit sie meine Tätigkeit als Aufsichtsratspräsident betroffen haben, und der Wirkungskreis meiner Frau in der Nationalbank, der Wirkungskreis meiner Frau ein komplett anderer war als Fragen der Bankaufsicht, und zum Zweiten auf Grund meiner zeitlichen Belastung, wie Sie wollen, Inanspruchnahme und auch auf Grund der Inanspruchnahme meiner Frau, die in anderen Tätigkeitsbereichen tätig war, wo keine Überschneidungen da waren, war zwischen uns beiden eindeutig, dass wir unsere Berufsfelder haben – und wir haben uns über unsere Berufsprobleme nicht unterhalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG waren, war Ihre Frau nicht im Bereich der Bankenaufsicht der OeNB tätig für die BAWAG?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, da war sie für die innere Revision – ich glaube, das ist der richtige Ausdruck – der Notenbank zuständig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und erst nachher, nachdem Sie Ihre Tätigkeit als Aufsichtsratspräsident der BAWAG zurückgelegt haben, nachdem Sie Arbeiterkammerpräsident geworden sind, ...

**Mag. Herbert Tumpel:** Nachher ist meine Frau in den Vorstand der Österreichischen Notenbank gekommen und ihr Zuständigkeitsbereich war (*Abg. Krainer: Die Bankenaufsicht!*), als Organ der Bankenaufsicht tätig zu sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie hatten von der beruflichen Ebene her mit Ihrer Frau keinerlei Kontakte, was die BAWAG betrifft? (*Mag. Tumpel: Nein!*) – Und auch privat keine? (*Mag. Tumpel: Nein! – Heiterkeit und Zwischenrufe.*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was die BAWAG betrifft, war der Zusatz.

Eine Frage: Sie kommen ja nicht direkt aus dem Bankgeschäft, und wenn Sie irgendwelche Fragen gehabt haben als Aufsichtsratsvorsitzender und zu Hause eine Expertin für das Bankgeschäft haben, haben Sie dann nie in irgendeiner Art und Weise mit ihr darüber gesprochen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein. Wir haben uns das beide zum Grundsatz gemacht, wir haben in dem Sinn in der beruflichen Ära in verschiedenen Welten gelebt und haben darüber nicht kommuniziert.

Zu meiner Erfahrung in Bezug auf Bankgeschäfte darf ich anmerken, dass ich – ich weiß nicht mehr, seit wann, aber vorher –, bevor ich Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG gewesen bin, im ERP-Ausschuss Mitglied war; die ERP-Kommission hat quasi Bankenstatus. Ich war Mitglied des Aufsichtsrates der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft, die ebenfalls Bankenstatus hat. Ich war Mitglied des Verwaltungsrates der Postsparkasse. Also ich habe in dem Sinn Erfahrungen im Bankgeschäft gehabt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann haben Sie selbst erstmals über die Verluste von den Karibik-II-Geschäften erfahren?

**Mag. Herbert Tumpel:** Aus den Zeitungen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt vor zirka einem Jahr?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß nicht mehr genau, wann der Zeitpunkt war. Aber wie es voriges Jahr, glaube ich, oder heuer in den Zeitungen war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gab es bei den Karibik-Geschäften I Verluste?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, es gab bei den Karibik-Geschäften I keine Verluste. Da hat es sich der Aufsichtsrat nicht leicht gemacht, sondern es ist sowohl vom Vorstand eindeutig berichtet worden, dass aus dieser Geschäftstätigkeit keine Verluste aufgeschienen sind. Wir haben uns mit der Erklärung allein nicht begnügt, sondern es ist genauso der Wirtschaftsprüfer dazu befragt worden, ob eine lückenlose Rückführung durchgeführt worden ist. Es ist der Vorstand befragt worden, ob sämtliche Transaktionen auch bücherlich erfasst sind, ob durch den Umstand, dass Rückführungen getätigt worden sind, seitens des Vorstandes der BAWAG Versprechungen, Verpflichtungen, geschäftliche Verpflichtungen sozusagen ausgesprochen worden sind – diese Fragen sind ebenfalls verneint worden.

Das heißt, auf Grund der Rückführung hat es keine Versprechen, Verpflichtungen, vertragliche Bindungen der zuständigen Organe, das war der Vorstand der BAWAG, gegenüber Dritten aus diesen Geschäften gegeben.

Dieser Umstand der Rückführung wurde eben vom Vorstand, vom Wirtschaftsprüfer und auch damals von der eingesetzten Überprüfungscommission bestätigt, dass die Geschäfte, die Rückführung verlustfrei, also ohne Verluste zurückgeführt worden sind, so mit Gewinnen insgesamt abgeschlossen wurden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie werden verzeihen, wenn wir aus heutiger Sicht sagen, zu dem, was der Vorstand im Aufsichtsrat berichtet hat, ist unser Vertrauen da enden wollend, und zu dem, was der Wirtschaftsprüfer sagt, haben wir auch wenig Vertrauen auf Grund der Kenntnis – aus heutiger Sicht zumindest –, was daran alles nicht gestimmt hat über viele, viele Jahre hinweg.

Haben Sie sonst noch irgendwelche Belege oder Indizien, dass die damals nicht gelogen haben, wie sie es 1998, 1999 – oder vermutlich, aus heutiger Sicht, denn ein Gericht hat das ja noch nicht festgestellt. Aber gibt es sonst noch irgendwelche Anhaltspunkte, dass das damals gestimmt hat?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe es schon gesagt: Die erste Aufgabe eines Aufsichtsrates ist, den Vorstand als verantwortliches Organ über die Geschäftsdurchführung zu befragen – das ist geschehen.

Das Zweite, den Wirtschaftsprüfer, der ja ebenfalls ein Organ der Bank ist, zu befragen – das ist geschehen.

Und ich habe gesagt, dass damals im Prüfbericht und in der endgültigen Beurteilung insgesamt des gesamten Themenkomplexes seitens der damaligen Bankaufsicht der Bank ein Schriftstück zugegangen ist, wo ebenfalls hervorgeht, dass eine lückenlose Rückführung dieser Geschäfte getätigt worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie meinen den Bericht der Nationalbank 1994?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, das war der Prüfbericht der zuständigen Behörde, und die zuständige Behörde war damals im Finanzministerium angesiedelt, war die Bankaufsicht. Die Bankaufsicht hat dem Vorstand ein Schriftstück übermittelt, wo dezidiert festgehalten worden ist, dass eine lückenlose Rückführung der Geschäfte erzielt worden ist. Also, das war eine unabhängige, die Prüfinstanz, die das bescheinigt hat. Und soweit ich aus den veröffentlichten Dokumenten weiß und falls die veröffentlichten auch der Wahrheit entsprechen, ist das ja ein zweites Mal auch festgestellt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Im Zuge unserer Erfahrungen hier ist es auch so, dass wir nicht das allerhöchste Vertrauen in die Beamten entwickelt haben, die im

Finanzministerium für die Bankenaufsicht zuständig waren. Aber das ist halt aus heutiger Sicht so. Eigentlich habe ich noch keinen Beamten hier als Auskunftsperson erlebt, wo ich das Gefühl gehabt habe, da sitzt ein Mann, dem man hundertprozentig vertrauen kann, dass er mit 200 Prozent Ehrgeiz und Aufwand, sage ich einmal, hinter der Kontrolltätigkeit gewesen wäre.

Ich habe noch eine kurze Frage: Wie kam es dann 1995 zur Wiederaufnahme der Karibik-Geschäfte?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich darf mit Ihrer Erlaubnis ein bisschen ausholen, nämlich noch einmal auf das Jahr 1994 zurückgehen. Es ist damals mit dem Vorstand, mit dem Wirtschaftsprüfer die Art und Weise der Geschäfte eingehend beraten worden. Es ist die Prüfung 1994 vor Ort in der BAWAG durchgeführt worden, durch Organe der Notenbank, die letztendlich dann zu dem Dokument der Bankaufsicht geführt haben, die der BAWAG übermittelt worden ist und die auch dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht worden ist, wo keine Verletzungen der Bestimmungen des Bankwesengesetzes festgehalten worden sind und wo eben die lückenlose Rückführung des damals ausständigen Kreditvolumens gegeben war.

In diesem Bericht war eine Auflage enthalten, dass diese Form der Geschäfte entsprechend lückenlos dokumentiert sein muss, und zum Zweiten, dass diese Geschäfte auch der internen Revision der Bank unterzogen werden müssen.

Der Vorstand hat nach Erhalt dieser Auflagen, Anregungen, wie immer man das bezeichnet, das weiß ich jetzt nicht so genau, von sich aus erklärt, das selbstverständlich sofort einzuführen. Und diese Einführung, dass auch die Innenrevision für solche Geschäfte zuständig ist, war mit auch noch eine zusätzliche Auflage bei der Wiederaufnahme dieser Geschäfte. – Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt war: Das Volumen dieser Geschäfte wurde damals vom Aufsichtsrat begrenzt.

Zum Dritten: Der Vorstand hat sich durch eine Selbstbindung selbst gesagt, dass er, wenn dieses Geschäftsvolumen ausgeweitet wird, den Aufsichtsrat vorher um Zustimmung ersuchen wird.

Zum Vierten: Die Form der dargestellten Geschäftstätigkeit war zweifelsohne nicht frei von Risiko, aber war eindeutig in Ertragsabsichten gelagert, die beweisen, dass man nicht in hochspekulative Bereiche hineingehen wollte oder hineingegangen ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf noch eine kurze Frage stellen: Ist Ihnen bekannt, es gibt eine FMA-Zusammenfassung der BAWAG-Prüfung von Ernst & Young vom 30. Juli 2006, wo festgehalten wird bei Karibik-Geschäften bis 1994 – ich lese nur einen Satz vor oder zwei, die entscheidend sind –:

Anhand der vorgefundenen Dokumentation lässt sich zweifelsfrei die Rückführung der ersten Karibik-Geschäfte nachvollziehen. Aus den in Frage stehenden Geschäften hat die BAWAG einen Gesamtgewinn von öS 3 092 Millionen – also 3,092 Milliarden Schilling – erzielt, wobei ohne Ausnahme alle Kapitalanlagen mit Erträgen und ohne Verlust beendet wurden.

Ist Ihnen dieser Bericht von Ernst & Young bekannt, der da von der FMA zitiert wird?

**Mag. Herbert Tumpel:** Noch einmal, wenn er identisch ist mit dem im „NEWS“ abgedruckten Dokument, wenn er identisch ist – das von „NEWS“ abgedruckte Dokument ist mir bekannt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich weiß jetzt nicht genau auswendig, was alles im „NEWS“ abgedruckt war, das kann ich jetzt nicht sagen. (*Ruf: Sie kennen es aus dem „NEWS“?*)

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich kenne es aus dem „NEWS“, ich kenne keinen offiziellen Bericht.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Ich möchte wirklich keine Detailfragen stellen, weil ich mir vorstellen kann, dass man, wenn man zehn Jahre weg ist von einer Funktion, wirklich die Details nicht mehr in Erinnerung hat.

Ich möchte aber doch einen Fragenkomplex beleuchten, den ich heute auch schon bei der Befragung des Staatskommissärs der BAWAG gestellt habe und wo es wirklich meine Vorstellungskraft übersteigt, wie so etwas passieren konnte.

Es gab diesen OeNB-Prüfbericht 1994 und dann im Herbst 1994 mit Bescheid von Finanzminister Lacina eine Reihe von Maßnahmen und Auflagen. Und da hat im Vorjahr der langjährige Pressesprecher und von mir sehr geschätzte Dietmar Ecker, heute erfolgreicher Unternehmer, gemeint: Wenn das, was Lacina damals gleichsam verordnet hat, eingehalten worden wäre, hätte all das, was nachher passiert ist, gar nicht passieren können!

Der Staatskommissär hat heute gesagt: Ja, also bitte, ich war zwar Staatskommissär der BAWAG, war bei allen Sitzungen dabei, aber ich habe mich nie erkundigt. Ich habe mich nie erkundigt, wie es mit der Umsetzung dieser Maßnahmen ist.

Also mein Eindruck ist, es hat sich eigentlich niemand darum gekümmert, ob diese Auflagen, Maßnahmen eingehalten werden.

Meine Frage daher – das ist ja an den Vorstand ergangen –: War das jemals ein Thema im Aufsichtsrat, dass man gesagt hat: Okay, wenn wir da jetzt Auflagen kriegen vom Finanzministerium – war das jemals ein Thema? –: Wie weit sind wir mit der Einhaltung dieser Auflagen? Gibt es wo Schwierigkeiten? Können wir sie wo nicht einhalten? War das jemals ein Thema im Aufsichtsrat wenigstens, weil bisher haben alle Befragungen ergeben, keiner hat sich darum gekümmert, und nach sechs Jahren hat man dann einmal versucht, eine Follow-up-Prüfung zu machen. Ist dir da irgendetwas bekannt, dass da in Aufsichtsratssitzungen das jemals vom Vorstand berichtet wurde: Wie weit sind wir in der Umsetzung dieser Auflagen, und so weiter? War das jemals ein Thema? Oder hat das der Vorstand überhaupt im Aufsichtsrat nie berichtet?

**Mag. Herbert Tumpel:** Wenn Sie mir gestatten, wieder aus einem Protokoll, was nicht offiziell ist, aber was veröffentlicht worden ist, in dem Protokoll oder in dem Dokument ist festgehalten, dass bis 1998, ich weiß jetzt nicht, Mitte 1998, diese Auflagen eingehalten worden sind. – Zum Ersten.

Zum Zweiten: Natürlich, und das hat der Vorstand von sich aus immer wieder getan, seine nicht nur Bereitschaft, sondern es absolut zur Kenntnis genommen, dass diese Geschäfte in der Art und Weise, wie sie zu dokumentieren sind, durchgeführt worden sind. Und es hat in dem Sinn keinen Zweifel gegeben, dass das durchgeführt ist, weil auch der Wirtschaftsprüfer, der ja Organ dafür ist, dass die Auflagen des Aufsichtsrates beziehungsweise auch Auflagen, die von der Bankaufsicht gegeben worden sind – und er war auch Adressat dieser Auflagen, explizit –, hat in seinem Jahresabschluss oder auch sonstwo nie daran Zweifel aufkommen lassen, dass diese Vorschriften nicht eingehalten worden sind. Und nachträglich sind sie auch bis 1988 eingehalten worden.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Noch eine Frage: Wir haben ja da – ich glaube, die Medien haben es auch so formuliert – Vorstand im Vorstand. Also wie hier Büttner war, hat er gesagt, bei vielen Dingen wurde er gar nicht mit einbezogen. Die Tatsache, dass es so eine Art Vorstand im Vorstand gibt, war das dem Aufsichtsrat bekannt? War dir als Aufsichtsratspräsidenten das bekannt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Zu meiner Zeit war mir nicht bekannt, dass es einen sogenannten Vorstand im Vorstand gäbe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es ist ja so, dass Sie gemeint haben, Sie hätten von diesem Prüfbericht eben auch über die Medien erfahren. Ich denke mir, wenn ich da im Aufsichtsrat, wenn ich da Aufsichtsratspräsident bin, und ich erfahre über die Medien etwas, was mir selber nicht vorgelegt wird: Bin ich da nicht bestrebt, mir diesen Bericht kommen zu lassen, mir den Bericht selber anzuschauen, damit ich dann irgendwann einmal sagen kann, ob die Maßnahmen, die in diesem Bericht drinnen stehen, die die Bank zu erfüllen hat, ob die dann auch wirklich umgesetzt werden?

Eine dieser Maßnahmen, einer dieser Mängel war ja auch die nicht funktionierende **interne Revision**, und da stellt sich für mich schon die Frage, warum ich mir, wenn ich schon von irgendetwas aus den Medien erfahre, das nicht kommen lasse, mir das nicht genauer anschau.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe schon vorigen Sommer die Anregung – und es geht ja in dem Ausschuss hier um Verbesserungen im System – gegeben: Es wäre eine gesetzliche Änderung notwendig, dass A der Aufsichtsrat direkt Adressat der internen Revision wäre, und zum Zweiten, dass der Adressat für Prüfberichte der Behörden nicht der Vorstand ist, sondern dass dezidiert auch der Aufsichtsrat Adressat ist.

Zum gegenständlichen Fall muss ich sagen, dass der Vorstand auch den Zwischenbericht der Nationalbank ausführlichst im Aufsichtsrat berichtet hat und dass im Aufsichtsrat ausführlichste Diskussionen um diesen Gegenstand geführt worden sind und dass der Aufsichtsrat von sich aus tätig geworden ist. Er hat eine Reihe von Änderungen durchgeführt. Wir haben zum Beispiel die Kreditgrenzen diskutiert, auch die Kreditgrenzen des Kreditausschusses und haben dann die Kreditgrenzen des Unterausschusses herabgesetzt. Damals waren die Kreditgrenzen auf dem durchaus üblichen Niveau, das auch andere Banken gehabt haben.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ein Jahr später, nachdem die Nationalbank die BAWAG geprüft hat, haben auch Sie im Aufsichtsrat der Wiederaufnahme der Karibikgeschäfte zugestimmt. Hat es da Diskussionen darüber gegeben oder waren da einige überhaupt dagegen?

Wie kann man sich das vorstellen, oder hat man – ich weiß nicht, wie Ihr Verhältnis zum Vorstand war, vielleicht können Sie ja darüber auch noch berichten –, haben Sie dem uneingeschränkt vertraut? Bei vielen Dingen, die da jetzt natürlich im Nachhinein auftauchen, viele auch, die nicht in Ihrer Zeit waren, muss man sich schon die Frage stellen, ob man nicht viel mehr hinterfragen hätte sollen.

Meine Frage konkret: Warum wurden diese Karibik-Geschäfte dann letztendlich trotzdem mit Ihrem Segen wieder aufgenommen beziehungsweise wie hat sich die betreffende Diskussion im Aufsichtsrat gestaltet?

**Mag. Herbert Tumpel:** Zum Ersten: Die wurden nicht durch meinen Segen aufgenommen, sondern durch einen Beschluss des gesamten Aufsichtsrates, der einstimmig erfolgt ist. Davor war eine ausführliche Diskussion über diese Geschäfte und mit dem Beschluss waren die Auflagen verbunden, die ich schon angeführt habe: Es war die Begrenzung, es war die Verpflichtung des Vorstandes, auch wenn die

Engagements unterhalb der Kreditlinie liegen, dass bei einer Ausweitung der Aufsichtsrat vorher vom Vorstand befragt wird und dass zum Dritten die Risikoeinschränkung vom Vorstand so dargestellt worden ist, dass sie nachvollziehbar und glaubhaft war, dass es zwar nicht ein risikoloses Geschäft war, aber dass es auch nicht in den hochspekulativen Bereichen war und dass die Auflagen, und das ist noch einmal diskutiert worden, zu denen der Vorstand schon 1994 gesagt, er wird die Auflagen der Bankaufsicht sofort umsetzen, dass diese Auflagen also, die dafür gelten, natürlich auch für Neugeschäfte absolut ihre Gültigkeit haben. Und das ist zugesagt und vom Vorstand ist berichtet worden, dass diese Maßnahmen schon durchgeführt sind, dass lückenlos alle Geschäftsfelder, auch die vorstandsunmittelbaren – und das war die Kritik – der Innenrevision unterzogen worden sind.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, das ist im Vorfeld zugesagt worden. – Und wie ist das dann nachher überprüft worden, dass das auch wirklich so stimmt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, es ist **nicht im Vorfeld** überprüft worden, sondern es ist vom **Vorstand** gesagt worden, dass die Auflagen, die 1994 von der Bankaufsicht erteilt worden sind, durchgeführt worden sind. Das hat der Vorstand dezidiert festgehalten, so wie er auch 1994 schon seine Bereitschaft sofort zu erkennen gegeben hat oder zugesagt hat: Diese Auflagen werden eingeführt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und der Aufsichtsrat hat dann aber nicht noch einmal nachgehakt zum Beispiel bei den Wirtschaftsprüfungsberichten? Wir haben auch gehört, dass beispielsweise dem Eigentümerversorger der Wirtschaftsprüfungsbericht und auch die Prüfberichte als solche **nie** vorgelegt wurden.

Haben Sie als Aufsichtsratspräsident jemals Kontakt gehabt mit Ihrem damaligen Bankenprüfer? Haben Sie ihn in persönlichen Gesprächen zu verschiedenen Positionen befragt? Haben Sie den Wirtschaftsprüfungsbericht gesehen? Wie hat sich das gestaltet?

**Mag. Herbert Tumpel:** Frau Abgeordnete, mit Verlaub: Der Adressat des Wirtschaftsprüfungsberichts ist der **Aufsichtsrat**, und selbstverständlich wurde darüber berichtet und diskutiert. Ich bin jetzt überfragt, ob der Wirtschaftsprüfungsbericht auch dem Eigentümer zugestellt worden ist. Das weiß ich nicht, und da weiß ich auch nicht auswendig, ob es dazu eine Verpflichtung gibt, aber der Aufsichtsrat als Adressat ist natürlich mit dem Wirtschaftsprüfer als Aufsichtsrat, als Gesamtorgan natürlich immer in Kontakt, in Verbindung gestanden und damit auch ich.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie haben am Anfang gesagt, dass Sie als Aufsichtsratspräsident nominiert worden sind. Sie waren auch Leitender Sekretär im ÖGB, und das ist ja nachher dann auch nach Ihrer Zeit wieder so gewesen, dass eben der leitende Sekretär der Aufsichtsratspräsident war.

Im Nachhinein gesehen, auch in Anbetracht dieser Geschichte mit der Haftungserklärung, die ja nach Ihrer Zeit war: Glauben Sie, dass diese Konstellation, dass eben der Leitende Sekretär des ÖGB Aufsichtsratspräsident ist und gleichzeitig mit dem Präsidenten des ÖGB gemeinsam Entscheidungen quasi als Eigentümer der BAWAG am Präsidium des ÖGB oder am Vorstand des ÖGB vorbei treffen kann, generell für den Eigentümer ÖGB eine gute Entscheidung ist?

**Mag. Herbert Tumpel:** Frau Abgeordnete, ich kann das nicht beurteilen, ich kann nur zu Sachen Stellung nehmen, wo ich glaube eine umfassende Information und eine Hintergrundinformation zu haben. Ich wurde weder konsultiert, wer mein Nachfolger ist, noch war ich in beratender Funktion, wie es sein sollte, sondern das war eine Entscheidung der Hauptversammlung.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nein, ich meine jetzt nicht die Personen konkret, sondern überhaupt, dass jemand, der der Aufsichtsratspräsident ist und gleichzeitig eben der leitende Sekretär mit dem Präsidenten als Eigentümerversreter Entscheidungen treffen kann und niemanden fragen muss. Verzetnitsch hat uns gesagt, dass es üblich gewesen ist, dass er mit dem leitenden Sekretär gemeinsam solche Entscheidungen getroffen hat und niemanden darüber informieren musste. Sie waren lange genug im Geschäft und da denke ich mir, Sie könnten doch vielleicht eine Wertung treffen, ob Sie glauben, dass das eben schlecht war und dass das für die Zukunft in jedem Fall geändert werden sollte.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich lege fest: Im Fall der BAWAG war der Eigentümerversreter der Präsident beziehungsweise Repräsentanten, wenn es andere Eigentümer gab, was auch der Fall war, waren es ebenfalls die Eigentümerversreter, aber es war nicht der leitende Sekretär Eigentümerversreter gegenüber der BAWAG, sondern wenn der leitende Sekretär so wie in meinem Fall ich Aufsichtsratspräsident war, dann war ich als Aufsichtsrat dem Eigentümer in Wahrnehmung seiner Interessen verpflichtet, aber nicht so, dass ich Weisungen vom Eigentümer entgegengenommen habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Präsident! Ihre Ausführungen lassen ja darauf schließen, dass Sie schon registriert haben, dass gerade 1994 aufwärts doch gewisse Handlungen der staatlichen Institutionen gesetzt und registriert wurden. Haben Sie mit darauf vertraut, dass die wenigen, aber doch Auflagen seitens der Bankenaufsicht oder – lassen wir es einmal dabei – dass es die Bankenaufsicht gibt? Es hat einen Bericht gegeben. Jetzt sage ich nur nebenbei bemerkt: Der 1994er-Bericht beziehungsweise der über die Phase 1994 war kritisch, hat aber unserer Interpretation nach nicht diesen kritischen Gehalt gehabt wie der 2001er-Bericht. Jetzt hat aber der 2001er überhaupt keine Konsequenzen gezeitigt, der damals aber schon.

Inwieweit war es für Sie wichtig, eine Bankenaufsicht überhaupt zu vernehmen, also zu spüren, wie man salopp sagt? Hat das den Aufsichtsrat zumindest bestärkt, annehmen zu dürfen, okay, es gibt neben uns auch ein paar, die ein bisschen hinwirken und deshalb dürfen wir uns auch auf bestimmte Aussagen verlassen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Existenz einer Bankenaufsicht ist eine absolut notwendige und eine nicht zu diskutierende, und deswegen war das auch immer Umstand, und deswegen waren auch die Auflagen unbestritten und sind durchgeführt worden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es gibt aber immer – ich will Sie da nicht auf die falsche Fährte locken, gar nicht – die Aussagen von Aussichtsrräten, später auch, oder Sie jetzt als Präsident in der damaligen Zeit, in denen es darum geht, dass man auch auf bestimmte Dinge vertrauen muss, auf die Darstellungen des Vorstands beispielsweise. Und meine Frage geht jetzt noch einmal dahin, ob Sie das bestärkt hat als Aufsichtsgremium oder Sie als Vorsitzenden persönlich, dass es eben die unbestrittene Existenz der Bankenaufsicht gibt, dass die hin und wieder sogar etwas von sich vernehmen lassen hat. Das war ja nicht immer so. Wir haben ja spätere Phasen erlebt, wo hier weniger Druck stattgefunden hat. Damals hat aber noch etwas stattgefunden, und ich kann es jetzt auch nicht besser präzisieren, aber hat das den Aufsichtsrat beruhigt, dass er bemerkt hat, dass die Bankenaufsicht auch hin und wieder mit von der Partie ist.

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Kogler, der Aufsichtsrat ist von sich aus **vor** der Bankenaufsicht tätig geworden, hat das mit dem Vorstand **eingehend und kritisch** durchdiskutiert, hat das mit dem Wirtschaftsprüfer eingehend und kritisch durchdiskutiert. Es sind Gutachten vorgelegt und diskutiert worden, und der Aufsichtsrat hat von sich aus die Konsequenzen daraus gezogen und das hat a) in den Satzungen und b) in den Verträgen der Vorstandsdirektoren zu Änderungen geführt.

Das heißt, wir haben nicht auf die Bankaufsicht als solche gewartet, sondern der Aufsichtsrat ist auf Grund der damals diskutierten Umstände von sich aus tätig geworden und war aktiv.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann habe ich in einem angelagerten Bereich nur mehr eine andere Frage. Die Staatskommissäre Mag. Sutter respektive Stellvertreter Dr. Mantler haben sich die alleine ihrer Präsenz nach regelmäßig beteiligt an den Aufsichtsratssitzungen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Sie waren meistens bei den Aufsichtsratssitzungen dabei. Ich weiß jetzt nicht, wann eine Entschuldigung stattgefunden hat oder nicht. Und es war auch immer wieder der Fall, dass sich die angesprochenen Herren in die Diskussion gemischt haben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben die eine besondere Rolle eingenommen gegenüber den anderen Aufsichtsräten? Haben die mehr oder kritischere Fragen gestellt? Haben Sie da noch irgendeine Erinnerung daran?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich war Vorsitzender des Gremiums, und jeder war in seinen Fragen und in seiner Tätigkeit als Aufsichtsrat vollkommen gleichberechtigt – und das habe ich auch so gehalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Noch ein anderes Gebiet. Die Frage der Vereinbarkeiten und Unvereinbarkeiten bezüglich der jeweiligen Funktionsdauer und Beginnzeiten ist ja hier schon releviert worden, nämlich Unvereinbarkeiten Bezug nehmend auch auf Ihre Frau.

Jetzt ist es so, dass sich das nicht überschneidet – das haben Sie auch so dargestellt, ich nehme an mehrmals schon –, aber war es irgendwann einmal ein Thema, dass ja die Notenbank als Prüfinstitution zwar an sich jetzt nicht so wie der Rechnungshof ex post-Prüfungen produziert, aber immerhin bei ihren Prüfungen, um Feststellungen für die Gegenwart zu machen, vor allem angewiesen ist auf Wahrnehmungen aus der Vergangenheit, also durchaus theoretisch denkbar – ich versuche es ohnehin vorsichtig zu formulieren – auch in Zeiträume hineingeht, als Sie noch Aufsichtsratspräsident waren. Haben Sie das jemals von dieser Perspektive aus betrachtet oder diskutiert?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe es nicht diskutiert und habe es auch in der Perspektive nicht betrachtet, da auch und vor allem nach dem heutigen Wissensstand keine zum Vorwurf gebrachten Themata vorhanden sind. Die Geschäfte sind lückenlos rückgeführt worden. Es hat gegenüber der Diskussion, die im Vorjahr stattgefunden hat ... Auch heute steht wieder einmal in der Zeitung, dass während meiner Zeit Verluste aufgetreten sind, was unrichtig ist, was nicht nur durch das von mir geschilderte Verfahren versucht worden ist, nachzuvollziehen, sondern durch zweimalige Prüfungen ist das festgestellt worden, und die Verluste sind dezidiert nach meiner Zeit eingetreten. Also ich hätte auch kein subjektives Gefühl einer Unsicherheit oder sonst etwas gehabt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident! Es war ja bekannt, dass Generaldirektor Elsner im Jahre 1995 diese Karibik-Geschäfte wieder aufgenommen hat. Das war auch dem Aufsichtsrat bekannt.

**Mag. Herbert Tumpel:** Der Aufsichtsrat hat das beschlossen, das habe ich jetzt gerade gesagt, und zwar mit **Auflagen** beschlossen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja eben! Es geht jetzt um diese Auflagen. Er hat nämlich auch der Finanzmarkt- beziehungsweise damals noch Bankenaufsicht gegenüber erklärt, er wird den Aufsichtsrat gerne informieren. Jetzt haben wir von den



Staatskommissären gehört, dass es dann nur mehr sporadisch und dann irgendwann einmal überhaupt keine Informationen mehr an den Aufsichtsrat gegeben hat. Haben Sie noch eine Wahrnehmung, Erinnerungen, die das bestätigen oder dementieren können?

**Mag. Herbert Tumpel:** Meiner Erinnerung nach ist das nachher, nach 1985 während meiner Periode ... (*Abg. Mag. Stadler: 1995!*) – Bitte um Verzeihung! – Nach 1995 ist das noch diskutiert worden im Aufsichtsrat.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, aber es hat keine laufenden Berichte darüber gegeben.

**Mag. Herbert Tumpel:** Es ist berichtet und es ist diskutiert worden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wie jetzt: die Engagements im einzelnen oder nur generell?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Engagements sind berichtet worden, und dann ist generell eine Debatte darüber geführt worden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wie häufig, denn wir haben nur Einzeldebatten darüber gefunden.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß das nicht mehr. Ich weiß nur, dass berichtet und diskutiert worden ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Von einer laufenden Berichterstattung zumindest bis zum Ausscheiden des Generaldirektors Elsner beziehungsweise des Vorstandes an den Aufsichtsrat, wie das gegenüber der Bankenaufsicht auch zugesichert wurde, kann ja keine Rede sein.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß nicht, was der Bankenaufsicht zugesichert worden ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich lese es Ihnen vor. Die haben ein Gespräch mit Generaldirektor Elsner gehabt, in dem es dann in der zentralen Passage heißt:

Abschließend wurde von Generaldirektor Elsner versichert, er werde öffentliche Erklärungen zu den fraglichen Geschäften künftig unterlassen. Die BAWAG werde jedoch diese oder vergleichbare Geschäfte mit der Firmengruppe von Flöttl junior unter laufender Information des Aufsichtsrates wieder aufnehmen. – Zitatende.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, das ist 1995 beschlossen worden. Da sind die Geschäfte angelaufen und es ist 1996 – es muss 1996 gewesen sein, weil ich ja 1997 ausgeschieden worden bin – meiner Erinnerung nach diskutiert worden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt: Mit Ihrem Ausscheiden dürfte dann auch offensichtlich die Berichtsfreudigkeit des Vorstandes an den Aufsichtsrat abrupt abgebrochen sein. Ist das ...

**Mag. Herbert Tumpel:** Das kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist nur eine Annahme von mir, ich habe mir nur gedacht, Sie haben vielleicht noch eine Wahrnehmung dazu.

Sie haben – zumindest geht das aus einem Bericht des Staatskommissärs an die Behörde hervor – angekündigt, und zwar im Aufsichtsrat, in der Sitzung vom 8. Juli 1994, dass es unter Bezugnahme auf den Bericht, der damals vorgelegen hat, als Reaktion darauf unter anderem eine Änderung der Geschäftsordnung geben werde. Ist diese Änderung erfolgt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, die ist erfolgt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Was hat diese Änderung nun beinhaltet?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich glaube, mich erinnern zu können, dass ich das dezidiert gesagt habe: Wir haben a) überprüft, ob die Kreditobergrenzen bei aufsichtsratsgenehmigungspflichtigen Engagements beziehungsweise des Unterausschusses der üblichen österreichischen Banklandschaft entsprechen und haben als Konsequenz die Kreditausschussobergrenzen herabgesetzt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber die zentralen Punkte des Berichtes 1994 waren bereits, dass es keine Innenrevision gab; dass diese Geschäfte nie überprüft wurden; dass die Offshore-Firmen zum Teil der BAWAG nicht einmal bekannt waren und dass es für hohe Beträge praktisch keine Besicherungen gab. Das waren die zentralen Punkte des 1994-er-Berichtes.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe schon ausgeführt, dass genau die Zwischenberichte der Nationalbank im Aufsichtsrat mit dem Vorstand und mit dem Wirtschaftsprüfer einer **eingehenden** Diskussion unterzogen worden sind ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident! Ich beziehe mich jetzt auf die Geschäftsordnung, wie die Geschäftsordnung ...

**Mag. Herbert Tumpel:** ... und dass daraus die Schlussfolgerungen gezogen worden sind. Und eine Schlussfolgerung war, dass der Vorstand sich auch damals sofort bereit erklärt hat, diese Auflagen, nämlich dass die Innenrevision auch für vorstandsunmittelbare Geschäfte zuständig ist, zu akzeptieren und einzuführen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nun wissen wir aber aus dem Bericht 2001, dass dort im Grunde wieder drinnensteht, dass die Innenrevision nicht funktioniert hat und dass es keine gab.

**Mag. Herbert Tumpel:** Also, der mir zugängliche – und ich habe das mit der Einschränkung gesagt, und ich sage es noch einmal –: Im veröffentlichte Prüfbericht im „NEWS“, falls er wortidentisch sein sollte, ist festgehalten, dass bis 1988 die Innenrevision diese Geschäfte überprüft hat. (*Abg. Mag. Stadler: 1998 meinen Sie?!*) – 1998, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Die Vorhaltungen – ich will Ihnen jetzt nicht den 2001er-Bericht vorhalten – indizieren aber, dass offensichtlich die bereits 1994 festgestellten Mängel jedenfalls, gehen wir einmal davon aus, **nach 1998** wieder in das Stadium sozusagen von vor 1994 zurückgefallen sind. – Können Sie das nachvollziehen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Über die Zeit kann ich leider nicht als Auskunftsperson zur Verfügung stehen, weil ich mit April 1997 ausgeschieden bin.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident, eine abschließende Frage beziehungsweise ein abschließender Themenkreis: Erinnern Sie sich an den Konkurs der Firma Atomic?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, in groben Zügen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** In der Zeit waren Sie Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG. (*Mag. Tumpel: Ja.*) Erinnern Sie sich daran, dass es außer der BAWAG praktisch sonst keinen nennenswerten Gläubiger gab, dass sie praktisch allein finanzierende Bank war?

**Mag. Herbert Tumpel:** Dürfte dem Inhalt nach so stimmen, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie noch eine Erinnerung, wie das mit dem Verkauf der Firma Atomic an den finnischen **Amer-Konzern** abgelaufen ist?

**Mag. Herbert Tumpel:** Darf ich ausholen? (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) Was mir in Erinnerung ist, es wurde vom Vorstand berichtet, Atomic wurde durch die BAWAG lange Zeit finanziert. Auf Grund der Schwierigkeiten, die damals die gesamte österreichische Schi-Industrie betroffen haben, ist es auch für die Firma Atomic zu einer sehr angespannten Lage gekommen. Es ist vom Vorstand mehrfach berichtet worden, dass der damalige Einzelunternehmer Rohrmoser **dringendst** ersucht worden ist, seine Firmenstruktur dem Umfang der Geschäftstätigkeit anzupassen, nämlich sie in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln. Das hat Herr Rohrmoser laut meiner Erinnerung zugesagt, und ganz kurz darauf hat er ohne Absprache mit der BAWAG die Firma an Dritte veräußert, und die neuen Eigentümer haben die Geschäftsführer, die damals durchaus auch das Vertrauen des amtierenden BAWAG-Vorstandes gehabt haben ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Atomic ist nicht veräußert worden! (*Mag. Tumpel: Bitte?*) Atomic ist von Rohrmoser nicht veräußert worden. Nein!

**Mag. Herbert Tumpel:** Es ist berichtet worden im Aufsichtsrat. (*Abg. Mag. Stadler: Ja?*) Und es hat glaubwürdig geklungen, dass Herr Rohrmoser seine Anteile an Dritte abgegeben hat. (*Abg. Mag. Stadler: Nein!*) Gut, das ist meine Erinnerung. (*Abg. Mag. Stadler: Erinnerung daran, ja!*) Und auf Grund der Nicht-Information oder der unheimlich späten Information an den Vorstand der BAWAG ist der Konkursantrag gestellt worden.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Auf Grund der späten Information des Rohrmoser an die BAWAG? (*Mag. Tumpel: Das ist meine Erinnerung, ja!*) Aha. – Haben Sie noch Aufzeichnungen aus der Zeit oder einen Bericht aus dem Aufsichtsrat? Protokolle? (*Mag. Tumpel: Nein!*) – Das ist bemerkenswert! Ich sage Ihnen, Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat das Unternehmen **nicht** verkauft. Es wurde der Konkursantrag von der BAWAG gestellt vom damaligen Anwalt der BAWAG, der genau zu dem Zeitpunkt nämlich gewechselt wurde. Von ihm wurde also der Konkursantrag gestellt, und die BAWAG hat dann aus der Masse heraus das Unternehmen an den finnischen Amer-Konzern verkauft.

Bemerkenswerterweise – wenn Sie sich vielleicht noch erinnern, das war damals der größte Firmenzusammenbruch der österreichischen Wirtschaftsgeschichte der Zweiten Republik – ist Herr Generaldirektor Flöttl im Fernsehen aufgetreten und hat bereits einen Käufer präsentiert, da war noch nicht einmal klar, ob überhaupt Konkurs eröffnet wird oder nicht! – Erinnern Sie sich noch an diesen Vorgang?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein. Die zeitliche Abfolge ... – Ich habe in Erinnerung, dass Herr Rohrmoser Handlungen gesetzt hat, die gegenüber den zuständigen Organen der Bank – und das war der Vorstand – nicht vertrauensbildend – und das ist milde ausgedrückt – waren und dass deswegen von der BAWAG die Tatsachen gesetzt worden sind: **im Interesse** – und so ist es auch berichtet worden und dem gibt letztendlich auch die Wirklichkeit Recht – der Fortführung und des Weiterbestandes der Firma.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Darüber wollen wir jetzt nicht diskutieren. Ich sage Ihnen, was das Schicksal der Firma jetzt ist, ja. Zuerst haben es die Finnen bekommen und jetzt werden sie den Standort schließen, und die österreichischen Arbeitsplätze sind auf der Strecke geblieben, weil die Finnen lauter Ausländer eingestellt haben. So einfach ist das!

**Mag. Herbert Tumpel:** Die österreichischen Arbeitsplätze sind erhalten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie sind **noch** in Österreich.

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, sie sind erhalten geblieben, und es ist nachher ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also, ich will das jetzt nicht ... – Ich könnte das hier im Detail bringen; ich könnte Ihnen die Entwicklung der Struktur der Arbeitsplätze dort schildern, aber das ist jetzt nicht Thema des Ausschusses.

Gehen wir zurück zum Verkauf: Erinnern Sie sich noch an den Verkaufserlös, den man aus der Masse erzielt hat? (*Mag. Tumpel: Nein!*) – Wenn ich Ihnen vorhalte, dass in einer Strafanzeige des Landesgendarmeriekommandos Salzburg aus dem Jahre 1998, also zu einer Zeit, als Sie noch Aufsichtsratsvorsitzender waren, im Jänner 1998 ... (*Mag. Tumpel: Das stimmt nicht!*) Oh Pardon, da waren Sie es schon nicht mehr, ja, das war ... Sie sind bis 1989? Nein, 1997, Pardon, 1997! (*Mag. Tumpel: 1997, Mitte April 1997!*) – April 1997, so war es! Ja, das habe ich jetzt falsch in Erinnerung gehabt, das war jetzt von mir ein Zahlensturz. Bis April 1997 waren Sie Aufsichtsratsvorsitzender.

Erinnern Sie sich jedoch noch an den Umstand, dass der Amer-Konzern offiziell 970 Millionen € bezahlt hat und dass die BAWAG wenige Wochen danach bereits 10 Prozent um 350 Millionen € zurückgekauft hat?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Details sind mir nicht in Erinnerung. Das Grundproblem war damals – und das ist auch dem Aufsichtsrat, also unserem Gremium, mitgeteilt worden –, dass die Schwierigkeit ist, dass die Lieferanten, dass sichergestellt werden muss, dass die Firma als Einheit erhalten bleibt, dass die Geschäftstätigkeit und die Produktion aufrechterhalten wird und dass das nur sichergestellt werden konnte, indem der Konkursantrag gestellt worden ist. Und mein Informationsstand ist, dass die Anzahl der Arbeitsplätze bis heute – bis heute! – in Österreich erhalten geblieben ist – sogar leicht ausgeweitet worden ist sogar!

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nicht jedoch für Salzburger Arbeitskräfte, das ist das Problem! Die haben dort eine Umstrukturierung vorgenommen, die für die Region nicht unproblematisch war, aber noch einmal: Das wollen wir jetzt nicht diskutieren.

Die entscheidende Frage ist die: Dass von der BAWAG 350 Millionen € für 10 Prozent bezahlt wurden, während man 100 Prozent um 970 Millionen € verkauft hat. Das ergibt ja, wenn man von 10 Prozent hinaufrechnet, eine Differenz einer nicht unerheblichen Stillen Reserve, die da drinnen ist, formulieren wir das einmal so, ja. Es ist dann später die Vermutung aufgetaucht, dass dieses Geld verwendet wurde, um Karibik I-Geschäfte, Flöttl junior über Irland zu finanzieren. Haben Sie eine Erinnerung daran, ob das in Ihren Kreisen nicht nur im Aufsichtsrat, sondern auch in Ihren Kreisen in der Gewerkschaft, in der Arbeiterkammer, in der Partei oder sonst wo diskutiert wurde?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe dazu keine Informationen gehabt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Es ist dann später auch über die Medien gegangen, wie Sie wissen. Es hat sich ja Generaldirektor Elsner sogar bei Innenminister Schlögl darüber beklagt, dass die Medien darüber berichten.

**Mag. Herbert Tumpel:** Es ist dem Aufsichtsrat nie zur Kenntnis gebracht worden oder auch nur in Erfahrung gebracht worden, dass da mit der Karibik ein Zusammenhang besteht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Dem Aufsichtsrat wurde bereits **wenige** Wochen nach dem Konkursantrag – der Konkursantrag ist vom September 1994 –, am 5. Dezember 1994, also wenige Wochen nach dem Konkursantrag, schon mitgeteilt, dass bei der BAWAG kein weiterer Wertberichtigungs-Bedarf bestehe. – Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Mag. Herbert Tumpel:** Meine Erinnerung war, dass die Verluste aus dem Konkurs – wie hoch sie waren, weiß ich nicht – nicht hoch waren, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie waren so gut wie überhaupt nicht da! Sie waren so gut wie überhaupt nicht da! Man hatte Mühe, Vermögen zu vernichten und verschwinden zu lassen, damit man nicht über die 100 Prozent-Quote kommt. Die Befriedigungs-Quote liegt bei 94 Prozent!

Herr Präsident! Sie wissen ... Sie haben mit vielen – auch spektakulären – Konkursen in Ihrer Funktion als Arbeitervvertreter zu tun. Sie werden mir nicht viele Konkurse nennen können – schon gar nicht in der Größenordnung! –, die eine Befriedigungs-Quote von 94 Prozent bringen. Das ist eher selten, würde ich doch meinen.

**Mag. Herbert Tumpel:** Das weiß ich jetzt nicht auswendig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist sehr selten, sage ich Ihnen.

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, es kommt auch vor.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Als Volkswirtschaftler sage ich Ihnen: sehr selten, vor allem dann, wenn eine einzige Bank Alleingläubigerin ist. Unterm Strich ist es nämlich so: Rohmoser hat sein Vermögen verloren, und die BAWAG hat das ganze Vermögen gewonnen. **So** schaut es aus unterm Strich.

Aber gehen wir jetzt zu diesen Vorgängen damals: Haben Sie in Erinnerung, wann die KPMG den Wert des Unternehmens, die Bilanzprüfung durchgeführt hat? (*Mag. Tumpel: Nein!*) – Wenn ich Ihnen vorhalte, dass der Verkauf an den finnischen Amer-Konzern, mit dem Herr Flöttl schon vor Konkurseröffnung Verkaufsverhandlungen geführt hat – das gab er selber zu im Fernsehen –, also dass er diese Verkaufsverhandlungen bereits finalisiert hat zu einem Zeitpunkt, zu dem nicht einmal KPMG die Bilanz geprüft hatte, können Sie mir dann sagen: Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass berichtet worden ist, dass immer die Notwendigkeit – auch gegenüber dem Herrn Rohmoser – festgehalten worden ist, dass er Partner brauchen würde. Das ist der Berichtstand, und das ist meine Erinnerung an den Aufsichtsrat gewesen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie noch in Erinnerung, dass man damals versucht hat, den ehemaligen KTM-Manager **Stefan Pierer** in das Unternehmen zu bringen? (*Mag. Tumpel: Nein!*) – Er hat das dann abgelehnt und hat gesagt: Ist nicht konkursreif! Dieses Unternehmen braucht keinen Sanierer!

Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Mag. Herbert Tumpel:** Habe ich nicht in Erinnerung.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Diese Feststellung, dass kein Wertberichtigungserfordernis vorhanden ist, bedeutet, dass die aushaftenden Obligos praktisch so gut wie befriedigt werden konnten. Ist das eine richtige Deutung? (*Die Auskunftsperson Mag. Tumpel nickt zustimmend.*) – Für das Protokoll: Die Auskunftsperson nickt. Das können wir akustisch nicht festhalten. Nicken kann man im Protokoll nicht festhalten, Herr Präsident.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Präsident Tumpel, Sie waren von 1989 bis April 1997 in der Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der BAWAG. Und Sie selbst haben gesagt, dass Sie eine Aufwandsentschädigung von 120 000 S jährlich erhalten haben.

Können Sie uns sagen, wie hoch in etwa Ihr Aufgabenumfang oder Ihr Tätigkeitsumfang war, den Sie für diese Funktion ausgeübt haben, und zwar zeitlich gesehen? Wie intensiv haben Sie sich dieser Funktion gewidmet, in etwa, nur in groben Zügen, damit man sich ein Bild machen kann, mit welcher Beherrtheit Sie sich in dieser Funktion bewegt haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich kann jetzt kein Zeitbudget angeben, aber es hat mich zeitmäßig in Anspruch genommen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Was kann man sich darunter vorstellen? Haben Sie einen Tag pro Woche dafür verwendet, sich dieser Kontrollfunktion zu widmen, in ständigen Dialogen mit dem Vorstand? Wie in etwa kann man sich das ausrechnen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht mit zeitmäßigen Begrenzungen sagen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Es wird nicht dabei geblieben sein – ich bin selber Aufsichtsratsvorsitzender –, dass Sie vierteljährlich Aufsichtsratssitzungen einberufen und diesen beigewohnt haben, sondern Sie haben ja auch zwischendurch in Ihrer Funktion als ÖGB-Finanzchef wahrscheinlich immer wieder Informationen eingeholt, wie es um Ihr Kapital bestellt ist, dass Sie von der BAWAG verwalten lassen. Oder sehe ich das falsch?

**Mag. Herbert Tumpel:** Der Adressat ist der Aufsichtsrat als Gesamtorgan, und als solchen habe ich den Aufsichtsrat verstanden. Was ich für meine Person gemacht habe, war, sich die Unterlagen, die angefordert und die zur Verfügung gestellt worden sind, entsprechend anzuschauen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Man kann nicht sagen, dass Sie einen Tag in der Woche dafür aufgewendet haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Meiner Erinnerung nach weiß ich nicht mehr, wie hoch die zeitliche Beanspruchung war.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Man kann aber jetzt zusammenfassend sagen, was wir auch auf Grund verschiedenster Aussagen von Auskunftspersonen wissen, dass durchaus ein sehr kollegiales Verhältnis geherrscht hat, dass ein Vertrauensverhältnis innerhalb des Aufsichtsrates auch zum Vorstand hin vorhanden war. Kann man das so zusammenfassen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Es war ein Verhältnis, das selbstverständlich vom Vertrauen geprägt war. Sonst würde der Aufsichtsrat den Vorstand nicht bestellen, wenn da kein Vertrauensverhältnis vorliegen würde. Das gehört zur Aufgabenteilung in einer Kapitalgesellschaft dazu, dass der Vorstand seine Agenden wahrnimmt und dass der Aufsichtsrat seine Agenden wahrnimmt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie haben sich also kraft Ihrer Funktion als doch sehr wesentliches Kontrollorgan darauf verlassen, dass das Unternehmen BAWAG von den Wirtschaftsprüfern sehr sorgsam geprüft wird. Kann man sagen, dass diese Prüfberichte für Sie, für Ihre Gesamtbeurteilung ausreichend waren und sozusagen auch für Ihr Gefühl, dass es um die BAWAG gut bestellt ist?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das habe ich überhaupt nicht gesagt, sondern: Ich habe mich als Aufsichtsrat intensivst mit den zur Verfügung gestellten Unterlagen auseinander gesetzt und habe das im Aufsichtsrat mit den anderen, auch mit dem Vorstand, immer wieder diskutiert.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das heißt, mit den Unterlagen, die explizit Ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Aber Sie selbst haben nie irgendeinen Anlass vorgefunden, selbst aktiv zu werden?

**Mag. Herbert Tumpel:** O ja, Herr Abgeordneter. Ich habe vorhin gerade dargestellt, wo ich aktiv geworden bin, nämlich im Fall der Diskussion der notwendigen Schlussfolgerungen, zum Beispiel aus dem Jahr 1994.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aus dem OeNB-Bericht?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nicht nur aus dem OeNB-Bericht, sondern auf Grund der damaligen Situation und auf Grund der damaligen Berichte des Vorstandes ist ein sehr hohes Aktivitätsprofil des Aufsichtsrates vorgelegt worden.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** In den Gesprächen, die Sie dann mit dem Vorstand geführt haben? Ich nehme an, im Aufsichtsrat. Oder hat es außerhalb des Aufsichtsrates auch noch andere Gespräche gegeben, wo Sie sich vergewissert haben, dass diese Mängel, die aufgezeigt wurden, auch behoben werden oder sich auf dem Weg der Bereinigung befinden.

**Mag. Herbert Tumpel:** Die für den Aufsichtsrat zuständigen Angelegenheiten sind im Aufsichtsrat besprochen worden.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Gab es darüber hinaus andere Dinge, die Sie mit Herrn Generaldirektor Elsner auch noch besprochen haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja. Es hat sicherlich Gespräche gegeben. Aber ich betone ausdrücklich: Die den Aufsichtsrat betreffenden Dinge sind im Aufsichtsrat besprochen worden.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber Sie hatten natürlich mit Flöttl senior in Ihrer Zeit und dann auch mit Herrn Elsner intensiven Kontakt über die Aufsichtsratssitzungen hinaus?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weißt nicht, was Sie unter *intensiv* verstehen. Natürlich hat es Kontakt gegeben, ja.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Gab es so etwas wie Vorgespräche zu Aufsichtsratssitzungen, was ja durchaus üblich ist, weil sich ja die Aufsichtsratsmehrheiten auch unterschiedlich zusammensetzen.

Gab es beispielsweise im ÖGB, weil ja der 14-köpfige Aufsichtsrat der BAWAG mit zehn ÖGB-Funktionären zusammengesetzt war, Vorgespräche zu den Aufsichtsratssitzungen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Es hat Gespräche gegeben, aber nicht, die nicht auch im Aufsichtsrat vollinhaltlich mit derselben Qualität dann auch besprochen worden sind.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Man kann also nicht davon ausgehen, dass die ÖGB-Funktionäre im Aufsichtsrat der BAWAG einen anderen Informationsstand gehabt haben als die übrigen vier zusätzlichen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, zu meiner Zeit nicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber Gespräche beziehungsweise Vorgespräche zu Aufsichtsratssitzungen, zu der Tagesordnung der Aufsichtsratssitzungen haben stattgefunden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Es haben Gespräche stattgefunden, ja.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Der Rechnungshof sagt in seinem Bericht 2001, dass eigentlich zum damaligen Zeitpunkt schon die Alarmglocken geläutet hätten, so

um 1995 herum, zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Karibikgeschäfte II, und eigentlich Sie in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender und auch Verzetnitsch die Funktionstüchtigkeit der Kontrollsysteme innerhalb der BAWAG hätten hinterfragen müssen. – Ich sage jetzt nur, was im Rechnungshofbericht steht.

Ihrer Wahrnehmung nach gab es nie einen wirklich auffälligen Tatbestand, der von Seiten Elsners nicht ausreichend beantwortet wurde oder erklärt wurde, sodass Sie wirklich explizit einschreiten mussten?

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Abgeordneter, ich habe gesagt, wir sind nicht nur der Adressat von Botschaften gewesen, sondern der Aufsichtsrat war in seiner Tätigkeit ein **aktives Organ**.

Ich habe zuvor ausgeführt, was 1994 vom Aufsichtsrat angesprochen worden ist und diskutiert worden ist. Und auch zur Beschlussfassung habe ich schon gesagt, was der Aufsichtsrat von sich aus getan hat.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Und die Verluste der Karibik-Geschäfte, die heute offengelegt sind, da sagen Sie, Sie sind von Elsner falsch informiert worden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, ich sage das nicht, dass ich falsch informiert worden bin, sondern ich sage, dass auf Grund der jetzigen Prüfberichte – zum Teil inoffiziell veröffentlicht – es eindeutig ist, es für mich eindeutig nachvollziehbar ist, dass in meiner Zeit als Aufsichtsratspräsident diese Verluste nicht eintreten sind.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber dass es grobe Mängel gegeben hat, was die Innenrevision betrifft, et cetera, Controlling, Beteiligungsmanagement, Risikomanagement.

**Mag. Herbert Tumpel:** Zur Frage der Innenrevision habe ich schon Stellung genommen. Ich habe gesagt, dass der Vorstand 1994 von sich aus erklärt hat, diese Auflagen der Prüfbehörde der Bankenaufsicht einzuführen, dass das 1994 mehrfach im Aufsichtsrat diskutiert worden ist, dass das letztendlich Ende 1994, als dann der offizielle Prüfbericht seitens der Bankenaufsicht an den Vorstand gegangen ist und auch im Aufsichtsrat wieder diskutiert worden ist, wieder thematisiert worden ist und dass es bei der Beschlussfassung über die Neuaufnahme der Geschäfte ebenfalls diskutiert worden ist.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie wussten auch, dass es diese Expertenkommission gegeben hat, und zwar zum damaligen Zeitpunkt, 1994? (*Mag. Tumpel: Ja!*) – Und Sie wussten auch, dass sich diese Expertenkommission auch einmal der BAWAG gewidmet hatte?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, selbstverständlich. – Ich habe gesagt, dass die Ergebnisse, selbst die Zwischenberichte der Expertenkommission, im Aufsichtsrat zu langen Diskussionen und Hinterfragungen geführt haben, dass dann der Bericht und der Endbericht ebenfalls im Aufsichtsrat lange diskutiert worden sind und dass der Aufsichtsrat von sich aus Schlussfolgerungen und Reaktionen gesetzt hat.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Der Aufsichtsrat hat Schlussfolgerungen und Reaktionen gesetzt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, die Herabsetzung, Kreditgrenzen und eine Reihe weiterer von Maßnahmen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Die dann nicht eingehalten wurden.

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Abgeordneter, ich habe jetzt gesagt, bis 1998. Auch durch die Prüfberichte ist es belegt, dass Sie bis dahin eingehalten worden sind.



**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das verwundert mich, da ich irgendwo in den Unterlagen gelesen habe, dass Sie um 1994 herum einmal ausgesagt hätten, dass der Aufsichtsrat über bestimmte Dinge nicht informiert wurde.

Können Sie ausschließen, dass es auch andere Auslandsgeschäfte bis 1994 gegeben hat, die zu Verlusten geführt haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Von mir gibt es keine Aussage, auch nicht von 1994 – das kann es nicht geben –, dass ich nicht informiert war.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das habe ich hier stehen: Am 1.7.1994 haben Sie zu verstehen gegeben, wonach der Aufsichtsrat gar nichts wusste und auch nichts erfahren musste. – Das stand in einer Zeitung zu lesen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe weniger einen Redebeitrag als eine kurze Recherche-Arbeit, weil davor das Thema **Atomic** angeschnitten wurde.

Ich habe hier vom 8. September 1994 die APA 0197 vorliegen. Überschrift: „Rohrmoser übergibt Atomic-Mehrheit an Treuhänderkonsortium.

Utl.: Bawag und operative Geschäftsleitung zeigen Befremdung.“

Daraus geht Folgendes hervor – ich zitiere –:

„Alois Rohrmoser hat nach eigenen Angaben die Mehrheitsanteile von Atomic an ein Treuhänderkonsortium übertragen. Die Verträge wurden gestern, Mittwoch, abend fixiert. Gleichzeitig zieht sich der Gründer der größten österreichischen Skifabrik aus der Geschäftsleitung zurück. Das teilte Rohrmoser der APA mit. Das Konsortium will nun Verkaufsverhandlungen beginnen.“

Dann ist am nächsten Tag, Freitag, den 9. September, der Geschäftsführer zurückgetreten. – APA 0219.

Dann hatte Rohrmoser gemeint, die BAWAG wäre informiert gewesen. Die BAWAG sagt: Nein, das waren wir nicht.

Und dann heißt es in der APA-Aussendung vom Donnerstag, den 15. September 1994 – ich zitiere –:

Bawag will Atomic retten unter Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes.“

Und da heißt es – ich zitiere –:

„Völlig überraschend haben wir am 8.9.1994 ein Fax erhalten, in dem uns Herr Komm.-Rat Rohrmoser mitgeteilt, dass er ein Abtretungsangebot über 85 Prozent seiner Geschäftsanteile an ein Treuhandkonsortium abgegeben hat.“

Und dann sagt die BAWAG:

„Während wir im Interesse der Firma Atomic und des Herrn Komm.-Rat Rohrmoser mit kapitalstarken Unternehmen verhandelt haben, die bereit sind, neues Kapital der Firma Atomic zuzuführen, hat offenbar hinter unserem Rücken und ohne unser Einverständnis Herr Komm.-Rat Rohrmoser diese Abtretung ...“

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege, geben Sie wenigstens nach 2 Minuten einen Ansatz einer Frage!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, das kommt schon noch. Muss ja nicht immer sein.

„... von 85 Prozent seiner Geschäftsanteile um einen Schilling getätigt.

Unserer Ansicht nach ist diese Abtretung – wobei gleichzeitig an uns fremde Personen die Verfügungsgewalt über das gesamte Unternehmen übergeben wurde – widerrechtlich erfolgt.“

Und Sie haben dass dann bekämpft.

Es gab hier die Diskussion, ob jetzt Rohrmoser Atomic verkauft hätte oder nicht, was die Auskunftsperson ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Stellen Sie jetzt die Frage an die Auskunftsperson, ob ihm das bekannt ist! Dann sind wir schon wieder im Match.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das geht schon. Darf ich noch ausreden? Das kommt dann schon am Schluss, dann ist das bekannt. Ich wollte damit nur ein bisschen die unterschiedliche Sichtweise der Auskunftsperson und einem Abgeordneten hier, der dazu Fragen gestellt hat, aufklären.

Dann ging es laut APA-Aussendung vom 15. September 1994 so weiter, dass der Herr Rohrmoser der BAWAG angeboten hat, die Anteile zu übernehmen, und dass die BAWAG dies abgelehnt hätte.

Die BAWAG hat dann auch begründet, wieso, nämlich deshalb, weil sie „Privat- und Firmenvermögen als Einheit betrachtet“ – APA 0530 vom 15. September 1994 – und weil sie die gesamte Masse haben will, nicht nur einen Teil. – Zitatende.

Wenn wir uns die Erfüllung, diese 93 oder 94 Prozent anschauen, dann dürfte für uns daraus ersichtlich sein, dass zirka 70 Prozent aus der Masse des Unternehmens und über 20 Prozent aus der Privatmasse stammen. Offensichtlich ging es darum, dass Rohrmoser sein Privatvermögen retten wollte und die BAWAG das nicht zulassen wollte, sondern der Meinung war: Der soll mit seinen Privatvermögen für diese Schulden haften! – Ich glaube, das geht hieraus hervor.

Jetzt komme ich zu meiner Frage, ob das, was ich jetzt verlesen habe, der Auskunftsperson bekannt ist?

**Mag. Herbert Tumpel:** Diese Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ob das der Auskunftsperson bekannt ist?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich glaube, dass ich auf Grund meines Erinnerungsvermögens eine ähnliche Angabe gemacht habe – und das detaillierter. Ich kann jetzt die Detailliertheit des Zeitablaufes in diesem Sinn nicht bestätigen, was nicht heißt, dass es nicht so gewesen sein kann. Aber im Grunde genommen habe ich das bei meinen Erklärungen, glaube ich, so dargestellt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Präsident! Die Zentralbetriebsrats-Vorsitzende **Streibl-Zarfl** war auch schon zu Ihrer Zeit Zentralbetriebsrats-Vorsitzende? (*Mag. Tumpel: Ja!*) – Hat sie in den Aufsichtsratssitzungen manchmal gewisse Themen hinterfragt oder hat sie sich zu Wort gemeldet? Waren ihr spezielle Themen in diesem Zusammenhang immer wieder sehr wichtig, oder war sie ein Mitläufer, der immer nur die Hand gehoben hat?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das ist mir jetzt nicht in Erinnerung. Ich kann weder das eine noch das andere aus der Erinnerung heraus sagen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** BAWAG-Vorstände, die hier ausgesagt haben, haben auch ausgesagt, dass es oft so war, dass sie dem Aufsichtsratspräsidenten gewisse Informationen gegeben haben, die sie nicht dem gesamten Aufsichtsrat gegeben haben. War das zu Ihrer Zeit, als Sie

Aufsichtsratspräsident waren, auch der Fall, oder können Sie sagen, dass das bei Ihnen nicht so war?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich kann nur sagen: Die den Aufsichtsrat betreffenden Sachen sind im Aufsichtsrat besprochen worden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nicht Sie allein sind vom Vorstand dezidiert informiert worden, und der hat Ihnen gesagt: Das bleibt unter uns, und das regeln wir allein!?

**Mag. Herbert Tumpel:** Mir ist nichts in Erinnerung, dass das in dieser Zeit so angesprochen worden wäre.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Gehen wir zu einem anderen Thema, und zwar zur Parteienfinanzierung.

Wissen Sie irgendetwas über Geldflüsse aus diesen Karibikspekulationsgeschäften, die an österreichische Parteien in irgendeiner Weise gegangen sind?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich möchte noch einmal betonen, dass diese Geschäftstätigkeiten nicht ohne Risiko waren, aber dass sie nicht diesen Hochrisikocharakter gehabt haben, was letztendlich auch dazu geführt hat, dass eben 1994 das gesamte Volumen verlustfrei zurückgeführt worden ist.

Mir ist kein Umstand bekannt, dass irgendeine Parteienfinanzierung oder was auch immer damit im Zusammenhang steht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie in der Zeit, in der Sie dort tätig waren, Kenntnis darüber erlangt, ob es Provisionszahlungen gegeben hat, quasi an irgendwelche Kreditvermittler?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die BAWAG hat an diesen Geschäften – und das war auch der Geschäftssinn – verdient. Mir ist nichts bekannt, dass sonstige Provisionen geflossen sind.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie sich noch erinnern, welche Stiftungen in der Zeit, als sie den Aufsichtsratsvorsitz innegehabt haben, gegründet worden sind?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das waren Firmen, meines Wissens keine Stiftungen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sind Sie der Meinung – jetzt im Nachhinein gesehen, und zwar auch bezüglich jener Zeit, in der Sie Aufsichtsratspräsident waren –, dass da immer die richtigen Entscheidungen getroffen worden sind, und zwar auch Ihrerseits beziehungsweise vom gesamten Aufsichtsratsteam her, oder glauben Sie, dass Sie auch manchmal hätten hinterfragen sollen oder dass sie manchmal dem Vorstand gegenüber nicht so gutgläubig hätten sein sollen, sondern dass Sie sich eher noch Informationen hätten holen sollen, als dass sie nur darauf gewartet haben, dass Ihnen Informationen zugetragen werden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Frau Abgeordnete, ich habe schon mehrmals gesagt: Wir haben nicht gewartet, bis uns Informationen zugetragen worden sind, sondern der Aufsichtsrat hat von sich aus immer die Themen angesprochen, die auch Angelegenheit des Aufsichtsrat waren.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident, Sie haben gesagt, im Aufsichtsrat wurde seitens des Vorstandes, namentlich wahrscheinlich seitens des Herrn Flöttl senior, zum Atomic-Konkurs berichtet. Als Grund wurden genannt: Vertrauensverlust der BAWAG als alleinfinanzierender Bank, insbesondere zwischen

Flöttl und Kommerzialrat Rohrmoser, dann die Weigerung, einer Umstrukturierung zuzustimmen, und die Weigerung, einen Partner in das Unternehmen hineinzunehmen.

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Abgeordneter, in dieser Wortwahl kann ich das **nicht** unterschreiben. Ich habe nicht gesagt „Weigerung“, sondern ich habe bezüglich des Partners gesagt: Es ist versucht worden, darauf hinzuwirken – und das ist meine Erinnerungsstand –, weil ein Partner notwendig wäre.

Den Vertrauensbruch, den habe ich in Erinnerung, soweit ich mich zurückerinnern kann.

In dieser Wortwahl kann ich es nicht hundertprozentig bestätigen. Mit dieser Einschränkung: ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sind weitere Gründe genannt worden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Soweit es mir erinnerlich ist, ist gesagt worden: Der Vertrauensbruch war nicht nur per se, dass plötzlich Firmenanteile vom Rohrmoser an Dritte weitergegeben worden sind – das ist auch in meiner Erinnerung so –, sondern dass damit die große Gefahr gegeben war, dass es nicht klar war, welche Vermögensteile der neue Besitzer dann unter Umständen weitergibt, wodurch die Zukunft der wirtschaftlichen Einheit der Firma Atomic – und das weiß ich –, die bis heute erfolgreich ist und auch für die Arbeitsplätze vorhanden ist, gefährdet gewesen wäre.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, es ging um den Erhalt der wirtschaftlichen Einheit des Atomic-Komplexes.

**Mag. Herbert Tumpel:** Erhalt der wirtschaftlichen Einheit, natürlich, weil die Fabrik ohne Namen wenig wert gewesen wäre. Beziehungsweise wäre die Fabrik, wenn sie die Produktion eingestellt hätte, weil es keine Lieferantenfinanzierung mehr gäbe, ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Also die Einheit auch von Fabrik, von festen Anlagen und Marke. Ist das richtig?

**Mag. Herbert Tumpel:** Dass das Unternehmen weiter am Leben bleibt.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Haben Sie noch in Erinnerung, dass im Aufsichtsrat oder in anderen Gremien der BAWAG diskutiert wurde, dass auf Konten des Kommerzialrates Rohrmoser in der Schweiz gegriffen wurde? Haben Sie nicht in Erinnerung?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe nur in Erinnerung, das Rohrmoser, weil er Einzelunternehmer war, auch eine Einzelgarantie und eine Einzelhaftung für die aufgenommenen Kredite abgegeben hat.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Als Privatmann. Er hat mit seinem ganzen Privatvermögen gehaftet.

**Mag. Herbert Tumpel:** Bei einem Einzelunternehmer schließt das auch das Privatvermögen ein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Der Bank war das klar, dass er mit seinem Privatvermögen mithaftet.

**Mag. Herbert Tumpel:** Es muss so gewesen sein, denn es heißt, dass Einzelunternehmer auch mit ihrem Privatvermögen haften.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident, ich brauche das nur für das Protokoll, damit wir Klarheit haben.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, Herr Abgeordneter, ich verstehe Sie. Aber was ich aus der Erinnerung sage, versuche ich so präzise zu sagen beziehungsweise so einzuschränken, wie es meinem tatsächlichen Wissensstand und Erinnerungsstand auch entspricht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Präsident, nur damit Sie wissen, dass ich schon weiß, was die Haftungsausmaße eines Einzelunternehmers sind. Wir müssen es nur für das Protokoll haben, was der damalige Wissenstand in der Bank war. Darum geht es! Und das kann ich nicht sozusagen nur unter dem Hinweis, der Stadler weiß es eh, dann im Protokoll für die Bewertung im Ausschuss heranziehen.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich kann nur nicht bestätigen, dass die Konten, wo immer sie sich befunden haben, ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Um die Konten geht es mir jetzt noch. – Über Auslandskonten und Sparbücher, insbesondere ein Sparbuch, ist in der Bank nicht diskutiert worden? Oder ist diskutiert worden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das habe ich nicht in Erinnerung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Präsident! Ich habe auch noch ein paar Fragen an Sie.

Ich muss durchaus lobenswert anerkennen, dass während Ihrer Zeit auch einiges geschehen ist, aber es geht ja auch um die Beurteilung der politischen Verantwortung, und daher einige Fragen.

Wer hat denn Herrn Elsner zum Vorstandsvorsitzenden gemacht? Wie ist das vor sich gegangen? Was waren die Beweggründe, den Herrn Elsner diesbezüglich einen Karriereschritt machen zu lassen?

Können Sie sich daran noch erinnern? Haben Sie mitgewirkt? Waren Sie damals in der entscheidenden Funktion?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, zweifelsohne. Ich war Mitglied des Aufsichtsrates, und Generaldirektor Elsner ist als langjähriges Vorstandsmitglied als Generaldirektor vom Aufsichtsrat bestellt worden.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Generaldirektor Nowotny beschreibt Elsner und auch Flöttl folgendermaßen: Flöttl und Elsner, das waren Leute, die sehr wenig Widerspruch geduldet haben, die eine ausgeprägte Persönlichkeit haben, aufbrausend sind, so, wie sie halt waren. Und der Herr Generaldirektor Elsner hat das Ganze dann noch getopt, sage ich jetzt mit meinen eigenen Worten. Aber so ähnlich hat er das auch uns gegenüber gesagt.

War Ihnen bekannt, dass die beiden so eine Persönlichkeitsstruktur haben? Oder was haben Sie geglaubt, welche Persönlichkeitsstruktur das ist, die Elsner und Flöttl haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Vorsitzender, jeder Mensch hat seine eigene Persönlichkeitsstruktur. Man kann sich gewisse Formen des Auftretens nicht dezidiert aussuchen, und das ist auch nicht die Bewertung für die Bestellung gewesen. Da waren maßgeblich die Gründe, dass die Erfolge und die Erfahrung der Herren gegeben waren und dass keine Umstände dagegen gesprochen haben, dass sie in diese Funktion kommen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Zumindest ich mache die Erfahrung von der Arbeiterkammerseite her, aber auch von der Gewerkschaftsseite her, dass bei Bestellvorgängen von Entscheidungsträgern immer deren hartes Verhalten massiv kritisiert wird, in der Öffentlichkeit und auch innerbetrieblich, und Ähnliches mehr.

Sie kommen ja letztlich auch aus der Gewerkschaft. Was war der Beweggrund, dort so einen knallharten monokratisch entscheidenden Typen einzusetzen – nicht zum wiederholten Mal, sondern jemanden, der eine noch ausgeprägtere Persönlichkeit hat? Können Sie das nicht beschreiben?

Haben sich mehrere Leute beworben? Warum ist der bevorzugt worden und Ähnliches? Warum ist er es geworden? Sie brauchen die Mitbewerber nicht zu nennen, aber hat es überhaupt andere gegeben, die sich beworben haben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Die Wortwahl „knallharter Monokrat“, oder wie Sie das formuliert haben, kann ich ebenfalls nicht unterstützen. Der Vorstand ist auch ein Gesamtorgan. Der damalige Stand des Wissens und der Gefühle war, dass alles für den Generaldirektor Elsner gesprochen hat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Hat der unter Ihrer Zeit einen unbefristeten oder befristeten Vertrag bekommen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Vorstandsverträge sind meines Wissens befristet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sind normalerweise befristet: War dieser, den Sie als Aufsichtsratspräsident unterschrieben haben, befristet?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich glaube, aber ich kann das jetzt nicht mit Sicherheit sagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Arbeiterkammer macht bei jedem anderen Unternehmen immer ganz genau Bilanzanalysen. Als Arbeiterkammerpräsident werden Sie mir das bestätigen können: Wenn ein Unternehmen eine gewisse Relevanz hat, macht man mit den Betriebsräten, die auch im Aufsichtsrat sitzen, aber mit den Betriebsräten der Unternehmungen, immer ganz genaue Bilanzanalysen, sogar Bilanzpressekonferenzen zu Unternehmen. – Können Sie das bestätigen? (*Mag. Tumpel: Ja!*) – Ist das auch hinsichtlich der BAWAG so gewesen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Das weiß ich nicht. Ich war damals nicht Spitzenfunktionär in der Arbeiterkammer. Ich würde vermuten ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann präzise: Bis zum Jahre 1997, sagen Sie, wissen Sie es nicht – und ab dem Jahr 1997, hat es das damals gegeben?

**Mag. Herbert Tumpel:** Weiß ich auch nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gibt es sie jetzt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß es nicht. Wir machen das nicht von selbst aus, sondern, wie Sie gesagt haben, wenn Betriebsräte zu uns kommen, werden die Analysen gemacht und dann werden die Betriebsräte beraten.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Es gibt noch einen anderen Umstand, den ich beleuchten möchte. Ich weiß, dass es unangenehm ist und ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen, dass ich das noch einmal anspreche. Ihre Gattin war in der Innenrevision zu dem Zeitpunkt, als Sie Aufsichtsratspräsident waren. Dann gibt es den 94er-Bericht. Den kannten Sie, den kannte der Vorstand, den kannte auch das Ministerium, die Aufsicht, die Nationalbank. Alle möglichen kannten den und stellen fest: Innenrevision überhaupt nicht tauglich, nicht state of the art – wird in doch längeren Seiten und Sätzen umschrieben. Das ist doch ein relativ katastrophaler Verstoß, zumal das auch eine unabdingbare Voraussetzung nach dem Bankwesengesetz ist.

Sie haben das auch gewusst in Ihrer Zeit, dass diese Kritik in der Nationalbank geäußert wurde. Das ist richtig, oder?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe mehrmals betont, dass der Zwischenbericht der Nationalbankprüfer vom Vorstand in den Aufsichtsrat hineingetragen worden ist und das ja nachhaltig diskutiert worden ist. Deswegen habe ich es auch gewusst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ihre Frau ist jetzt – und jetzt komme zu dem – Innenrevisions-Chefin in der Notenbank. Haben Sie wirklich nicht darüber gesprochen, und sei es nur, dass Sie sagen – das ist ja kein Geheimnisverrat, sie ist ja auch Mitglied der Notenbank gewesen – oder sich Rat suchen: Stell dir vor, in meiner Bank, wo ich Aufsichtsratspräsident bin, stellt die Notenbank fest, dass wir da eine katastrophale Situation hinsichtlich der Innenrevision haben. Wie geht man denn das an? Das wäre ja nur menschlich. Alles andere wäre für mich eher nicht so wirklich nachvollziehbar. Haben Sie darüber mit Ihrer Gattin gesprochen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, was für Sie menschlich nachvollziehbar ist. Ich habe damals einen 14- bis 16-Stunden-Tag gehabt. Meine Frau war auch ..

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Den haben wir auch alle und ich rede noch immer mit meiner Frau.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß auch nicht, was Sie mit Ihrer Gattin besprechen. Ich habe es mit meiner Gattin nicht besprochen auf Grund meiner zeitlichen Inanspruchnahme. Die Kommunikation war damals relativ eingeschränkt auf Grund der Möglichkeiten. Zum Zweiten haben wir es uns zum Prinzip gemacht, dass wir über unsere Wirkungsbereiche nicht miteinander reden, weil sie so verschieden waren, dass man sich auch gegenseitig keine Hilfestellung hätte geben können. Die Innenrevision der Notenbank in allen Ehren, aber das ist etwas anderes als die Innenrevision einer Kommerzbank.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gab es ja keine.

**Mag. Herbert Tumpel:** Herr Abgeordneter, ich habe eine klare Antwort gegeben. Nein, ich habe mit meiner Frau darüber nicht gesprochen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut. Aber Ihre Frau kannte den Bericht spätestens, nachdem sie den Bericht 2000 kannte. Da war sie dann schon in der Bankenaufsicht und hat in Wirklichkeit auch die Zeiträume überprüft, in denen Sie Aufsichtsratspräsident waren.

Jetzt ist das an sich ja noch nichts Schlimmes, obwohl sie sich ja vertreten lassen und sagen hätte können, eigentlich ist das unangenehm, wenn ich Zeiträume überprüfe, in denen mein eigener Mann im Aufsichtsratspräsidium war. Sie hatte ja auch dort einen Stellvertreter. Aber lassen wir das beiseite.

Da wird wieder festgestellt, die Innenrevision gibt es immer noch nicht. Vielleicht hat es dazwischen besser funktioniert, weil Sie vom Aufsichtsrat her Hand angelegt haben. Dann wird auf jeden Fall wieder festgestellt, zumindest seit 1998, eigentlich stellt der 2000er-Bericht fest, im ganzen Zeitraum keine funktionierende Innenrevision.

Jetzt ist sie aber nicht mehr Innenrevisionistin der Nationalbank, sondern Notenbankchefin für die Bankenaufsicht, sage ich jetzt dazu. Für einen Innenrevisionisten ist das ein Schlag ins Gesicht, wenn man sagt: 1994 nicht und 2000 schon wieder nicht. Mein Mann war eine Zeit lang da, ich war der Prüfer.

Haben Sie im Jahr 2000 oder danach mit Ihrer Gattin geredet, dass die Ihnen vielleicht gesagt hat: Stell dir vor, die haben das immer noch nicht umgesetzt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, Herr Abgeordneter. Ich habe keine Gespräche geführt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Fürs Protokoll: auch nein. Ich will nur dezidiert fragen, damit nichts offen bleibt. Also Sie sagen auch nein.

Abschließend stelle ich fest: Sie halten sich an die Corporate Governance-Regeln, aber offensichtlich Ihre Gattin in Teilbereichen nicht. Und das ist eigentlich schade, sage ich auch dazu. Aber das ist meine Meinung. (*Abg. Mag. Trunk: Das ist eine Unterstellung!*)

**Mag. Herbert Tumpel:** Entschuldigung, ich klammere mich nicht an Regeln, sondern wir haben ein Verhalten ausgemacht und an das halte ich mich. Das ist damals praktiziert worden, wo Probleme, die jetzt zweifelsohne vorhanden sind, überhaupt nicht erkennbar waren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich sage noch einmal: Das Übel an dem Ganzen ist ja – egal, ob im Finanzministerium untereinander die Staatskommissäre mit den Aufsichtsorganen oder auch mit der Nationalbank die Prüfungen vorgenommen und die dann weitergeleitet haben –: Es ist untereinander nicht gesprochen worden, es ist wechselseitig nicht gesprochen, nichts verlinkt worden. Ehepartner reden überhaupt nicht über die Arbeit. Es ist überhaupt nichts gesprochen worden. Es redet der Eigentümer nicht mit seinen Aufsichtsräten, der Wirtschaftsprüfer nicht mit dem Eigentümer. (*Abg. Mag. Stadler: Die Staatskommissäre untereinander!*) Niemand redet miteinander und genau deswegen ist das ja passiert.

Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder redet niemand miteinander oder sie haben sehr wohl miteinander geredet oder sich verabredet. Eines davon wird am Ende heraus schauen. Beides ist eine ganz schlechte Optik.

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich darf für meine Zeit festhalten, in dem zuständigen Gremium mit der notwendigen Aufgabenteilung ist in meinem Gremium des Aufsichtsrates gesprochen worden, und zwar mit den zuständigen Organen. Das ist der Vorstand und das ist der Wirtschaftsprüfer. Der Eigentümer hat in einer Aktiengesellschaft den Einfluss, dass er den Aufsichtsrat bestellt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und dass er sich auch Informationen von dem erwartet am Ende, oder?

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ja, diese Erfahrungen haben wir schon mehrmals gemacht, dass man das Gefühl bekommt, man hat es mit dem Geheimdienst zu tun und nicht mit der BAWAG.

In Ihre Funktionsperiode als Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG fällt auch diese Geschäftsbeziehung Flöttl junior und Flöttl senior. Haben Sie persönlich in Ihrer Betrachtung da nicht irgendwie eine moralische Schieflage gesehen oder war das für Sie von Anbeginn an selbstverständlich?

**Mag. Herbert Tumpel:** Als mir das bekannt geworden ist, habe ich das in den Aufsichtsrat hineingetragen und im Aufsichtsrat wurde aufgenommen, dass Geschäftsbeziehungen zwischen Familienangehörigen, die damals gesetzlich nicht verboten gewesen sind, dem Aufsichtsrat dezidiert bekannt zu geben sind. Das waren die Konsequenzen daraus.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Bekannt war es ja schon jedem, dass Flöttl junior und senior ...

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich habe Ihnen gesagt: Wie es bekannt geworden ist, habe ich dieses Problem in den Aufsichtsrat getragen und der Aufsichtsrat hat sich dementsprechend verhalten.



**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber mit der Meldung, dass diese Geschäftsbeziehungen bestehen, war die Sache erledigt; und das hat niemanden weiter gestört?

**Mag. Herbert Tumpel:** Nein, in der Sache war es nicht erledigt, sondern die Natur der Geschäfte ist eingehend diskutiert und eingehend beraten worden. Eine der Schlussfolgerungen war, dass die Konsequenz gezogen wurde, dass, bevor es noch gesetzlich geregelt worden ist – meines Wissens nach ist es dann 1997 im Bankengesetz geregelt worden –, in den Satzungen – ich glaube, in den Satzungen oder in den Einzelverträgen, das weiß ich jetzt nicht mehr so genau – dezidiert festgehalten worden ist, Geschäftstätigkeiten mit Familienangehörigen sind meldepflichtig.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ist Ihnen aber auch nicht bekannt, dass es andere Geschäftsbeziehungen familiärer Natur zwischen Vorstandsmitgliedern gegeben hat? Also kein anderer Fall Flöttl senior, junior – nicht jetzt, was die Größenordnung betrifft, aber generell ist Ihnen da auch nichts bekannt gewesen zum damaligen Zeitpunkt? Können Sie sich an nichts erinnern?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ich weiß nur, dass das dezidiert aufgenommen worden ist und dass wir als Aufsichtsrat hier reagiert haben.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Was mich noch interessiert, war dieser Bestellvorgang des Generaldirektors Elsner. Nach welchen Kriterien sind Sie da als Aufsichtsratsvorsitzender vorgegangen? Hat es eine Ausschreibung, ein Hearing gegeben? Wie hat man sich auf die Person Elsner im Aufsichtsrat geeinigt?

**Mag. Herbert Tumpel:** Ja, es sind verschiedene Überlegungen angestellt worden. Elsner ist dann im Aufsichtsrat bestellt worden auf Grund seiner Eignung und seiner Erfahrungen im Vorstand der BAWAG.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Also Elsner ist kraft seiner Qualifikation vom Aufsichtsrat bestellt worden und man hat keine anderen personalpolitischen Optionen in Erwägung gezogen?

**Mag. Herbert Tumpel:** Es sind sicherlich Überlegungen getroffen worden, wer prinzipiell in Frage käme, aber ...

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber ein Ausschreibungsverfahren hat nicht stattgefunden?

**Mag. Herbert Tumpel:** Eine Ausschreibung hat nicht stattgefunden.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** dankt, da keine weiteren Fragewünsche bestehen, der Auskunftsperson für ihr heutiges Erscheinen und bittet darum, die nächste Auskunftsperson, Herrn Professor Dr. Kurt Falthäuser, telefonisch zu verständigen.

Bis zu dessen Eintreffen **unterbricht** der Obmann die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die Sitzung wird um 16.31 Uhr **unterbrochen** und um 16.50 Uhr **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt** – um 16.50 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, stellt die Beschlussfähigkeit fest und ersucht darum, als **nächste**

**Auskunftsperson** Herrn **Professor Dr. Kurt Faltlhauser** sowie seine Vertrauensperson, ebenso die Medienvertreter, in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Prof. Dr. Kurt Faltlhauser** wird – begleitet von ihrer Vertrauensperson **Dr. Stefan Günther** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Professor Dr. Faltlhauser** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen):** Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Kurt Faltlhauser, geboren 13.9.1940, Anschrift: 80997 München. Ich bin seit 1998 Finanzminister, war vorher drei Jahre Leiter der Staatskanzlei, vorher Bundestagsabgeordneter, insgesamt 33 Jahre Parlamentarier. Ich bin qua Gesetz Vorsitzender beziehungsweise Stellvertretender Vorsitzender – das ist ein rollierendes System –, Verwaltungsratsvorsitzender beziehungsweise Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, und in dieser Eigenschaft bin ich in den Aufsichtsrat der BAWAG entsendet worden, wenn ich das gleich hinzufügen darf, vom 19. November 1998 bis 30. Juni 2004. Nachdem wir den Anteil ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** weist den Bayerischen Finanzminister darauf hin, dass zuerst alle Rechtsbelehrungen abgeschlossen werden müssen, bevor in die Sache eingegangen werden kann.

Der Obmann weist weiters darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und dies auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann ersucht nunmehr die Vertrauensperson von Dr. Faltlhauser um Bekanntgabe ihrer Personalien.

**Vertrauensperson Dr. Stefan Günther:** Dr. Stefan Günther, geboren 31.3.1968, 1030 Wien, Rechtsanwalt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** fragt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Günther als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Dies ist nicht der Fall.

Der Obmann erinnert – Bezug nehmend auf den Inhalt der Belehrung der Auskunftsperson über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage – auch Herrn Dr. Günther an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könne.

Der Obmann weist die Vertrauensperson darauf hin, dass ihre Aufgabe die Beratung der Auskunftsperson sei, sie aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, dass sie, wenn sie sich nicht daran halte, als Vertrauensperson ausgeschlossen werden könne

und dass sie auch dann anwesend sein könne, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei.

Sollte Dr. Günther der Meinung sein, dass es zur Verletzung der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, den Obmann informieren werde.

Der Obmann erinnert Herrn Professor Dr. Faltlhauser an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ja. Ich war Mitglied des Aufsichtsrates und weise auch meinerseits darauf hin, dass ich natürlich an die entsprechenden Verschwiegenheitspflichten gebunden bin. Das betrifft hier in diesem Rahmen sicherlich das Geschäftsgeheimnis, das entsprechend gesetzlich zu wahren ist.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** merkt an, dass dies so zur Kenntnis genommen werde, leitet zur Befragung über und weist Dr. Faltlhauser auf die Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine Sachverhaltsdarstellung aus seiner Sicht zum Untersuchungsgegenstand dem Ausschuss näher zu bringen – wobei er ihn ersuche, diese nicht länger als zehn Minuten zu gestalten –, und fragt, ob er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich mache in ganz kurzen Worten davon Gebrauch. Ich wiederhole noch einmal, dass ich zwischen 1998 und 2004 Mitglied des Aufsichtsrates war. Wir hatten in dieser Zeit 46 Prozent der Anteile an der BAWAG – leider nur 46 Prozent –, und in dieser Zeit nahm ich neben anderen die Aufsichtsratsaufgaben wahr.

Ich stelle fest, ich habe Ihren Untersuchungsauftrag gelesen, dass Sie hier vorrangig die Finanzmarktaufsicht in Österreich nachfragen wollen, im Hinblick auf ihre Funktionsfähigkeit. Ich will ganz kursorisch schon sagen, dass ich zu diesen Fragestellungen naturgemäß überhaupt keine Einlassungen machen kann, weil ich keine Kenntnisse davon habe. Die Kenntnisse, die ich aus der Aufsichtsratsstätigkeit habe, unterliegen dem Geschäftsgeheimnis. Aber insgesamt bin ich durchaus, soweit es irgendwie möglich ist, bereit, zur Wahrheitsfindung beizutragen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** erteilt nunmehr das Wort zur Befragung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Minister, wie Sie bereits gesagt haben, saßen Sie vom 19.11.1998 bis 30.6.2004 im Aufsichtsrat der BAWAG. In welchem Umfang waren Sie über die Karibik-Geschäfte 1 der BAWAG informiert – das heißt, die Karibik-Geschäfte von 1994, also vor dem Einstieg der Bayerischen Landesbank beziehungsweise bevor Sie kraft Ihrer Funktion als Minister für Finanzen in Bayern im Verwaltungsrat und damit auch im Aufsichtsrat der BAWAG gesessen sind?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich habe daran keine Erinnerung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also Sie waren zu keinem Zeitpunkt darüber informiert, dass es, bevor die Bayerische Landesbank eingestiegen ist, zu großen Spekulationsgeschäften der BAWAG kam?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nach meiner Erinnerung ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Inwiefern waren Sie informiert über die Karibik-Geschäfte 2, wie wir sie nennen, ab 1995?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Wir hatten keinerlei Information darüber.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Vor Kurzem hat ja der Sprecher der Bayerischen Landesbank – ich glaube, Peter Kulmburg heißt er (*Prof. Dr. Faltlhauser: Ja!*) – beteuert, wenn ich zitieren darf, weder von den Karibik-Geschäften noch von den Verlusten informiert gewesen zu sein.

Das ist zumindest aus österreichischer Sicht etwas eigenartig, da das ja auch in österreichischen Medien gestanden ist, dass diese Geschäfte wieder aufgenommen werden, und zwar ziemlich genau zu jenem Zeitpunkt, als sich die Bayerische Landesbank für Anteile an der BAWAG zu interessieren begonnen hat. Das war hier in den Medien!

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nach meiner Erinnerung sind wir ja 1996 Anteilseigner geworden. Zu dieser Zeit war ich noch Leiter der Staatskanzlei und nicht Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank. Ich habe davon keine Kenntnis, und ich will auch noch einmal generell darauf hinweisen, im Hinblick auf den Informationsstand derer, die für die Landesbank in der BAWAG tätig waren oder insgesamt interessiert sein mussten: Sie kennen ja aus den entsprechenden Veröffentlichungen beziehungsweise Aussagen die Feststellung, dass etwa Herr Elsner – ich glaube, da gab es sogar zwei Weisungen – ausdrücklich den Vorstandsmitgliedern die Weisung gegeben hat, die Aufsichtsratsmitglieder **nicht** zu informieren, insbesondere nicht die Vertreter der Bayerischen Landesbank. Also deshalb muss man sich nicht wundern, dass die Kenntnisse im Hinblick auf diese Geschäfte bei uns nicht vorhanden waren. Ich sage von uns, ich vermute, dass es bei den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern ähnlich ist wie bei mir selbst. Ich kann aber natürlich nur über meinen persönlichen Kenntnisstand aussagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann haben Sie selbst dann von den Verlusten aus den Karibik-Geschäften erfahren?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Durch Veröffentlichungen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, im Jahr 2006.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ihre Darstellung steht in einem gewissen Widerspruch zu den Darstellungen des von Ihnen ohnehin erwähnten Ex-BAWAG-Vorstandes Christian Büttner. Der hat hier vor dem Untersuchungsausschuss – ich glaube, im Dezember war das, am 19. Dezember – selber ausgesagt, dass er von der Bayerischen Landesbank für diese Vorstandsposition per 1. Mai 1996 quasi nominiert wurde und 1997 extra nach München gereist ist, um die Bayerische Landesbank darüber zu informieren, dass die BAWAG derartige Karibik-Geschäfte mit Flöttl macht, dass er, speziell wissend, dass Vertreter der Bayerischen Landesbank mit Herrn Elsner und mit Herrn Flöttl im Rahmen der Salzburger Festspiele 1997 zusammentreffen, und er, Büttner, ganz bewusst darüber informiert hat, weil er dies dann ansprechen kann, und davor gewarnt hat, dass diese Geschäfte sehr riskant seien.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Sie sagen, das steht in einem Widerspruch zu dem, was ich sage. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich keinerlei Kenntnisse habe. Ich war auch nicht in Salzburg, wie Sie hier vortragen. Das müssen Sie Herrn Büttner oder diejenigen fragen, die an einem derartigen informellen Gespräch am Rande eines Festspiels beteiligt waren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war in Bayern, das Gespräch zwischen Herrn Büttner und – zumindest anwesend war ein gewisser Herr Kahn; ich glaube der war Vorstand ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Kahn war Stellvertretender Vorsitzender der Bayerischen Landesbank. (*Abg. Krainer: Mhm!*) – Da müssen Sie Herrn Kahn fragen!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und Herr Kahn hat Sie nicht darüber informiert, über dieses Gespräch mit Herrn Büttner? (*Dr. Faltlhauser: Richtig!*) – Okay, das steht natürlich jetzt nicht im Widerspruch zu Ihrer Aussage, es steht aber zumindest im Widerspruch zur Aussage des Sprechers Ihrer Bank, Peter Kulmburg, der meint, weder von den Karibik-Geschäften noch von den Verlusten informiert gewesen zu sein.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich bin persönlich davon überzeugt, dass die Aussage von Herrn Kulmburg richtig ist. – Weiteres werden Sie sicherlich untersuchen, wenn Sie daran zweifeln.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und dass Herr Büttner uns dann hier nicht ganz die Wahrheit gesagt hat?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das habe ich nicht gesagt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ein gewisser Widerspruch ist da ja nicht zu leugnen.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Wenn es Widersprüche gibt, gibt es immer zwei Leute, die ihrerseits ihre Aussage überprüfen müssen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann haben Sie von der ÖGB-Garantie an die BAWAG erfahren?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Auch aus den Medien.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hätte die Bayerische Landesbank zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Garantie abgeben können für die BAWAG, wie das der ÖGB getan hat, also eine Verpflichtung ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das ist eine sehr gewaltige Garantie, die der ÖGB abgegeben hat. Ich nehme nicht an, dass die Bayerische Landesbank zu diesem Zeitpunkt eine Garantie abgegeben hätte. Unser Bestreben war ja, aus dem Engagement der BAWAG herauszukommen. Ich würde das gerne in zwei, drei Sätzen erläutern:

Das Engagement, nach meinen Nachfragen, warum die Landesbank überhaupt sich mit 46 Prozent an einer Bank beteiligt – Sie kennen die Regel: wenn, dann nimmt man 25,1 oder man nimmt 50 und eine Aktie –, warum wir trotzdem 46 übernommen haben, war offenbar in der heftigen Hoffnung des damaligen Vorstandsvorsitzenden und einiger anderer begründet, man könne die Mehrheit erringen. In Hinblick auf diese Mehrheit fanden immer wieder Gespräche statt, oder man hat immer wieder versucht: Gibt es keine Möglichkeit?

Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist, und die habe ich gemeinsam mit dem zweiten Gesellschafter der Bayerischen Landesbank, Herrn Naser, ab einem gewissen Zeitpunkt – 2003, Anfang 2003 – sehr intensiv wahrgenommen, aus Initiative der Gesellschafter – da habe ich gesagt: Entweder Mehrheit, oder wir verkaufen! – Denn wenn Sie keine Mehrheit haben, können Sie nicht konsolidieren – erstens –, und Sie können auch keine strategische Initiative ergreifen. Es wäre ideal, hier in Österreich eine Plattform zu haben für ost- und südosteuropäische Geschäfte, und diese Möglichkeit war uns nicht gegeben. Und wenn das nicht funktioniert, dann müssen Sie ein derartiges Engagement abspalten, denn Sie haben bestenfalls – bei genauer Rechnung sogar nicht einmal das – 1 Prozent Rendite; das ist totgestelltes Geld.

Dementsprechend haben wir dann auch den Anteil 2004 verkauft. Wir hätten es auch an jemanden anderen verkauft, aber der Gewerkschaftsbund hat es zu einem, wie wir meinen, angemessenen Preis übernommen. Falls Ihre Nachfrage kommt: Ist er wirklich

angemessen? – Ja, wir haben an unserem Engagement nichts verloren. Und deshalb ist, glaube ich, unser Verhalten im Jahr 2004 ganz vernünftig gewesen. – Das gehört zum Gesamtumfeld Ihrer Frage.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nur eine kleine Nachfrage zu dem Verkauf: Das waren, glaube ich, 700 Millionen €, um die Ihre Anteile verkauft wurden. Wie ist denn der Preis da festgelegt worden?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Wir haben eine eigene Schätzung durchgeführt, die durch Experten, externe Experten gestützt war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie haben ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Aber das müssen Sie, Herr Kollege, doch der Landesbank überlassen, zu welchem Preis sie etwas verkauft oder kauft. Also, das ist Geschäftsgeheimnis. Aber wir haben es wirklich sehr genau abgeprüft und sind dann in Verhandlungen eingetreten, die dann, wie ich meine, in sehr gutem Einvernehmen, in Gesprächen zwischen Herrn Weninger und Herrn Verzetnitsch und Herrn Naser und Faltlhauser zustande gekommen sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es war nicht viel anders, was von Seiten des ÖGB zu dieser Frage gesagt wurde. Uns hätte nur interessiert, wie der Wert des Unternehmens dargestellt wurde, oder wie der ermittelt wurde, weil ja in der Zwischenzeit einiges bekannt geworden ist, wie, sage ich einmal, die ÖGB-Garantie und so weiter, was natürlich einen erheblichen Einfluss auf den Wert eines Unternehmens hat, und die wahren Verluste jetzt bekannt sind. Und deswegen wäre es natürlich interessant, zu erfahren, wie der Wert damals ermittelt wurde und wie weit Kenntnis da war über alle Fakten – auf Seiten derer, die diesen Wert ermittelt haben.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, also irgendwelche Notmaßnahmen, wie sie der ÖGB zur Stützung der BAWAG für richtig gehalten hat, waren uns natürlich damals nicht bekannt. Im Nachhinein ist mir jetzt eigentlich plausibler, warum der ÖGB uns die Mehrheit gar nicht geben konnte: weil dadurch natürlich die entsprechenden Verhaltensweisen völlig aufgedeckt worden wären. – Das weiß man aber hinterher.

**Abgeordneter Karlheinz Kopf (ÖVP):** Herr Minister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie 2000 im Aufsichtsrat sitzend von dieser, wie sich jetzt herausstellt, damaligen Insolvenzgefahr der BAWAG und auch von der Einräumung dieser Haftungserklärung des ÖGB nichts mitbekommen. Das heißt, es sind in den Bilanzen offenbar ja diese Dinge, also diese Nicht-Werthaltigkeiten, auch nicht aufgedeckt worden beziehungsweise in anderen Positionen, die offensichtlich aufgewertet wurden, auch versteckt worden, ohne, dass Sie es gemerkt haben. – Das nur als Feststellung.

Eine konkrete Frage: Es ist 1996 – also vor Ihrem Eintritt – das Bankwesengesetz in Österreich geändert worden, wonach man sich ja bei Großkrediten, bei Großveranlagungen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verpflichteten offenlegen lassen muss. Wie muss man sich denn das vorstellen im Aufsichtsrat bei Großkrediten, Großveranlagungen? War das einfach ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt oder ein Routine-Tagesordnungspunkt, über den man hinweggegangen ist? Da ging es ja zum Teil doch um sehr große Beträge. Hat es da Nachfragen gegeben? Wie hat sich der Vorstand da verhalten? Also konnte man da dieses offensichtlich an den Tag gelegte Vertrauen so blind haben, wie es offensichtlich ja die meisten im Aufsichtsrat hatten? Wie hat sich das abgespielt?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ihre Frage zielt eigentlich sehr generalisierend auf die Rituale innerhalb eines Aufsichtsrates, die mir als mehrfacher Vorsitzender eines Aufsichtsrates durchaus bekannt sind. Ich glaube, Sie sollten drei Ebenen der

Behandlung unterscheiden – Ihre Frage bezieht sich auf die Behandlung von Sachverhalten –:

Die erste Ebene dieser Behandlung ist die fachgerechte und verpflichtende Prüfung des Vorstandes. Der muss in Abwägung die entsprechenden Sachverhalte prüfen, sonst, wenn das nicht funktioniert, begeht der Vorstand Untreue.

Die zweite Ebene ist dann die fachliche Prüfung derjenigen, die in einem Gremium wie dem Aufsichtsrat sitzen. Hier gibt es ohne Zweifel generell Qualitätsunterschiede derjenigen, die prüfen können. Die einen haben ein Back Office, und die anderen haben keines. Die Bayerische Landesbank ... – Also für mich als derjenige, der da die Hand heben musste oder nicht die Hand gehoben hat, gibt es oder gab es zwei vorprüfende Instanzen: Das eine ist die Landesbank selbst mit ihren Experten, die natürlich ein Engagement geprüft haben – ich war ja da nicht alleine drin –, und das Zweite ist auch die nochmalige Überprüfung des Back Office eines Ministers. Ich habe eine eigene Abteilung, die die Landesbank und die LfA – das ist die Förderbank – betreut und die das noch einmal nach Plausibilität durchgeht. Sie kann dabei nur nach dem vorgehen, was an Papier vorliegt. – Und dementsprechend geht ein Minister gewissermaßen mit zweifacher Sicherheit in eine derartige Sitzung und muss eigentlich davon ausgehen, dass die schriftlich vorgelegten Sachverhalte in Ordnung sind.

Und dann brauchen Sie in der dritten Ebene Ihrerseits nicht mehr lange nachzufragen und so weiter. Das ist nur in erkennbar kritischen Situationen der Fall, wie ich es im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank in massiver Weise auch praktiziere.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Herr Vorsitzender! Herr Minister! Neben Ihnen war ja von der Bayerischen Landesbank auch Herr Kahn in den Aufsichtsrat entsandt.

Hat es da eine Rollenteilung zwischen Ihnen gegeben? – Nein, in keiner Weise.

Hat es Absprachen zwischen Ihnen gegeben, gewissermaßen, in Vorbereitung auf Aufsichtsratssitzungen?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein. Im Nachhinein kann man sagen, vielleicht hätten wir uns zusammensetzen und noch das eine oder andere durchbesprechen müssen; aber da wir immer sehr umfangreiche Papiere hatten, war das Typische, dass man sich die, wenn man nach Wien fliegt, im Flugzeug noch einmal genauer anschaut, und so weiter. Also da war keine intensive Absprache da – ich habe das alleine geprüft –, und schon gar nicht eine Rollenteilung. Eine Rollenteilung, so wie Sie sie unterstellen, wäre auch etwas seltsam.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Nein, es war nicht im Sinne einer Unterstellung gemeint, und „Absprache“ war auch nicht im Sinne einer gemeinsamen Vorgangsweise gemeint, sondern: Man redet über die Dinge sozusagen und fährt zur Aufsichtsratssitzung, um vielleicht das eine oder andere im Vorfeld zu besprechen. (*Dr. Faltlhauser: Wenn Sie damit meinen, dass man vielleicht ...*) – Also es war nicht negativ gemeint, sondern durchaus positiv gemeint. Ich wollte Ihnen da nichts Negatives unterstellen.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Also wenn da ein Tipp, so in dem Sinne, dass der Banker, der stellvertretende Vorsitzende sagt: Sie, Herr Minister, der gefällt mir da nicht!, und so weiter, im informellen Gespräch – daran habe ich keine Erinnerung, in irgendeiner Phase, nein.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine zweite Frage ist die: Sie haben gesagt, Sie können zwar nichts beitragen zur österreichischen Finanzmarktaufsicht; aber Sie haben doch, nehme ich an, wahrgenommen, dass dort Staatskommissäre in

der Aufsichtsratssitzung gesessen sind – im Regelfall, haben wir ja heute gehört, sind Sie zu zweit dort gesessen: einmal der Staatskommissär selbst und einmal sein Stellvertreter. – Welche Wahrnehmungen haben Sie von diesen Staatskommissären gemacht? Ist Ihnen da irgendetwas in Erinnerung?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich habe keine Erinnerung daran. Sie wissen, dass üblicherweise, soweit ich mich erinnere, bei der Einleitung der Sitzung gesagt wird, wer als Staatskommissär dasitzt – so wie bei uns im Verwaltungsrat der Landesbank Bayern auch lange Zeit die Bundesbank als Vertreterin der **BaFin** gesessen ist. Die Herren wurden begrüßt, und ansonsten keine weiteren Auffälligkeiten – nach meiner Erinnerung. Da müssen Sie dann ein Vorstandsmitglied fragen, das das über die Zeit hinweg genauer beobachtet, aber ich als Aufsichtsratsmitglied habe da entsprechend keine Feststellungen zu treffen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Also weder positiv noch negativ aufgefallen?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, nein. – Ich würde Ihnen das sagen!

Also der Vorfall wie bei uns – Entschuldigung, wenn ich immer wieder auf meine Praxis in Bayern zurückkomme –, dass ich in einer Reihe von interessanten Fragen, die die Aufsicht trifft, als Vorsitzender die Aufsicht direkt frage und sage: Sagen Sie einmal, wie sehen Sie denn das etwa im Vergleich zu anderen Banken?, und so weiter, Ist das ungewöhnlich?, und so weiter – das habe ich nicht in Erinnerung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine andere Frage ist die: Es ist eigentlich von 1994 aufwärts in Prüfberichten der Oesterreichischen Nationalbank immer wieder kritisiert worden – sowohl 1994 als auch später, 2001 –, dass es auf der einen Seite Mängel in der internen Revision der BAWAG und auf der anderen Seite Mängel im Risikomanagement gegeben hätte. Der Vorwurf war dahin gehend, dass das Risikomanagement für eine Bank dieser Größenordnung unzureichend sei. – Haben Sie in dieser Hinsicht im Verlaufe Ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat irgendwelche Wahrnehmungen gemacht?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, habe ich nicht. Mich wundert aber nicht – ich glaube, Anfang der neunziger Jahre waren sehr viele Banken in Mitteleuropa im Risk-Management noch nicht sehr, sehr weit. Das gilt praktisch für alle, wenn ich das richtig sehe.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das würde sozusagen auch für Ihre Erfahrung mit Banken in Deutschland gelten, wenn ich es jetzt richtig verstehe?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ja. Heute sind wir – darf ich das hinzufügen – in einer anderen Situation: Die Banken haben in erheblichem Maße unglaubliche Kostenbestandteile, weil ihre Risk Offices so aufgebläht und so groß sind und so detailliert arbeiten. Da gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen Markt und Risk Office. Das war Anfang der neunziger Jahre aber definitiv noch nicht so.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja, ja. Generaldirektor Nowotny hat uns das letzte Mal im Ausschuss berichtet, dass das heute **state of the art** ist, und er ist jetzt dazu übergegangen, das auch aufzubauen: sozusagen Trennung zwischen Markt und Risiko.

Aber vielleicht kann ich noch einmal dahin gehend darauf zurückkommen. Möglicherweise war es in anderen Banken so, dass sie nicht so riskante Geschäfte betrieben haben wie die BAWAG schon damals Mitte der neunziger Jahre. Die ist ja sozusagen einmal in diese Offshore-Geschäfte hinein – Karibik 1 –, dann hat es kurzfristig einen Stopp dieser Geschäfte gegeben, aber 1995 sind ja diese Geschäfte



schon wieder aufgenommen worden. Und insofern wäre es doch sozusagen vermutlich, zumindest aus der Ex-post-Sicht, ratsam gewesen, beim Aufbau des Risikomanagements etwas entschiedenere Schritte zu setzen, als das getan worden ist.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich stimme Ihnen zu.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Haben Sie wahrgenommen, oder wurde im Aufsichtsrat berichtet über irgendwelche Stiftungsstrukturen?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein. Ich weiß, was Sie ansprechen, weil ich es mittlerweile kenne, aber ich habe keine Erinnerung daran. Nach meinem Wissen: nein.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Noch eine letzte Frage. Sie betrifft die Leistungsprämie im Jahr 2000, die an Herrn Elsner ausgezahlt wurde, in der Höhe von 581 000 € – Haben Sie, hat der Aufsichtsrat an der Auszahlung dieser Prämie mitgewirkt, oder war das eine Entscheidung, die der Aufsichtsratsvorsitzende allein getroffen hat? Haben Sie da Erinnerungen?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich habe keine Kenntnis davon. Es ist eine stattliche Zahl, das muss ich zugeben. Der Aufsichtsrat ist nach meinem Wissen damit nicht befasst worden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Vielen Dank für Ihre Bereitschaft – auch noch einmal vorausgeschickt. Ich wollte Sie fragen, ob Sie das segensreiche Institut der öffentlichen Bankenaufsicht hier in Österreich wahrgenommen oder verspürt haben, namentlich und beginnend bei den Staatskommissären. Die Informationen, die wir bis jetzt haben, lauten, dass Herr Staatskommissär Sutter wohl regelmäßig, sehr regelmäßig sogar anwesend war, auch sogar sein Stellvertreter.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Kogler, das hat Kollege Rossmann schon gefragt. Die Antwort war: Außer dass sie begrüßt wurden, hat er keine Wahrnehmungen gehabt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das habe ich schon gehört. Meine Frage lautet ja, nachdem das in der Bundesrepublik vielleicht anders organisiert ist, inwieweit es einmal Diskussionen darüber gegeben hat, ob dieses Institut der Staatskommissäre so, wie es praktiziert wird und wie Sie sie erleben durften, ein sinnvolles ist.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich interpretiere Ihre Frage: ob dies diskutiert worden ist im Aufsichtsrat oder sonst irgendwie von der BAWAG.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** In- und außerhalb des Aufsichtsrats, aber jedenfalls im Zusammenhang mit der Bank.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich glaube nicht, dass es eine gute Idee wäre, als Mitglied eines Aufsichtsrates oder Verwaltungsratsvorsitzender einer Bank eine Bankaufsicht in Frage zu stellen und die Mechanismen in Frage zu stellen. Ich tue das öffentlich in Deutschland in Kritik an die BaFin in Einzelpunkten. Aber insbesondere in Österreich steht uns, glaube ich, nicht zu.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich Sie trotzdem daran erinnern, dass Sie eine Antwort geben sollen und nicht beurteilen, ob es Ihnen zusteht oder nicht. Wenn Sie eine Frage ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Dann wiederhole ich meine Antwort, die ich dem Kollegen schon gegeben habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Kreditvergabe in der BAWAG hat einmal ein großes Dreiecksgeschäft umfasst, wo wir in Österreich bis heute rätseln, wie es dazu auf diese Art und Weise gekommen ist. Ich beziehe mich auf die de facto Vorfinanzierung der Eurofighter Jagdflugzeuge. Haben Sie da eine Erinnerung, dass der Aufsichtsrat damit befasst wurde, mit der Kreditierung an die Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH/ EADS?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** An dieser Stelle darf ich Sie schon daran erinnern, dass Sie mich sehr konkrete Fragen über die Arbeit des Aufsichtsrates fragen. Das unterliegt, sollte ich Kenntnis haben, dem Geschäftsgeheimnis, nicht dem Bankgeheimnis, sondern Geschäftsgeheimnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ob das dem Geschäftsgeheimnis unterliegt, wäre diskutierenswert, eher vielleicht sogar schon noch dem Bankgeheimnis. Aber wir haben hier auch andere Kredite in politischen Zusammenhängen nachgefragt. Ich frage Sie nur, ob das überhaupt im Aufsichtsrat ein Thema war.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich wiederhole mich. Ob es ein Thema war, müsste ich erst überprüfen. Aber ich beziehe mich jetzt auf meine grundsätzliche Aussage in Bezug auf das Geschäfts- oder auf das Bankgeheimnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber wenn Sie sagen, Sie müssten es erst überprüfen, dann haben Sie keine Erinnerung daran. (*Dr. Faltlhauser: Richtig!*) – Gut, ist auch eine Antwort. Dann hat sich das einmal an der Stelle erübrigt. Ich nehme an, die Zeit ist ohnehin einmal vorbei in der Runde.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** An dieser Stelle möchte ich schon sagen, selbstverständlich kann man hinterfragen, ob an sich aufsichtsratsgenehmigungspflichtige Geschäfte im Aufsichtsrat behandelt wurden grundsätzlicher Natur. Und das kann man nur anhand von Stichproben abklopfen. Wie soll man das sonst machen? Weil wir ja auch explizit schon Kenntnis hatten, dass bewusst in Tranchen am Aufsichtsrat vorbei vom Vorstand aufsichtsratspflichtige Geschäfte vorbeigespielt wurden. Und da sind ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist einer der Hintergründe der Frage. Natürlich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber vielleicht kommt man noch nachher dazu.

Ich habe drei kurze Fragen.

Herr Minister, es wurde auch moniert im Nationalbankbericht 1994, dass der Aufsichtsrat keine Geschäftsordnung hat. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Soweit ich mich erinnere, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was haben Sie unternommen? (*Dr. Faltlhauser: Nichts!*) – Warum nicht?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Darf ich das ehrlich sagen: Die haben das so. Wir haben das wohl so kommentiert, die haben das so. Das ist eine nichtdeutsche Bank, keine Geschäftsordnungen und so weiter. Das wurde so hingenommen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie Ihre Experten nicht darauf hingewiesen, dass das an sich ein Umstand ist, der nach den einschlägigen Bestimmungen in Österreich gang und gäbe ist, dass man so was an sich hat und dass das ein Ausnahmefall ist, dass die BAWAG das nicht hat?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das ist sicherlich plausibel. Aber wir haben das nicht besprochen, und ich wurde nicht ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Büttner hat uns im Ausschuss informiert, dass er einmal eine mutige Tat begehen wollte, oder er hat sie auch begangen, dass er die Eigentümerseite des Minderheitseigentümers von diversen Geschäftsvorgängen, namentlich Karibik I und Fortfolgegeschäfte, informieren wollte, und zwar mit dem Hinweis oder mit der berechtigten Hoffnung, dass bei einem Treffen bei den Salzburger Festspielen dieses Thema zur Sprache gebracht wird zwischen Generaldirektor Elsner und Minderheitseigentümer.

Meine Frage an Sie jetzt in diesem Zusammenhang, weil Sie ja nicht direkt informiert wurden: Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Kenntnis erlangt, dass Büttner die Eigentümer diesbezüglich informiert hat? (*Dr. Faltlhauser: Nein!*) – Wie hoch war die Aufsichtsratsentschädigung?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das weiß ich nicht, weil der Bayerische Finanzminister ebenso wie alle anderen Minister des Freistaates Bayern sämtliche Entschädigungen unmittelbar sofort abliefern müssen an die Bayerische Landesstiftung. Das läuft also überhaupt nicht über unsere Konten. Also ich weiß auch nicht einmal, was ich zum Beispiel bei der Landesbank an Entschädigung bekomme. Interessiert mich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Na ja, damit man weiß, was man weiterleitet, muss man es einmal bekommen, und das wird Ihnen ja, weil das ja Ihre Aufsichtsratsentschädigung ist, ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Herr Vorsitzender, es findet kein Zufluss statt, sonst müsste ich das versteuern.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut. Sie haben keine Kenntnis. Diese Antwort ist mir auch recht. – Damit bin ich mit meinen Fragen einmal zu Ende, und der Kollege Stadler setzt fort.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Minister! Zunächst: Sie haben zwischenzeitlich sicher erfahren, dass es im Jahre 2001 einen ziemlich heftigen Bericht der Nationalbank über eine interne Vor-Ort-Prüfung bei der BAWAG gegeben hat. Wann haben Sie von diesem Bericht Kenntnis erlangt?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nach den Veröffentlichungen, wenn ich mich richtig erinnere, im März 2006.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt, innerhalb auch der Branche oder innerhalb der Bank ist über diesen Bericht nie auch informell informiert worden oder durch Hinweise, da gibt es einen Bericht? Derartiges hat es nicht gegeben?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich kann mich an solches nicht erinnern, nein.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Auch brancheninterne Informationsflüsse, dass die BAWAG sich in risikoreicher Art in der Karibik engagiert oder auf dem amerikanischen Finanzplatz, ist Ihnen auch nie aus der Branche etwas zugetragen worden? (*Dr. Faltlhauser: Nein!*) – Nie etwas zugetragen worden?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein. Ich verstehe Ihre Frage, weil innerhalb einer sogenannten Banken-Community solche Dinge möglicherweise besprochen werden. In München ist das oftmals der Fall. Aber hier die gewissermaßen irgendwelche Sendewellen von Wien nach München haben mich nicht erreicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Aber vielleicht, ich habe mir gedacht, aus der Karibik vielleicht nach München oder über Liechtenstein nach München? Das war meine Überlegung.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Dass von Wien direkt nach München nichts gemailt wurde oder gefunkt wurde, das habe ich schon angenommen, dass das nicht der Fall war.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wer war außer Ihnen für die Bayerische Landesbank noch im Aufsichtsrat?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich glaube, früher Herr Lehner, dann die jeweiligen Vorsitzenden, Herr Lehner war Vorsitzender des Vorstandes, dann Herr Schmidt, sein Nachfolger, der Stellvertretende Vorsitzende der Landesbank, der war sehr lange, der hier schon zitiert wurde, wechselnd, soweit ich mich erinnere. Das ist aber nachvollziehbar.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ja, das glaube ich Ihnen schon. Ich wollte auf etwas anderes hinaus, deswegen habe ich Sie danach gefragt.

Und diese Herrenrunde, hat die sich vorher getroffen, bevor sie zur Aufsichtsratssitzung nach Wien geflogen ist, oder ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, man kann möglicherweise sagen, warum nicht, aber wir haben uns vorher nicht getroffen. Ich nehme an, dass das mit *meiner* Zeitknappheit zu tun hat. Ob zwei oder drei Landesbanker sich vorher abgesprochen haben über das, was sie in Wien mitberaten wollen, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Anders herum gefragt: Herr Minister, gehen Sie davon aus, dass auch Ihre Kollegen aus der Bayerischen Landesbank im Aufsichtsrat der BAWAG einen ähnlich dürftigen Informationsstand gehabt haben über die Karibik-Geschäfte?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich persönlich gehe davon aus nach dem, was ich meinerseits nachgefragt habe, aber Sie müssen sie selbst fragen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das ist schon klar, aber wir wollen sie jetzt nicht alle laden, verstehen Sie, wir sind ja gute Nachbarn. Die Überlegung, die dahintersteckt, ist einfach die: Wenn jemand aus diesem Kreis, von dem ich annehme, dass er ein für Sie vertrauter Kreis ist, wenn jemand aus diesem Kreis eine Information über diesen Bericht aus dem Jahre 2001 der Nationalbank gehabt hätte, dann hätte er Sie wahrscheinlich informiert. Ist das richtig?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich gehe davon aus, ja.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn aus diesem Kreis jemand Informationen über die risikoreichen Karibikgeschäfte des Herrn Flöttl gehabt hätte, dann hätte er Sie wahrscheinlich informiert.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Man weiß, dass die Erwartungshaltung des Finanzministers so ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt also, die hätten schon gewusst, dass sie sich einen Schiefer einziehen, wenn sie Sie nicht informieren.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das habe ich angenommen. – Nun, was die Geschäfte anlangt, die die BAWAG im Zusammenhang mit der Anschaffung der Eurofighter getätigt hat, so kann ich Ihnen sagen, weil ich in beiden Ausschüssen sitze, in beiden Untersuchungsausschüssen, dass dies vor dem Hintergrund der österreichischen Rechtslage, der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses *kein* Geschäftsgeheimnis darstellt, das dem Ausschuss vorenthalten werden darf, solange damit nicht sozusagen lege artis, besondere Fertigkeiten, besondere auf den Wettbewerb benachteiligend wirkende Sonderinformationen verbunden sind.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ist das so? Kann ich rechtlich nicht nachvollziehen. Ich bin nicht in der Gnade des Juristen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Darf ich nur sagen: Wir haben im Zusammenhang mit Vertretern der EADS, die schon hier waren, insbesondere der Herr Aloysius Rauen, diese Fragen schon diskutiert. Also die gesamte Vertragsgestaltung ist, solange es nicht um technische Details geht, bis hin zur Finanzierung vollkommen dem Untersuchungsausschuss Eurofighter zugänglich zu machen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Der Herr Verfahrensanwalt möchte dazu etwas sagen.

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Da ich angesprochen wurde. Diese, entschuldigen Sie, wenn ich das so salopp sage, Flugzeugfirma unterliegt natürlich nicht dem Bankgeheimnis, da kann es nur Geschäftsgeheimnis sein. Aber der Herr Minister erfährt das ja aus der Bank, als ein Organ der Bank, und wenn er hier etwas sagt, verletzt er das Bankgeheimnis. Es ist für ihn ja nicht das Geschäft, sondern das Wissen darum, dass die Bank ein Geschäft mit irgendeinem Kunden in Angriff nehmen will oder plant. Es genügt schon die Planung.

Im Gegensatz ist es hier erwähnt worden, es sei ein Geschäftsgeheimnis, sicherlich aus anderer Sicht ein Geschäftsgeheimnis, aber für den, entschuldigen Sie, wenn ich das sage, Bediensteten – Sie sind natürlich kein Bediensteter, aber jeder, der im Umkreis der Bank von einem solchen Geschäft erfährt, unterliegt dem Bankgeheimnis. Da braucht man gar keinen Zusatzbeschluss. Also ich bin der Überzeugung, dass das, was ein Aufsichtsratsmitglied über ein konkretes Geschäft, das sich schon anbahnt, erfährt, vom Bankgeheimnis gedeckt ist, das ja nicht behoben werden kann. Umgekehrt sehe ich das natürlich ein, dass die betroffene Firma, die unterliegt ja keinem Bankgeheimnis, die will ja selber etwas von der Bank. Aber hier ist er ja als Vertreter der Bank.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Meine Vertrauensperson schließt sich dieser Rechtsmeinung an.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Sie haben völlig recht. Die Fragen sind so lange zulässig, solange wir nicht das Wesen des Geschäfts anfragen. Aber solange wir die Informationsflüsse über das Geschäft innerhalb und zwischen den Organen der Bank abfragen, ist das Bankgeheimnis davon nicht berührt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber die Frage, ob es im Aufsichtsrat behandelt wurde, kann keine Verletzung des Bankgeheimnisses sein, weil dies ja jedermann weiß, und das ist ja offene Tatsache, dass dieses Geschäft getätigt wurde. Jetzt ist nur die Frage: Ist es ordnungsgemäß genehmigt worden? Das ist keine Frage des Bankgeheimnisses. Und da ist es die Frage: Ist dieses Geschäft am Aufsichtsrat vorbeigespielt worden und damit auch an den Staatskommissären, der Finanzmarktaufsicht oder nicht? Und allein diese Information ist kein Verrat eines Geschäftsgeheimnisses.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Und eines Bankgeheimnisses erst recht nicht.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Meine Vertrauensperson sagt mir gerade vertraulich ins Ohr, dass es nach seiner Auffassung sehr wohl ein Geschäftsgeheimnis ist, wenn dargelegt wird, dass ein Kredit vergeben wird, dass eine Sache zu welchem Termin behandelt wird. Ich unterstelle, dass das richtig ist, in Analogie zu dem, womit ich täglich zu tun habe, mit dem Steuergeheimnis. Da ist ja auch alleine der Umstand, dass einer eine Steuernummer hat, schon eine Verletzung des Steuergeheimnisses, also das geht sehr weitgehend.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Darf ich in aller Form sagen, wir können beschließen, dass die Verweigerungsgründe nicht vorliegen. Herr Minister, ich will Ihnen das ersparen, ich will Ihnen auch eine weitere Ladung in den Eurofighter-Ausschuss ersparen, verstehen Sie. Ich weiß, dass Minister nicht unbedingt Zeit haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Tatsache, dass die BAWAG das finanziert hat, ist von der Republik Österreich in Hunderten Anfragen bekannt gegeben worden. Die Frage ist nur, ist es im Aufsichtsrat genehmigt worden oder nicht.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Darf ich noch etwas zur Geschäftsordnung sagen: Die Vertrauensperson kann ausgeschlossen werden, wenn die Vertrauensperson die unbefangene Aussage nicht mehr gewährleistet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich ganz kurz etwas sagen.

**Abgeordneter Kai Ja Krainer (SPÖ):** Das ist ein Streit um des Kaisers Bart. Die Anhörungsperson hat die Frage schon beantwortet: Sie hat gesagt, es ist mir nicht erinnerlich. Wir streiten jetzt darüber, wenn es ihm erinnerlich gewesen wäre, ob er es sagen müsste oder nicht. Er hat ja schon ausdrücklich gesagt, es ist ihm nicht erinnerlich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege, ich bin am Wort gewesen, Sie fallen mir da ins Wort! Das ist nicht in Ordnung! (*Abg. Mag. Stadler: Das ist jetzt „fekterös“ gewesen, „fekterös“ war das!*) Es kommt ja jeder einmal dran, aber ich appelliere, ich mache einen Appell. Wir kommen immer wieder zu Situationen hier im Ausschuss, wo auf Grund von Nichtigkeiten immer etwas dann plötzlich als wichtig dargestellt wird, was allgemein bekannte Tatsache ist, schon x-mal in den Medien gestanden ist und Ähnliches. Nehmen wir halt zur Kenntnis, dass keine Auskunft erteilt wird, ob dieses Geschäft im Aufsichtsrat genehmigt oder nicht genehmigt worden ist. Nehmen wir das für heute so zur Kenntnis. Das ist mein Appell.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich würde zur Präzisierung noch einmal sagen, ich persönlich habe keine Erinnerung. Die Diskussion, ob man so etwas unter das Geschäfts- oder Bankgeheimnis subsumiert, ist eine interessante Diskussion. Und ich darf da sagen, ich habe die Vertrauensperson, so ist mein Verständnis des Geschäftsganges, ausdrücklich gefragt, wie ihre Rechtsauffassung ist.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Minister, Sie haben sich auf die Vertrauensperson bezogen, deswegen habe ich das gesagt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Antwort ist schon gegeben worden: keine Erinnerung. Wir hätten uns das alles erspart, wenn das von Haus aus gekommen wäre. (*Abg. Krainer: Ist es ja!*) Und genau das ist das, was ich sage. Manchmal sind Sachverhalte so einfach durch Aussagen oder durch Antworten zu erledigen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ich hätte schon noch eine Frage. Nachdem Ihr Cousin den Vertrag für Eurofighter gemacht hat, hat er nicht mit Ihnen darüber gesprochen? (*Dr. Faltlhauser: Wer?*) – Ihr Cousin hat den Vertrag gemacht.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Es gibt einen Faltlhauser bei EADS, der ist aber nicht mein Cousin. Den habe ich ein einziges Mal am Flughafen getroffen, weil ich ihm ...

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Ist nicht Ihr Cousin? (*Dr. Faltlhauser: Nein!*) Ganz Österreich geht davon aus, dass das Ihr Cousin ist.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, nein. Das einzige Zusammentreffen war am Flughafen, wie er aus der Warteliste herausgeflogen ist, weil man nicht annahm, dass es zwei Dr. Faltlhauser gibt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Also er ist weder verschwägert oder verwandt. Da sieht man wieder, dass sich der Untersuchungsausschuss auszahlt. Wir haben ein Ergebnis. Aber Gerüchten kann damit vorgebeugt werden.

Ich habe aber trotzdem noch eine Frage an den Herrn Minister: Sie haben uns schon zur Rolle der Staatskommissäre etwas gesagt. Wie war denn Ihrem Eindruck nach die Rolle der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat dieses Gremiums? Haben die viele Fragen gestellt, waren diese bohrend oder Ähnliches?

Ich sage Ihnen auch den Beweggrund dazu, warum ich das frage: weil wir ja von vielen Seiten schon informiert wurden, dass der Herr Generaldirektor Elsner eine sehr starke Persönlichkeit war, keinen Widerspruch geduldet hat und Ähnliches mehr.

In diesem Zusammenhang: Wie haben Sie die Rolle der Betriebsräte im Aufsichtsrat empfunden?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Wenn ich das als ganz allgemeine Empfindung wiedergeben darf: sehr zurückhaltend in der ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Danke. – Dann noch eine letzte Frage. Aufsichtsräte, sagt schon der Titel, haben Aufsicht wahrzunehmen.

Fühlen Sie sich persönlich, wenn Sie Mitglied des BAWAG-Aufsichtsrates über Jahre waren, fühlen Sie oder glauben Sie, dass Sie eine Verstärkung der Aufsicht dargestellt haben?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich glaube, dass der von mir geschilderte Mechanismus in drei Stufen tatsächlich eine Verstärkung war, weil eine zusätzliche Ebene noch einmal die Papiere geprüft hat. Nur, das sage ich auch mit Blick auf andere Erfahrungen in anderen Bereichen: Wenn Sie keine entsprechenden Vorlagen haben, wenn Sie definitiv aus Informationen ausgeschlossen werden, wenn die entsprechenden Prüfinstanzen, die vor Ort dafür unmittelbar zuständig sind und bezahlt werden dafür, Ihnen die Informationen nicht geben, dann können Sie die Aufsichtstätigkeit kritisch nicht wahrnehmen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist zumindest, sage ich einmal, ab dem Jahre 1997, 1998 der Fall gewesen, vielleicht auch früher, aber da haben wir das nicht so genau untersucht. Ich stehe schön langsam unter dem Verdacht, dass gerade deswegen, weil jetzt ein Minderheiteneigentümer mit anderen Aufsichtsräten da ist, man bewusst den Aufsichtsrat auch umgangen hat. Das ist jetzt keine Frage. Und so gesehen will ich nicht sagen, das Engagement des Minderheitseigentümers ist schuld an dem, dass zugedeckt wurde, sondern das war halt das Ergebnis, dass man sich besonders gefurchten hat, oder wie auch immer.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Herr Minister! Hat die Bayerische Landesbank – ich will jetzt keine Ziffer hören; wenn Sie sagen, ich nenne eine Ziffer, ist mir das auch recht –, hat die Bayerische Landesbank auf Grund dieses Verhaltens des Bankvorstandes gegenüber dem Minderheitseigentümer einen bezifferbaren Schaden erlitten?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Reisekosten nach Wien. – Nein, das war jetzt ironisch.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Nein, ich meine jetzt wirklich in der Substanz – etwa durch einen geringeren Verkaufserlös oder ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Kann ich nicht erkennen.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Wenn Sie sagen, auch der Bankprüfer – Sie wissen, welches Unternehmen damals als Bankprüfer eingesetzt war –, auch der Bankprüfer hat Ihnen die erforderlichen Informationen nicht gegeben. Haben Sie mit

diesem Bankprüfungsunternehmen sonst auch ähnliche Erfahrungen gemacht, oder ist Ihnen diese Erfahrung nur in Wien passiert?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Wir hatten hervorragende Erfahrung mit diesen Bankprüfern. Ich glaube, das hängt immer von der Mannschaft ab, die jeweils für eine Bank arbeitet. Ich glaube aber, dass die Diskussionen, die nicht nur hier in Wien, sondern auch in anderen Ländern und Städten über die Prüfer stattfinden, eine ganz andere, noch schärfere Kultur eben der Prüfer herausfordert oder herausgefordert hat. Wir sind mitten drin im Wandel.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Hätte nach deutschem Recht ein Bankprüfer mit den Erkenntnissen, die der Bankprüfer zu dem Zeitpunkt hatte, dieses Prüfungsunternehmen, die Eigentümervertreter auch informieren müssen? Nach deutschem Recht jetzt gefragt.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Welche rechtlichen Bestimmungen dafür bestehen, entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Ich würde es aber erwarten.

**Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ):** Das heißt also, Sie hätten sich erwartet, dass, wenn zum Beispiel eine Situation eintritt, dass eine Bilanz nicht mehr erstellt werden kann, ohne dass der Haupt- oder der Mehrheitseigentümer mit einer Garantie eintritt, dass eine derartige Situation auch dem Minderheitseigentümer hätte mitgeteilt werden müssen? Das hätten Sie sich erwartet?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** „Müssen“ ist Ihre Frage. Ich sage, ich hätte es erwartet.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Minister! Ihre Vertrauensperson sozusagen im Vorstand der BAWAG war Herr Dr. Büttner, mit dem Sie sicherlich auch eine sehr gute Gesprächsbasis, darf ich einmal annehmen, gehabt haben oder Vertrauensbasis gehabt haben. Der Herr Dr. Büttner hat hier im Ausschuss ausgesagt, dass es erstmals 1997 zu einem Vertrauensbruch zwischen ihm und dem Herrn Generaldirektor Elsner gekommen ist, dass 1998 er zum ersten Mal über die Verluste der Karibikgeschäfte informiert wurde in der Größenordnung von 600 Millionen Dollar.

Sind diese Informationen auch an Sie herangetragen worden von Dr. Büttner zum damaligen Zeitpunkt? Können Sie sich daran erinnern?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Antwort in zwei Teilen. Zunächst einmal zur Rolle von Herrn Büttner. Herr Büttner kam ja nicht unmittelbar aus der Landesbank. Er galt immer so gewissermaßen als der Mann der Landesbank, den wir unterstützt haben. So habe ich das verstanden. Er war ja schon da, bevor ich überhaupt als Finanzminister meine Position in der Landesbank angetreten habe.

Ich hatte auch als Vertreter der Landesbank mit Herrn Büttner nie mehr Kontakt oder intensiveren Kontakt gewissermaßen. Er war nicht unser „U-Boot“ innerhalb der BAWAG. Ich habe vielmehr mit Herrn Elsner Kontakt zu halten gehabt, der, wie er die P.S.K .ersteigert hat, ständig angerufen hat, wie kann ich, wie viel sollen wir denn bieten und so weiter. Also der Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden war der eigentlich intensive, und auch der Austausch innerhalb des Aufsichtsrates war völlig ausgeglichen, je nachdem, wie die fachlichen Anforderungen durch Fragen gegeben waren. – Das zu Herrn Büttner.

Das andere kann ich nur sagen, Sie zielen ja auch auf eine Zeit 1997, 1998 ab. Ich bin erst ab 19. November 1998 Mitglied des Aufsichtsrates geworden. Also ich habe keinerlei Kenntnis.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Zum damaligen Zeitpunkt waren also die Karibik-Geschäfte kein Thema, das Sie in irgendeiner Weise beunruhigt hat?



**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Also auch wenn Sie möglicherweise vermuten, man kommt neu rein, dass man mir gleich auftischt: Vorsicht, da ist etwas. Das ist nicht geschehen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Uns ist die Information zugegangen, dass in der Bilanz 1999 in einer BAWAG-Stiftung ein Betrag der Bayerischen Landesbank zugegangen ist in der Größenordnung von 76,7 Millionen €. Ich weiß nicht, inwieweit Sie von diesem Geschäftsfall unterrichtet sind. Ich darf Sie vielleicht darauf hinweisen, dass unsere Ermittlungen dazu geführt haben, dass über diese Stiftung große Volumen der Karibikgeschäfte abgewickelt worden sind.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Da habe ich keine Kenntnis.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie kennen also die *Datched Limited Stiftung* in Dublin nicht? Ist Ihnen nie untergekommen und auch nicht der Betrag, der auf das Konto der Bayerischen Landesbank eingetroffen ist in dieser Größenordnung von 150 Millionen Mark, zum damaligen Zeitpunkt?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein. Also ich vermute, dass das wieder dem Geschäftsgeheimnis unterliegt, aber ich sage ganz frei, ich habe keine Ahnung.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Dann gibt es noch einen Punkt, der uns aufgefallen ist. Und zwar erhebt der Ex-Finanzminister Hannes Androsch den Vorwurf oder hegt die Vermutung, dass die Hälfte des 27-Prozent-Anteils des ÖGB an der Refco treuhändisch von der Bayerischen Landesbank gehalten wurde. – Ist diese Vermutung richtig, oder wissen Sie etwas davon?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich halte diese Vermutung für abenteuerlich. Ich würde auch, ohne dass ich hier Drohungen ausstoßen will, jeden, der so etwas wiederholt, sehr zur Vorsicht warnen. Das gilt auch für den Herrn Androsch.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das ist publiziert worden und ist eine APA-Meldung.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Das fällt auf den Informanten zurück.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was mir nicht ganz verständlich erscheint, ist – um noch einmal auf die Aussage vom Sprecher der Bayerischen Landesbank Peter Kulmburg zurückzukommen, der sagt –, weder von den Karibikgeschäften noch von den Verlusten informiert gewesen zu sein. Das kann ich mir beim besten Willen nicht erklären, weil das ja bedeuten würde, dass die Bayerische Landesbank sehr amateurhaft agiert. Wenn die Bayerische Landesbank mehr als 46 Prozent einer Bank kauft, die jetzt nicht irgendeine kleine „Quetschen“ ist, sondern für den österreichischen Markt eine der Systembanken ist, und dann nicht einmal recherchiert, was so in den letzten zwei Jahren in den Zeitungen in Österreich über diese Bank gestanden ist ...

Also eine einfache Anfrage, die jeder von jedem Computer aus im „Google“ machen kann, fördert das zutage. Eine ganz einfache Anfrage fördert natürlich alle Karibik 1 Geschäfte zutage und, wenn ich ein bisschen schaue, natürlich auch die Karibik 2 Geschäfte – geschweige denn, dass dieses Flöttl-Arrangement wahrscheinlich in der Bankenbranche damals durchaus auch Wellen geschlagen hat, das ohnehin ... – Jetzt nicht Sie persönlich, weil Sie waren ja damals noch gar nicht in dieser Bank oder am Rande dieser Bank, aber dass die Bayerische Landesbank, wie sie die 46 Prozent-Anteile – ich glaube – 1996 gekauft hat ... Das kann ich mir nicht vorstellen, dass die nicht informiert waren, einerseits dass es Karibik 1 Geschäfte gab und andererseits, dass die wieder aufgenommen wurden – mit einem Deckel von 550 Millionen US-Dollar, vor allem, weil der ja auch im Aufsichtsrat berichtet wurde, vor Ihrer Zeit! Das halte ich für undenkbar, dass das eine Bank nicht mitbekommt!

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Also, ein Pressesprecher einer Bank formuliert ja seine Erklärungen nicht aus der Westentasche heraus, locker um die Welt zu unterhalten, sondern wenn er eine derartige Erklärung abgibt, hat er die mit Sicherheit mit den zuständigen Leuten der Landesbank abgestimmt: nicht nur mit dem Vorstandsvorsitzenden, sondern auch mit den zuständigen Dezernenten, und deshalb gehe ich als gegenwärtig stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender davon aus, dass die die Aussage von Herrn Kulmburg richtig ist. Ich persönlich habe keinerlei Spekulationen über meine Kenntnisse dazu anzustellen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das führt mich aber schon zur nächsten Frage. Sie haben selbst gesagt, dass Sie da in dieser vorteilhaften Situation waren als Aufsichtsrat, über mehrere Büros zu verfügen, über mehrere Back Offices, Ihr Ministerium mit einer ganzen Abteilung, die zuständig war für BLB und für eine zweite Bank, die Sie genannt haben, und damit indirekt auch Ihnen natürlich geholfen hat in Ihrer Tätigkeit als BAWAG-Aufsichtsrat.

Also ich würde davon ausgehen, wenn Sie das erste Mal hinfahren, haben Sie ein Dossier über die BAWAG gekriegt, ein kurzes! Die werden ja wohl eine vernünftige Unterlage für Sie bereitet haben, weil sonst wären ja wahrscheinlich die zuständigen Sachbearbeiter nicht lange beschäftigt worden, wenn die keine vernünftigen Unterlagen für einen Minister erstellen. Dann wird man wohl auf ein paar Seiten die wesentlichen Daten über diese Bank zusammenfassen – die wesentlichen Bilanzkennzahlen natürlich, Niederlassungen et cetera –, und bei der Recherche muss doch das ganz schnell auch zutage getreten sein, dass es diese Geschäfte gab! Das ist ein Meilenstein in der Geschichte dieser Bank gewesen.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Sie stellen auf Veröffentlichungen ab, wenn ich Sie richtig interpretiere. Ich weise darauf hin, im Jahr 1996 gab es – glaube ich – „Google“ noch gar nicht. Aber die Veröffentlichungen, auf die Sie da offensichtlich abstellen, die ich nicht kenne, sind mir zumindest **nicht** vorgetragen worden. Und inwieweit eine Aufsicht oder eine Umsicht der Landesbank hätte auf derartige Veröffentlichungen stoßen müssen, ist eine Vermutung.

Ich weise natürlich Ihre qualifizierende Vermutung, dass die Landesbank da also nicht unbedingt qualifiziert ist, wenn sie so etwas nicht zur Kenntnis nimmt, zurück. Die Landesbank ist natürlich ganz ein hervorragendes und erfolgreiches Institut, das bedauert, beim Wettkampf jetzt bei der BAWAG nicht zum Zuge gekommen zu sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich weiß jetzt nicht genau, wann „Google“ gekommen ist, aber es gab zumindest 1998, also zu dem Zeitpunkt, wo Sie in den Aufsichtsrat kamen, „Yahoo!“ auf jeden Fall. Und – ich sage einmal – die Qualität der Suchmaschinen ist vielleicht besser geworden, aber die waren damals nicht vorhanden. Also „Yahoo!“ gab es sicher schon 1998.

Ich verstehe schon, dass Sie jetzt offiziell diese Stellungnahme hier abgeben, aber ich bleibe dabei, dass das für mich undenkbar ist, dass die Bayerische Landesbank vor dem Kauf, wo penibel recherchiert ... – Ich muss davon ausgehen, dass es eine professionelle Bank ist, die penibel kontrolliert, bevor sie irgendeine Bank kauft. Das muss sie machen, weil sonst wäre es nicht professionell. Und ich gehe davon aus, dass sie professionell ist. Und dann ist es fast **unmöglich**, auf diese Tatsache nicht gestoßen zu sein.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Sie wissen, dass wir ein Paket übernommen haben, das damals im Verkauf ... (*Abg. Krainer: Zwei Pakete – zwei!*) – Zwei Pakete, die zum Verkauf standen. Normalerweise macht man – da haben Sie völlig Recht –, wenn man ein hohes Engagement eingeht, eine Due Diligence und so weiter, ob der Preis richtig ist und so weiter. Das wurde damals nach meinen Kenntnissen nicht gemacht, hätte

man vielleicht machen sollen, dann wäre man auf das eine oder andere gekommen – schneller dann.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Zu dem Zeitpunkt, wo es gekauft ist, gab es ja auch nach heutigem Kenntnisstand keine Probleme, weil die Karibik-1-Geschäfte ja 1994 mit Gewinn zurückgeführt wurden, wie wir Prüfberichten entnehmen können – mit gar nicht so geringen Gewinnen! Und aus heutiger Sicht stellt sich ja dar, dass eben diese hohen Gewinne, die es in der Zeit davor gab, irgendwie wieder erreicht werden sollten und deswegen wieder aufgenommen wurden. Aber das war bekannt, dass es diese Geschäfte gibt, das war selbst für mich bekannt, der zu dem Zeitpunkt mit Banken überhaupt nichts zu tun gehabt hat, außer dass ich halt ein Konto gehabt habe – bei einer anderen Bank.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das sind ja keine grundsätzlich illegalen Geschäfte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nein, das ist schon klar. Ich weiß nicht, inwiefern ich jetzt mein Fragerecht hier verlasse und ersuche, wenn ich das hier in irgendeiner Form tue, das dann auch gleich dementsprechend zu machen. Ich habe nur ein paar Fragen, ob die Informationen, die ich über die Bayerische Landesbank habe, stimmen, dass Sie selber in den Jahren 1998 und 99 in Südostasien Summen in etwa in der Höhe von 650 Millionen € verloren hat – bei Geschäften in Südostasien.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Derartige Fragen müssen nicht beantwortet werden, weil nicht Untersuchungsgegenstand.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Deswegen frage ich gleich. Ich hätte jetzt eine ganze Liste.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Bitte solche Fragen nicht zu stellen, weil wir die alle nicht zulassen werden.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich sehe hinter diesen versuchten Fragen – entschuldigen Sie! – den leisen Versuch, ein skandalöses Umfeld um die BAWAG, wie es offenkundig festzustellen ist, auch ein bisschen zu einem skandalösen Umfeld in Bayern zu machen. Damit kann ich nicht dienen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nein, nein, dort würde ich auch nicht hingehen. Mir sind durchaus bei meinen Recherchen gewisse Parallelen mit Feststellungen der verschiedenen Finanzmarktaufsichtsinstrumente aufgefallen, die zum Beispiel in beiden Fällen auf Probleme mit der internen Revision hingewiesen haben und dergleichen. Aber ich will jetzt gar nicht ...

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein, nein, ich will eines, weil Sie Sie haben ja nicht so ganz ... In dieser Zeit damals – das ist vor zehn Jahren – waren die Instrumente des Risk Office und der Überprüfung in allen Banken – auch in der Bayerischen Landesbank und schon gleich in der BAWAG, wenn ich das hinzufügen darf – noch weit weniger entwickelt als heute. So etwas ist heute meiner Ansicht nach völlig undenkbar! Das nach meiner allgemeinen Beurteilung. Aber Sie werden verstehen, dass ich die Fragen, die unmittelbar die Landesbank betreffen, nicht beantworten werde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nein, das ist schon okay. Ich wollte nur den Hintergrund darstellen. Da ist uns durchaus einiges eingefallen, wobei der Zeitpunkt meiner Recherche eher die Jahre 2001/2002 umfasst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Bitte, Herr Kollege! Es ist Medienöffentlichkeit da, und ich bitte darum, das Thema auszusparen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das sind nur Recherchen, die die in der Öffentlichkeit stattgefunden haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ihre Recherchen schicken Sie am besten zu den Kollegen nach Bayern, und die sollen dann würdigen, was Sie daraus machen. Da in Österreich brauchen wir es nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich gebe einmal weiter, nachdem Sie mit der Uhr schon ganz verdächtig in meine Richtung winken.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Ja, nur eine einzige Frage interessiert mich noch, Herr Minister. Wie Sie schon gehört haben, haben wir auch Herrn Dr. Büttner als Zeuge hier gehabt. Ich habe mich damals eigentlich sehr verwundert gezeigt, wie er uns berichtet hat, wie sein Vorstandsvertrag aussieht, dass vertraglich fixiert war, in gewisse Dinge darf er gar nicht hineinschauen und Ähnliches. Er hat auch berichtet, dass ihm dann bekannt wurde, dass es Vorstandssitzungen gibt, wo er nicht eingeladen wurde – Vorstand im Vorstand. Er hat dann wörtlich berichtet, wie er einmal die Bilanz nicht unterschreiben wollte: Die schwersten Stunden meines Lebens habe ich da verbracht.

Meine einzige Frage ist – Sie haben zwar gesagt, Sie haben nicht primär Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Elsner gehabt, aber immerhin hat Dr. Büttner, habe ich so den Eindruck gehabt, doch die Unterstützung und das Vertrauen der Bayerischen Landesbank gehabt –: Hat Dr. Büttner Sie jemals informiert davon, dass er eigentlich wie ein Vorstand zweiter Klasse behandelt wurde? Haben Sie das gewusst?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Nein. Es erstaunt mich. Was Sie sagen, höre ich hier das erste Mal, würde aber das Bild unterstreichen, dass Herr Elsner zwei Mal sagt: Bitte keine Aufsichtsratsmitglieder informieren über das, was wir hier machen und besprechen – und insbesondere nicht die Landesbank! Das passt dann ins Bild, ist verstärkend – ärgerlich in hohem Maße! So kann man sich in Menschen täuschen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Kurz ein anderer Komplex: Ich muss vorausschicken, dass einige Fakten zu dem, was ich Sie jetzt fragen will, bereits belegt sind, dass Sie nicht damit spekulieren müssen. Mich interessiert nur, inwieweit der Aufsichtsrat mit Folgendem befasst wurde.

Fest steht, dass Vorstandsdirektor Elsner bei der österreichischen Wirtschaftspolizei über eine Auskunft über Geschäfte und Geschäftspartner der BAWAG in Bulgarien nachgefragt hat oder hat lassen – und zwar ist die dortige MobilTel an Geschäftspartner der BAWAG weiterverkauft worden. Der ursprüngliche Eigentümer der MobilTel in Bulgarien stand in schlechten öffentlichen Licht und hat dort sogar Einreiseverbot gehabt.

Dann ging es um eine Auskunft an Elsner, der hier Kredit- und Treuhandkonstruktionen gemacht hat. – Wissen Sie irgendetwas davon? Haben Sie im oder außerhalb des Aufsichtsrates davon jemals etwas gehört? (*Dr. Faltlhauser: Nein!*) – Abschließend zum vorigen Komplex, den ich gefragt habe: Wann haben Sie eigentlich durchaus außerhalb Ihrer Aufsichtsratsfunktion erfahren, dass die österreichische BAWAG den Vorfinanzierungskredit für Eurofighter im Zuge dieser Flugzeugbeschaffung abwickelt?

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Die Dinge sind mir erst durch die entsprechenden Vermerke, die man als Mitglied des Aufsichtsrates kriegt, bekannt geworden, nachdem die entsprechenden Veröffentlichungen über die BAWAG fruchtbar geworden sind. Man hat gesagt: Was ist da los? – Da kriegt man das eine oder andere mit. Eine Fülle von den Dingen beziehen sich auf Bank- und Geschäftsgeheimnis, das gehört sicherlich nach meiner Interpretation auch dazu. Kenntnisse dieser Art habe ich erst sehr spät mitbekommen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber haben Sie sich da nicht gefragt, dass das hätte allenfalls aufsichtsratspflichtig sein könnte – ein solches Geschäft.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Zur BAWAG stelle ich mir viele Fragen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Kogler, zu der expliziten Frage, ob das dort im Aufsichtsrat behandelt wurde, hat die Auskunftsperson gesagt: ist mir nicht erinnerlich, daher kann sie sich auch nicht fragen, ob sie im Umfeld ... – so, wie Sie das gefragt haben. Wenn man sich nicht erinnert, erinnert man sich nicht. Ist das nicht so?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, ob das im **Aufsichtsrat** ein Thema war, hat er sich nicht erinnert, aber der umstand ist ja medienbekannt geworden, und dann ist die Frage gewesen, was sich der Herr Finanzminister gedacht hat und ob dieses Denken zu allfälligen Handlungen geführt haben könnte – vielleicht sogar im Nachhinein! –, dass ja ein Großkredit der BAWAG an Eurofighter – da ist ja hoffentlich wenigstens dort ein Geschäft drinnen, aber das werden wir ja noch woanders prüfen – existiert und ob das allfällige Handlungen nach sich gezogen hat. Deshalb habe ich gefragt.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Abfolge ist: Information, Denken, Handeln. Wenn Sie die Information nicht bekommen, können Sie diese Abfolge nicht vollziehen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wir gehen weiter davon aus, dass Sie in der Zeitung davon erfahren haben.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Kann mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie hören jetzt das erste Mal, dass die BAWAG einen Kredit an Eurofighter Jagdflugzeug GmbH gegeben hat. (*Dr. Faltlhauser: Nein!*) – Nein, auch nicht.

**Prof. Dr. Kurt Faltlhauser:** Ich habe bereits anders geantwortet. Ich habe gesagt, es sind mir eine Reihe von schriftlichen Vorlagen vorgelegt worden (*Abg. Mag. Kogler: Eben!*), erst in letzter Zeit, um überhaupt die Sachverhalte, um die es hier geht, einigermaßen „überreißen“ zu können. Daher weiß ich eine ganze Reihe von Geschäftsvorgängen, an die ich mich nicht mehr erinnert habe.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine kurze Frage: Als die Bayerische Landesbank die Anteile der BAWAG erworben hat, hat es da im Vorfeld eine Due Diligence gegeben?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ist schon beantwortet worden: nein, keine Due Diligence gemacht worden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Pardon, da war ich unaufmerksam.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Vernehmung beendet. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen wünsche Ihnen eine gute Heimreise!

(Die Auskunftsperson **Dr. Kurt Faltlhauser** verlässt den Sitzungssaal.)

18.05

\*\*\*\*\*

(Die Beratungen des Untersuchungsausschusses werden von 18.06 Uhr bis 18.18 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** fortgesetzt; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)